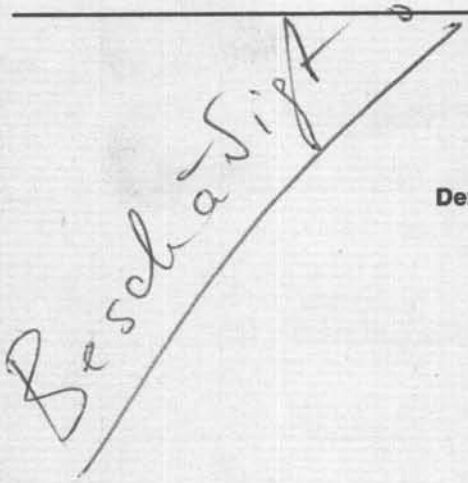
Blätter für deutsche und internationale Politik



Aus dem Inhalt

Prof. Dr. Daniil Melnikow, Moskau
Der Kreisauer Kreis und die Gruppe Stauffenberg
(Zum 20. Juli)

Felix Rexhausen
Der Linkische und der Weg zum Rechts-Staat

Dr. Wilfried Gottschalch
Strukturprobleme unserer Demokratie

Heinz Abosch
Die Außenpolitik de Gaulles

Prof. Dr. Ing. John E. Ullmann, Hempstead, N. Y.
Probleme der Automation in den USA

2,50 DM **X. Jahrgang** **Juli 7 1965**

G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats Juni 1965 S. 559

Berichte und Kommentare
Der halbe Notstand S. 562

Die Lage
Dr. Achim v. Borries
Bonn und Vietnam S. 567

Felix Rexhausen
Der Linkische und der Weg zum Rechts-Staat S. 571

Dr. Wilfried Gottschalch
Strukturprobleme unserer Demokratie S. 580

Prof. Dr. Daniil Melnikow, Moskau
Der Kreisauer Kreis und die Gruppe Stauffenberg S. 585

Heinz Abosch
Die Außenpolitik de Gaulles S. 595

Dr. Anton Reithinger
Kritische Anmerkungen zum Thema Soziale Marktwirtschaft (II) S. 601

Prof. Dr. Ing. John E. Ullmann, Hempstead, N. Y.
Probleme der Automation in den USA S. 612

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften
v. Hassel und die „Linksprotestanten"
Der braune Faden
„Der Lohn der Mutigen" S. 618

Fernseh-Spalte
Hans Bausch zur Situation S. 623

Bücher
R. M. Müller, Über Deutschland
W. v. Lojewski, Bonn am Wendepunkt
„Konservativer und progressiver Humanismus"
Neuerscheinungen S. 624

Rudolf Rolfs
Was ich noch sagen wollte ... S. 632

Dokumente zum Zeitgeschehen
21 Punkte zur Notstandsgesetzgebung
„215 Professoren appellieren an die Gewerkschaften"
Humanistische Union warnt vor „Aktion saubere Leinwand"
Was denken unsere Nachbarn über uns? S. 633

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

X. Jahrgang | Juli 1965 | Heft 7

Chronik des Monats Juni 1965

1. 6. — U N O. Der aus 33 Mitgliedern bestehende Sonderausschuß zum Studium der militärischen Friedensoperationen und der damit verbundenen Finanzprobleme legt einen Bericht vor, der eine ausführliche Darlegung der nicht überwundenen Meinungsverschiedenheiten enthält. Eine Mehrheit der Mitgliedstaaten schlägt vor, das entstandene Budgetdefizit durch „freiwillige Beiträge" abzutragen. Der UN-Generalsekretär solle ermächtigt werden, eine Übereinkunft über solche Zahlungen herbeizuführen.

— G r o ß b r i t a n n i e n. Der frühere Außenminister der Labour-Regierung, Gordon Walker, sagt auf einer Pressekonferenz in Berlin Parlamentsneuwahlen für Ende dieses, spätestens aber für das kommende Jahr voraus. Das Unterhaus mit knapper Labourmehrheit war erst im Herbst 1964 für eine fünfjährige Legislaturperiode gewählt worden.

2. 6. — N o t s t a n d. In einer Stellungnahme des Bundeskabinetts zu der am 29. 5. in Saarbrücken gefaßten Entschließung der SPD-Führungsgremien zur geplanten Notstandsgesetzgebung heißt es: „Die Bundesregierung ist überzeugt, daß es noch immer nicht zu spät ist, nach jahrelanger Diskussion die Notstandsverfassung in dieser Legislaturperiode zu verabschieden." — Am 24. 6. setzt der Bundestag die am 16. 6. begonnene Beratung des Gesetzentwurfes zur Änderung des Grundgesetzes (Notstandsverfassung) in zweiter Lesung fort. Die Vorlage erhält mit 238 Ja- und 167 Neinstimmen nicht die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit. Das Parlament verabschiedet z. T. mit Zustimmung der SPD-Fraktion einige Einzelgesetze des „Notstandspakets". (Vgl. „Berichte und Kommentare".)

— J u g o s l a w i e n. Mit einer großen Delegation tritt Staatspräsident Tito eine längere Reise durch die Tschechoslowakei und die DDR an und besucht anschließend die Sowjetunion. Der Präsident kritisiert auf mehreren Kundgebungen in der DDR die Politik der Bundesregierung und erklärt, die Wiedervereinigung Deutschlands könne nur auf der Grundlage der beiden bestehenden deutschen Staaten erfolgen. Zur Berlin-Frage heißt es in einem gemeinsam von Tito und Ulbricht unterzeichneten Kommuniqué: „Beide Seiten haben die Notwendigkeit der Normalisierung der Lage in Westberlin hervorgehoben."

3. 6. — „S p i e g e l - A f f ä r e". Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Bonn stellt ein gegen den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß wegen Verdachts der Freiheitsberaubung und Amtsanmaßung geführtes Ermittlungsverfahren ein, obwohl der Einstellungsbeschluß die beiden Tatbestände als objektiv ansieht und die Weisung des früheren Bundesverteidigungsministers an

den deutschen Militärattaché in Madrid zur Festnahme des „Spiegel"-Redakteurs Ahlers in Spanien ausdrücklich als rechtswidrig bezeichnet. Strauß sei jedoch ein „subjektives Unrechtsbewußtsein" nicht hinreichend nachzuweisen, denn er habe an eine Notstandslage geglaubt und sich zu entsprechenden Handlungen befugt gehalten.

3.—7. 6. — Weltraum. Während der fünftägigen Erdumkreisung des amerikanischen Raumschiffes Gemini IV verläßt Luftwaffenmajor Edward White, einer der beiden Astronauten, die Kapsel und schwebt 20 Minuten frei im Weltraum. Ein Experiment zur Erprobung der Rendezvous-Technik muß wegen ungenügender Treibstoffvorräte aufgegeben werden.

7. 6. — Marokko. König Hassan II. suspendiert unter Berufung auf Artikel 35 der Verfassung die parlamentarische Institution und verhängt den Notstand über das ganze Land. Der König bildet eine neue Regierung unter seinem Vorsitz.

8. 6. — Vietnam. General Westmoreland, der Kommandant der US-Truppen, wird vom Pentagon ermächtigt, die ihm unterstellten Einheiten aktiv in die Kämpfe eingreifen zu lassen. Die amerikanischen Militärs in Südvietnam (nach dem Stand von Anfang Juni rund 50 000 Mann) wurden bisher als „Berater" bezeichnet. In New York und anderen Städten der USA demonstrieren Amerikaner gegen die Vietnam-Politik ihrer Regierung, vor allem gegen die fortgesetzte Bombardierung nordvietnamesischen Territoriums. — Am 16. 6. kündigt Verteidigungsminister McNamara die weitere Verstärkung der amerikanischen Truppen um 6 Bataillone auf insgesamt 75 000 Mann an. — Am 24. 6. übernimmt ein „Rat der Generale" erneut alle zivile und militärische Macht und spricht als erste Maßnahme ein Verbot aller in Südvietnam erscheinenden Zeitungen aus. In Saigon tritt eine nächtliche Ausgangssperre in Kraft.

11. 6. — Abrüstung. Die Abrüstungskommission der Vereinten Nationen, der Vertreter aller Mitgliedstaaten angehören, empfiehlt die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz, „zu der alle Staaten eingeladen werden sollen". Der amerikanische Cheidelegierte hatte sich während der Debatte gegen diesen, in einer Resolution von 36 blockfreien Staaten niedergelegten Vorschlag ausgesprochen und sich bei der Abstimmung ebenso wie der Vertreter Frankreichs mit 14 weiteren Delegierten der Stimme enthalten. — Am 16. 6. nennt die Kommission folgende Themen für die weiteren Beratungen der Genfer Achtzehn-Mächte-Abrüstungs-Konferenz: Ausarbeitung eines Vertrages über allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle; Ausdehnung des Moskauer Teststop-Vertrages auch auf unterirdische Kernwaffenversuche; Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Ausbreitung von Kernwaffen; Verwendung der durch die Abrüstung freiwerdenden Mittel in den Entwicklungsländern.

11.—12. 6. — Bundesrepublik/Frankreich. Staatspräsident de Gaulle hält sich zu Konsultationsgesprächen mit dem Bundeskanzler in Bonn auf. Sprecher der beiden Regierungen legen die Ergebnisse der Konferenz unterschiedlich aus. Während Bundespressechef v. Hase erklärt, man habe sich bereits auf die Abhaltung der von Prof. Erhard gewünschten EWG-Gipfelkonferenz noch in diesem Jahr geeinigt, macht Ministerpräsident Pompidou eine französische Zustimmung von der vorherigen Regelung der noch offenen Wirtschaftsfragen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft abhängig. De Gaulle hatte am Vorabend seiner Abreise in die Bundeshauptstadt auf einer Gartenparty im Elysée alle Pläne für ein supranationales Europa als „sinnloses Geschwätz" bezeichnet. (Vgl. den Artikel von Heinz Abosch.)

16. 6. — VAR/DDR. Die Vereinigte Arabische Republik eröffnet ein Generalkonsulat in Ostberlin. Eine entsprechende Übereinkunft war während des Besuches des DDR-Staatsratsvorsitzenden in Kairo getroffen worden.

19. 6. — Algerien. Ein „Revolutionsrat" unter Führung von Verteidigungsminister Oberst Boumedienne übernimmt die Regierungsgewalt. Das Militär besetzt alle strategischen Punkte der Hauptstadt und entwaffnet die Leibwache des Präsidenten. Ben Bella wird des „persönlichen Machtstrebens" und der „Vergeudung von Staatsgeldern" beschuldigt und ein Prozeß gegen ihn angekündigt. An den folgenden Tagen kommt es in Algier und anderen Städten zu Demonstrationen für den gestürzten Präsidenten, der sich mit einer nicht genannten Zahl seiner Mitarbeiter an einem unbekannten Ort in Haft befindet.

— *Bulgarien. Die staatliche Nachrichtenagentur BTA veröffentlicht eine Mitteilung über die Verurteilung der an einem Putschversuch im April beteiligten Personen. Gegen 9 Angeklagte werden Haftstrafen zwischen 3 und 15 Jahren verhängt.*

21. 6. — Berlin. Fristgerecht nehmen in Westberlin Senatsrat Korber und der neuernannte DDR-Verhandlungsführer Staatssekretär Kohl erste Kontaktgespräche über das abgelaufene Passierscheinprotokoll vom September 1964 auf. Kohl legt eine Vollmacht des DDR-Ministerpräsidenten Stoph vor und fordert von Korber eine Bevollmächtigung mit der Unterschrift des Regierenden Bürgermeisters. — Am 22. 6. übermittelt der Senat einen Protokollentwurf nach Ostberlin. Gleichzeitig teilt Senatsrat Korber seinem Gesprächspartner mit, er sei nur autorisiert, über eine Verlängerung der Passierscheinvereinbarungen zu verhandeln.

22. 6. — Südafrika. Mit 89 gegen 44 Stimmen billigt der Senat eine Vorlage, die die Justizbehörden berechtigt, die als Zeugen der Anklage bei der Verfolgung politischer Straftaten benannten oder als mögliche Zeugen in Betracht kommenden Personen ohne Gerichtsurteil bis zu sechs Monate in Haft zu nehmen.

24. 6. — DDR. Der neuernannte Außenminister Otto Winzer unterbreitet auf einer Tagung des ZK der SED den Vorschlag, die vier Mächte sollten der noch amtierenden Luftsicherheitszentrale in Westberlin das Mandat zur Einleitung von Verhandlungen mit der DDR über die Benutzung des Luftraums erteilen. Winzer bekräftigt das von den Westmächten bestrittene Recht seiner Regierung zu Hubschrauberflügen in der Berliner Luftkontrollzone. — Am 25. 6. führt das Verkehrsministerium neue gebührenpflichtige Genehmigungen für das Befahren der durch die DDR führenden Wasserstraßen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik ein. Die bisher auf Grund alliierter Vereinbarungen aus der Nachkriegszeit ausgestellten Permits werden nicht mehr anerkannt.

25. 6. — Frankreich. Der Bürgermeister von Marseille und sozialistische Präsidentschaftsbewerber, Gaston Deferre, verzichtet auf seine Kandidatur, nachdem es ihm nicht gelungen war, eine gleichzeitig gegen Gaullisten und Kommunisten gerichtete Parteienkoalition einschließlich der Sozialisten und der Christlichen Demokraten für die bevorstehenden Präsidentenwahlen zustande zu bringen. Die Wahlen sollen am 5. Dezember stattfinden.

25. 6. — Ungarn. Das Zentralkomitee der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) empfiehlt „zur Festigung der führenden Rolle der Partei" eine Auflösung der Personalunion im Amte des Regierungs- und Parteichefs, sowie eine umfassende Regierungsumbildung. — Am 30. 6. bestätigt der Präsidialrat den ZK-Beschluß und ernennt Gyula Kallai zum Nachfolger des bisherigen Ministerpräsidenten Janos Kadar, der weiterhin 1. Sekretär der Partei bleibt und in den Präsidialrat gewählt wird.

26. 6. — „Bandung-Konferenz". Die auf den 29. Juni nach Algier einberufene 2. Afro-Asiatische „Bandung-Konferenz" wird auf den 5. November vertagt. Die Mehrzahl der eingeladenen Staaten, darunter die Mitglieder des Commonwealth, hatten sich angesichts der ungeklärten innenpolitischen Situation in Algerien für eine Aufhebung des Termins ausgesprochen und eine Teilnahme zum gegenwärtigen Zeitpunkt abgelehnt. In Kairo konferieren die Präsidenten Nasser und Sukarno mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Tschou En-lai in Anwesenheit ihrer Außenminister.

27. 6. — Saarland. Bei den Landtagswahlen können SPD und CDU ihre Positionen in dem zuletzt vor fünf Jahren nominierten Landesparlament verbessern. Im Vergleich zu den Bundestagswahlen von 1961 müssen die Christlichen Demokraten ebenso wie die Freien Demokraten fühlbare Stimmenverluste hinnehmen. Zusammensetzung des neuen Landtags: CDU 23, SPD 21, FDP/Deutsche Partei Saar (DPS) 4, Saarländische Volkspartei (SVP)/Christliche Volkspartei (CVP) 2 Sitze.

30. 6. — EWG. Trotz einer vielstündigen Nachtsitzung gelingt es dem Ministerrat nicht, eine Einigung über die Finanzierung des gemeinsamen Agrarmarktes und die damit verbundene Finanzhoheit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft herbeizuführen. Der Versuch, ein Datum für weitere Sitzungen zu bestimmen, scheitert am französischen Einspruch.

Berichte und Kommentare

Der halbe Notstand

In letzter Minute vor dem Abschluß der laufenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestags sind nun doch noch einige der sog. „einfachen Notstandsgesetze" verabschiedet worden; nämlich die vier Sicherstellungsgesetze, das Wirtschaftssicherstellungsgesetz, das Ernährungssicherstellungsgesetz, das Verkehrssicherstellungsgesetz, das Wassersicherstellungsgesetz, und die drei Zivilschutzgesetze, das Selbstschutzgesetz, das Schutzbaugesetz, das Gesetz über das Zivilschutzkorps. Sieben von den elf Nebengesetzen, die sinngemäß von der Aufnahme der verfassungsändernden Notstandsartikel in das Grundgesetz hätten abhängig sein müssen, sind damit vorweggenommen worden. Die Mehrheit des gegenwärtigen Bundestags hat die Entscheidung der Bevölkerung bei der Wahl nicht abwarten wollen; ihr ging es vielmehr darum, das Notstandsthema, dessen Behandlung eine so fragwürdige Einstellung der Regierungsparteien zur Demokratie beweist, aus dem Wahlkampf herauszuhalten und sich, unbekümmert um die Meinung der Wähler, schon jetzt weitreichende Vollmachten zu sichern. Die schwerwiegenden Bedenken der Wissenschaftler und Intellektuellen, der Gewerkschaften und einiger wirtschaftlicher und öffentlichrechtlicher Spitzenverbände wurden unter den Tisch gefegt. Die Art, wie hier Gesetze durchgepaukt wurden, die geeignet sind, die gesamte Struktur unserer Ökonomie und unseres Staatslebens umzuwandeln, läßt im Hinblick auf die künftige Anwendung dieser Gesetze und auf die von der Regierung und der Ministerialbürokratie verfolgten Absichten das Schlimmste befürchten. Das Vorgehen der Bundestagsmehrheit bedeutet schlicht und einfach, daß man sich über die ungeschriebenen Regeln der Demokratie rücksichtslos hinweggesetzt hat.

Auch die sozialdemokratische Fraktion hat die Aufgabe, die einer parlamentarischen Opposition in der Demokratie zufällt, nicht erfüllt. Sie hätte als Bremse wirken müssen, hätte dem Vorpreschen der Regierungsparteien einen Riegel vorschieben sollen; dies um so mehr, als gerade die Wählerschichten der SPD, nämlich die Gewerkschaften und die politisch bewußte Intelligenz, sich unzweideutig gegen die Verabschiedung der Gesetze ausgesprochen und in zahlreichen Kundgebungen ihren Standpunkt geltend gemacht und begründet hatten. Stattdessen glaubten die parlamentarischen Führer der Sozialdemokratie, einen Beweis staatspolitischer Konformität geben zu müssen. So brachen sie ihr öffentlich geleistetes Versprechen, den einfachen Notstandsgesetzen nicht zuzustimmen, solange nicht über die Frage der Grundgesetzänderung Einigkeit erzielt worden sei, und beschlossen, den Luftschutzgesetzen ihre Stimme zu geben; und ein zweitesmal brachen sie ihr Wort, als sie entgegen dem Parteiratsbeschluß von Saarbrücken vom 29. Mai 1965 vierzehn Tage später sich doch bereit fanden, den Sicherstellungsgesetzen ihr Ja zu geben, falls nur deren Anwendung von bestimmten verfahrensrechtlichen Kautelen abhängig gemacht würde. Die CDU/CSU fühlte sich stark genug, nicht einmal diesem bescheidenen Wunsche Rechnung zu tragen, so daß die SPD schließlich die Sicherstellungsgesetze ablehnte — jedoch auf keinen Fall bereit ist, von verfassungs-

rechtlichen Einspruchsmöglichkeiten Gebrauch zu machen. Der Verzicht, aus Anlaß der Notstandsdebatte eine grundsätzliche Aussprache über dieses Gesetzeswerk, über seine politischen Implikationen und über die Bewahrung der deutschen Demokratie auszulösen, wirft ein bezeichnendes Licht darauf, wie weit der Konformismus der SPD-Fraktionsführer schon gediehen ist. Der Verabschiedung der sieben „einfachen Notstandsgesetze" ging also ein doppelter Wortbruch der SPD voraus; und ohne die Nachgiebigkeit der SPD-Führung hätten es wohl auch die Regierungsparteien nicht gewagt, das Notstandspaket noch so kurzfristig auf den Tisch des Hauses zu legen.

Wo also stehen wir nun? Dem Widerstand der breiten Öffentlichkeit ist der klare Erfolg zu verdanken, daß die eigentliche „Notstandsverfassung", also die Grundgesetzergänzung und -änderung, nicht verwirklicht werden konnte. Dem „Nein" der Gewerkschaften und der Professoren, die gemeinsam als Sprecher für Millionen entschiedener Notstandsgegner auftraten, konnte sich die SPD nicht entziehen: der Parteiratsbeschluß vom 29. Mai 1965 ist insofern bindend, als er die Zustimmung der Fraktion zu den verfassungsändernden Artikeln unterband. Damit ist eine wichtige Bastion errichtet. Denn auch die jetzt verabschiedeten „einfachen Gesetze" enthalten, wie wir sehen werden, eine Reihe von Bestimmungen, die die geltende Verfassung verletzen und gegen die mithin auf dem Wege der Verfassungsklage Einspruch erhoben werden kann. So steht noch keineswegs fest, ob die jetzt erlassenen Gesetze auch wirklich angewendet werden dürfen — die konsequente Fortsetzung des Widerstands der Notstandsgegner von dieser Position aus hat Sinn und Chancen. Vor allem dürfen die nun betroffenen Organisationen — die kommunalen Spitzenverbände, die Industrie- und Handelskammern, die Gewerkschaften usw. — nicht nachlassen, wenn es um die Verteidigung auch der kleinsten verfassungsmäßig garantierten Rechte geht. So kann dem Griff nach der Diktatur die Verteidigung der Demokratie entgegengesetzt werden, wenn alle die, die sich in den letzten Monaten zu diesem Ziel zusammengefunden haben, auch weiterhin zusammenstehen und gemeinsam arbeiten. Dann könnte der Teilerfolg der Notstandspolitiker, die jetzt ihr halbes Gesetzespaket unter Dach und Fach glauben, sich bald als ein Pyrrhussieg erweisen.

Der halbe Notstand ist keiner, wenn er nicht von der Bevölkerung akzeptiert wird. Darum gibt es keinen Grund zur Resignation, solange der Widerstandswille ungebrochen bleibt. Was die jetzt verabschiedeten Gesetze bewirken könnten, wäre eine Klimaveränderung im Staat, eine Aushöhlung des Bewußtseins der staatsbürgerlichen Rechte, ein Sichabfinden mit dem Gedanken an mögliche kriegerische Verwicklungen, aus denen man eben mit Hilfe von Luftschutzbauten, Atomschutzanzügen und Feuerpatschen noch die bestmögliche individuelle Überlebenschance herausholen müsse. Genau auf diese Mentalität spekulieren die Notstandspolitiker; der Bürger werde sich schon an Diktatur und Kriegsvorbereitungen gewöhnen. Daß er sich nicht daran gewöhne, ist die Aufgabe der bewußtseinsbildenden Institutionen, der Presse, des Rundfunks, der Schriftsteller also und vor allem der Gewerkschaften. Die bisherige Front bleibt also beisammen; ihre Kooperation hat sich nicht erledigt, sondern ist dringender denn je geworden. Dem Geist einer „formierten Gesellschaft", die ihre Formierung den Notstandspolitikern überläßt, muß entgegengewirkt werden. Die in unserem Grundgesetz verankerte Demokratie ist nicht die Staatsform einer „formierten", sondern die einer „offenen Gesellschaft". Sie wollen wir behalten: offen für die Zukunft, offen für neue Entwicklungen, offen für widersprüchliche Meinungen, offen auch für das Gespräch über die Grenzen mit den

Vertretern anderer Gesellschaftsordnungen.

Jede Offenheit schließt ein gewisses Risiko ein. Absolute Sicherheit würde auch absolute Unfreiheit bedeuten. Darum ist die Sicherheitsphraseologie, mit der die SPD ihre Zustimmung zu einem Teil der Notstandsgesetze bemäntelt, innerlich unaufrichtig und unlogisch. Es gibt keine Sicherheit vor den Zerstörungen eines Krieges, es sei denn durch eine unbeirrbare Friedenspolitik. Friedenspolitik heißt aber: Offenheit für den anderen, nicht Verschanzen hinter einer imaginären Maginotlinie von sogenannten „Sicherungsmaßnahmen". Verschiedentlich wurde darauf hingewiesen, daß alle Regelungen der Sicherstellungsgesetze und der Luftschutzgesetze nur dann funktionieren, wenn sie im Frieden zur Vorbereitung auf den Kriegsfall angewandt werden; im Falle der Verteidigung gegen den (immer überraschend kommenden) Angriff von außen sind sie wirkungslos, denn gegen einen Angriff mit modernen Vernichtungswaffen gibt es überhaupt keine Sicherheit. Im Zeitalter der Raketen und Atomwaffen gilt das lateinische Sprichwort „si vis pacem, para bellum" nicht mehr. Die Vorbereitung auf den Krieg kann nur noch das Mißtrauen wecken, wir bereiteten einen Angriff vor. Insofern sind die Notstandsgesetze nicht nur unsinnig, weil im Verteidigungsfall nicht effektiv, sondern auch im höchsten Maße gefährlich, weil beim Nachbarn das Gefühl der Bedrohung erzeugend; das heißt, sie erschweren eine gesamteuropäische Friedensregelung und damit auch die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Allein durch ihr Vorhandensein erhöhen sie die Spannung in Europa, schaffen damit einen latenten Krisenherd und tragen zu einer schwelenden Kriegsgefahr bei. Vollends in Zeiten einer internationalen Konfliktlage wird durch die Anwendung der Notstandsgesetze eine Kettenreaktion von Gegenmaßnahmen auf der anderen Seite ausgelöst, durch die schließlich jener verhängnisvolle Automatismus der Mobilmachung in Gang gesetzt wird, der schon einmal 1914 zum Ausbruch eines Weltkriegs geführt hat. Seien wir also gewarnt! Die Notstandsgesetze sind nicht Gesetze, die unsere Sicherheit verbürgen, sondern die uns in größere Unsicherheit stürzen. Es gibt nur eine Alternative zur totalen Vernichtung, die jeder Krieg für unser geographisch exponiert gelegenes Land bedeuten würde: eine Politik, die gerade in der gefährlichen Stunde internationaler Gefahr noch kaltblütig auf dem Fortgang aller Lebensverrichtungen der Friedenszeit beharrt, um so jedem möglichen Angreifer das eventuelle Gefühl der Bedrohung zu nehmen und ihn von präventiven Maßnahmen abzuhalten. Eine solche Politik entspräche den Erfahrungen, aus denen unser Staat nach den totalen Zerstörungen des letzten Krieges erwachsen ist, entspräche auch der Konzeption, die die Begründer der Bundesrepublik hatten und die allzuschnell mit der Wiederaufrüstung und der Eingliederung in die NATO aufgegeben wurde.

Die Warner, die damals aus der deutschen Wiederaufrüstung eine unübersehbare Folge weiterer Remilitarisierungsmaßnahmen erwachsen sahen, haben Recht behalten. Das letzte Glied dieser Reihe sind nun die Notstandsgesetze mit der Drohung einer völligen Umfunktionierung des Grundgesetzes im Hintergrund. Es wurde gezeigt, daß die jetzt verabschiedeten Gesetze eine totale Ausrichtung des gesamten öffentlichen und privaten Lebens auf die Bedürfnisse der militärischen Planung bewirken*). In einer der nächsten Nummern der „Blätter" wird zu analysieren sein, was man mit diesen Gesetzen alles anstellen kann, wenn sie ungehindert

*) Vgl. Der permanente Notstand, Memorandum der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, Göttingen 1963. Ferner Kogon-Abendroth-Ridder-Hannover-Seifert, Der totale Notstandsstaat, Frankfurt am Main 1965. Holz-Neuhöffer, Griff nach der Diktatur?, Köln 1965.

angewandt werden. Hier halten wir zunächst fest: bereits die sog. „einfachen Notstandsgesetze" erfüllen den Tatbestand dessen, was man Militarismus nennt, insofern, als sie die militärischen Zwecke den zuvilen überordnen. Sie laufen damit den völkerrechtlich verbindlichen Grundsätzen zuwider, auf denen die Existenz unseres Staates beruht: nämlich den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und den verschiedenen alliierten Militärregierungsgesetzen über die Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus und Militarismus. Das heißt aber auch: die ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands müssen sich durch das vorliegende Gesetzgebungswerk zutiefst beunruhigt fühlen; das gilt insbesondere für die östlichen Nachbarstaaten, gegen die die Bundesrepublik, die auf den Grenzen von 1937 beharrt und selbst für Volksdeutsche außerhalb dieser Grenzen „Heimatrecht" in Anspruch nimmt, erhebliche territoriale Forderungen anmeldet. Doch auch unseren westlichen Verbündeten kann der Übergang zu einem militaristischen und autoritären Regime in der Bundesrepublik nicht gleichgültig sein. Denn die Erhaltung des Friedens beruht im wesentlichen auf einer stillschweigenden Anerkennung des status quo in Europa; gerade die Bundesregierung hat aber oft genug eine Änderung des status quo gefordert. Jede Einstellung des bundesrepublikanischen Staatslebens auf militärisches Zweckdenken muß folglich auch bei unseren NATO- und EWG-Partnern den Verdacht aufkommen lassen, eines schönen Tages könnte die Bundesrepublik ihre Alliierten gegen deren Willen in ein kriegerisches Abenteuer verwikkeln und sie jetzt schon zum mindesten für eine aggressive nationale Politik einspannen. Eine zunehmende Entfremdung der Bundesrepublik von ihren europäischen Nachbarn ist ja heute bereits spürbar.

Sprechen so völkerrechtliche Gründe und politische Erwägungen dagegen, das Notstandsgesetzeswerk in Kraft zu setzen, so kommen die verfassungsrechtlichen Bedenken noch hinzu. Daß die Sicherstellungsgesetze in weitem Umfang die Einschränkung oder Annullierung verfassungsmäßig garantierter Rechte und Freiheiten einschließen, wurde schon früher häufig herausgestellt**). Diesen Argumenten, die von den Vertretern der Bundesregierung und der CDU/CSU nicht widerlegt werden konnten, ist hier nichts hinzuzufügen. Darüber hinaus finden sich jedoch auch in den Luftschutzgesetzen Bestimmungen, die als grundgesetzwidrig zu betrachten sind und eine vorherige Abänderung des Grundgesetzes mit Zweidrittelmehrheit des Bundestags und des Bundesrats erfordern würden. So enthält das Selbstschutzgesetz in § 4 eine Verpflichtung zur Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen und läuft damit dem Art. 12 des Grundgesetzes zuwider. Das Gesetz über das Zivilschutzkorps nennt zwar das Wehrpflichtgesetz als Grundlage der Heranziehung zu Leistungen in diesem Korps. Nach dem Wehrpflichtgesetz kann jedoch eine Heranziehung nur zur Wehrpflicht selbst erfolgen. Entweder gibt man nun zu, daß das Zivilschutzkorps in der Tat ein Teil der Bundeswehr und also eine militärische Hilfstruppe ist — was dem Gesetzeswerk zuwiderlaufen würde —, oder aber man müßte auch hier den Art. 12 des Grundgesetzes entsprechend ändern. Verschiedene Bestimmungen des Gesetzes über das Zivilschutzkorps dürften auch mit Art. 11 des Grundgesetzes nicht in Einklang zu bringen sein. Es gibt also noch genug Unstimmigkeiten in den verabschiedeten Gesetzen, um ihre Anwendbarkeit auf verfassungsrechtlichem Wege in Frage zu stellen.

Entscheidungen über den Bestand der Demokratie können allerdings nicht al-

**) Vgl. die oben zitierten Schriften. Ferner Hans Heinz Holz, Die wirtschaftlichen Aspekte der Notstandsgesetzgebung, Blätter für deutsche und internationale Politik, 1965, Heft 4, S. 315 ff. Ders., Die Luftschutzgesetze — Schleichwege zum Notstand, ebd., Heft 6, S. 495 ff.

lein der richterlichen Kontrolle überlassen werden. Sie sind immer zuerst politische Entscheidungen. Darum gilt es, weiterhin und besonders im Rahmen des Wahlkampfes die Bevölkerung über den Inhalt, die Folgen und die politischen Aspekte der Notstandsgesetze aufzuklären und dem Widerstand gegen sie eine immer breitere Basis zu verschaffen. Es wäre zu wünschen, daß die Presse sich mehr als bisher in den Dienst dieses vordringlichen Erfordernisses stellt, gehört sie doch selbst zu den von den Freiheitsbeschränkungen am meisten Betroffenen. Der Druck der Wähler auf ihre Abgeordneten muß so stark werden, daß eine Fortführung der Notstandspolitik unmöglich gemacht wird. Es darf einfach nicht so weitergehen, daß die Ablehnung eines Gesetzeswerks durch eine große Zahl entschiedener Demokraten und wissenschaftlich ausgewiesener Fachleute auf die Legislative überhaupt keinen Eindruck macht. Volksvertreter sollen keine Abstimmungsroboter ihrer Parteimaschinerie sein, sondern die Meinung des Volkes zum Ausdruck bringen. Der politische Widerstand gegen die Notstandspolitik muß darum mit dem verfassungsrechtlichen Kampf Hand in Hand gehen. Nur so können die Anschläge auf das Grundgesetz verhindert, kann die Verabschiedung der Notstandsverfassung im neuen Bundestag unterbunden werden. Was jetzt vorliegt, ist erst der halbe Notstand. Aber es reicht, um zum totalen Notstand zu werden, wenn der Widerstand nachläßt.

Hans Heinz Holz

Die Lage

Dr. Achim v. Borries

Bonn und Vietnam

Die Tragödie von Vietnam erhellt, in welchem Ausmaß es möglich ist, schreckliche Verbrechen zu verbergen oder zu verschleiern, und es ist Zeit, daß Menschen im Westen ihre Stimme erheben, um dem Blutvergießen ein Ende zu machen.

Bertrand Russell [1])

I

Bundesaußenminister Dr. Schröder hat, nach einem Bericht der WELT, am 29. Juni in Luxemburg vor dem Ministerrat der Westeuropäischen Union mit Nachdruck „Härte in Berlin und Vietnam" gefordert. Es war dies nicht das erste Votum der Bundesregierung zugunsten kompromißloser „Festigkeit" in der Vietnam-Frage. Bundeskanzler Erhard ist im Frühjahr in einem Interview mit der „Neuen Rheinzeitung" gar so weit gegangen, zu erklären, die Vereinigten Staaten leisteten Europa mit ihrer Vietnam-Politik einen großen Dienst. Und die Führung der Sozialdemokraten steht auch in dieser Hinsicht der Regierung nicht nach. In einer Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 22. April aus Los Angeles hieß es, der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Fritz Erler, habe sich dort „gegen einen weichen Kurs der amerikanischen Regierung im Vietnam-Konflikt ausgesprochen. Die Kommunisten würden ein einseitiges Nachgeben der Amerikaner als Schwäche auslegen und mit Sicherheit dazu ausnutzen, um an anderen Stellen der Welt, darunter auch in Berlin, neue Krisen zu schüren."

So kann man ohne Übertreibung von einer vorbehaltlosen, ja mehr als einmal demonstrativen Unterstützung des verstärkten militärischen Engagements der USA in Vietnam durch Bonn sprechen. Sie hat bis jetzt in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik kaum ernsthaften Widerspruch gefunden. Die Auffassung ist weit verbreitet, es gehe in Vietnam, wie in Deutschland, um die Sicherung der „Freiheit" in Auseinandersetzung mit einer „kommunistischen Aggression", in Vietnam werde auch Berlin verteidigt, dort wie hier handele es sich um unersetzliche Grenzbastionen der „Freien Welt", die mit allen Mitteln und um jeden Preis behauptet werden müßten — und durch eine kompromißlose Machtentfaltung, aber nur so, auch behauptet werden könnten.

---

1) In seiner Dokumentation „Krieg und Grausamkeit in Vietnam". Eine ungekürzte deutsche Übersetzung dieses wichtigen Textes ist in Nr. 12/64 der „darmstädter blätter — wir lesen für sie" erschienen.

Mit dieser ihrer aktiven Vorbehaltlosigkeit gegenüber der amerikanischen Vietnam-Politik steht die Bundesrepublik heute im Westen nahezu allein — in einem Augenblick, da in Washington selbst sich die kritischen Stimmen mehren, auf Grund der Beschlüsse der Londoner Commonwealth-Konferenz, aber auch unter dem Druck eines nicht unbeträchtlichen Teiles der britischen Öffentlichkeit eine Scheidung der Geister beginnt. Premierminister Wilson hat sch bekanntlich bereit erklärt, eine Vermittlungsmission zu übernehmen — zu spät freilich schon, wie zu fürchten ist. Und Frankreichs Distanzierung von der amerikanischen „Escalation" in Vietnam läßt — auch in der Presse — an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Ihr entsprach Ende Juni der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Südvietnam und Paris durch die Regierung in Saigon.

Es wäre leichtfertig, wollte man in der völlig selbständigen Südostasien-Politik de Gaulles — vorausgegangen war schon die aufsehenerregende Anerkennung der Volksrepublik China — nur eine weitere „antiamerikanische Marotte" des General-Präsidenten sehen. Frankreich hat vor einem Jahrzehnt Lehrgeld genug für eine Vietnam-Politik zahlen müssen, die, wie die heutige amerikanische, allzu lange politische Kompromisse ablehnte und die militärische Auseinandersetzung vorzog — bis zum Debakel von Dien-bien-phu. Nicht zuletzt seine nach wie vor beträchtlichen spezifischen Interessen in diesem Raume legen ihm das Bemühen um eine wirklichkeitsgerechte politische Lösung nahe, ehe es zu einem neuen, für den ganzen Westen noch weit folgenschwereren Debakel kommt. Die Entwicklung in Südvietnam in den letzten Monaten gibt dieser französischen Lage-Beurteilung weit eher recht als der amerikanischen. Daß man unter diesen Umständen in Paris für Bonns bedingungslose Identifizierung mit dem harten Kurs Washingtons nicht das mindeste Verständnis findet, dürfte nicht mehr überraschen. Die Zürcher TAT wußte denn auch am 21. April d. J. aus der französischen Hauptstadt zu berichten: Bundeskanzler Erhard könne nach seiner schon erwähnten Äußerung über die „Nützlichkeit" der amerikanischen Vietnam-Politik für Europa „nicht mehr darauf hoffen, in Paris ernstgenommen zu werden".

II

Die täglichen militärischen Nachrichten aus Südvietnam sind den meisten von uns längst so selbstverständlich geworden, wir haben uns schon derart an sie gewöhnt, daß wir über sie gewissermaßen zur Tagesordnung übergehen — nach den politischen Zusammenhängen so wenig fragen, wie wir uns dessen bewußt sind, um welche Schreckensnachrichten es sich Tag für Tag handelt. Berichten sie doch von tausendfachem, oft bestialischem Mord, von der systematischen Verwüstung eines ohnehin kargen Landes, von der fortschreitenden Ausrottung eines Volkes, das seit zwanzig Jahren nichts anderes verlangt als Frieden und Freiheit. Freiheit v o n ausländischer Herrschaft und f ü r eine planmäßige Verbesserung seiner schwierigen Lebensverhältnisse. Die Bevölkerung von Südvietnam kann darum die Freiheit gar nicht „verteidigen", weil es sie niemals besessen hat, sondern noch immer e r k ä m p f e n muß — nicht als Teil der „Freien Welt", sondern als deren Objekt, somit im Kampf gegen sie, repräsentiert durch die USA, und nicht gegen eine vermeintliche „kommunistische Aggression".

Es ist nicht möglich, im Rahmen dieses Aufsatzes die politische und physische Leidensgeschichte des vietnamesischen Volkes seit Ende des Zweiten Weltkrieges zu erzählen, des Opfers einer immer brutaler werdenden Kriegführung, über die die eingangs zitierte Dokumentation Bertrand Russells schonungslos berichtet — aus westlichen Quellen.[2]) Nur soviel sei hier gesagt: die Vereinigten Staaten haben bereits eine schwere politisch-psychologische Niederlage erlitten, weil sie von einer völlig falschen Beurteilung des politischen Charakters und der Stärke der südvietnamesischen Vietkong ausgingen. Bei diesen handelt es sich nicht um eine von Nordvietnam organisierte „kommunistische" „Rebellen"-Gruppe, sondern um eine weitgehend „autochthone" südvietnamesische Befreiungsbewegung, eine Art „Volksfront" verschiedener politischer Gruppen des Landes. Und diese Volksbewegung für die — S e l b s t b e s t i m m u n g Südvietnams ist gerade auf Grund der amerikanischen Intervention zugunsten des korrupten und verhaßten Saigoner Regimes sowie der brutalen amerikanischen Kriegführung immer breiter und immer stärker geworden. So stark, daß man in Washington heute von einem militärischen Sieg in Südvietnam nicht mehr zu sprechen wagt, sondern froh wäre, weitere schwere Niederlagen — jede von ihnen eine militärische und zugleich politische Niederlage — vermeiden zu können. Und auch das ist fraglich geworden.

Präsident Johnson hat nun in der letzten Zeit wiederholt von der „Verhandlungsbereitschaft" der amerikanischen Regierung gesprochen. Aber Verhandlungen über eine p o l i t i s c h e L ö s u n g sind solange unmöglich, wie man sich in Washington weigert, den Vietkong als einen der Verhandlungspartner zu akzeptieren. An dieser Weigerung der US-Regierung, den Realitäten Rechnung zu tragen und die südvietnamesische Unabhängigkeitsbewegung — die heute faktisch den größten Teil des Landes beherrscht — in Friedensverhandlungen einzubeziehen, sind bis jetzt alle Bemühungen um die Einleitung solcher Verhandlungen in erster Linie gescheitert. Noch immer hält man in Washington an der Fiktion fest (die das militärische Engagement in Südvietnam und die Luftangriffe auf nordvietnamesisches Gebiet rechtfertigen sollte), der Vietkong sei eine Marionette Nordvietnams oder gar der Chinesen. Zweifellos wird die Befreiungsbewegung in Südvietnam aus dem Norden politisch und materiell unterstützt. Aber ebenso zweifellos ist sie nicht von Nordvietnam oder China abhängig. Es wäre ein leichtes, das durch eine Vielzahl westlicher Pressestimmen zu belegen. Nur eine solche Stimme sei hier zitiert, Der Südostasienkorrespondent der „Stuttgarter Zeitung", Stefan Richard, berichtete am 23. April d. J. aus Singapur:

> „Man weiß hier nur zu gut, daß die These von der ‚Aggression aus dem Norden' eine Hilfsthese neuesten Datums ist, man weiß, daß selbst die Amerikaner unter vier Augen zugeben, daß die Zahl der Infiltranten aus dem Norden im Jahr 1964 geringer war als 1962, und man weiß, daß im gesamten Krieg bisher nur zwanzig nordvietnamesische Staatsangehörige in Südvietnam gefangengenommen worden sind, der erste davon im Juli 1964."

---

2) Es sei hier verwiesen auf die kürzlich in den „Blättern" erschienenen Aufsätze von Senator Wayne Morse und Heinz Abosch, sowie auf die vorzüglich informierende Schrift von Günter Schütze „Der schmutzige Krieg. Frankreichs Kolonialpolitik in Indochina", München 1959 (in der Reihe „Janus-Bücher" des Verlages R. Oldenbourg).

III

Je schwieriger die militärische Situation der Amerikaner in Südvietnam wird — die von ihnen und fast nur noch von ihnen gestützte Regierung in Saigon ist unterdes zum offenen Terror übergegangen, um ihren unvermeidlichen Untergang noch einmal hinauszuzögern —, desto dringlicher und schwieriger werden Verhandlungen über eine politische Lösung — nachdem Washington es versäumt hat, rechtzeitig den Realitäten zu entsprechen und einen politischen Kompromiß zu suchen.

In demselben Maße, wie sich die Lage in Südvietnam verschlechtert und Verhandlungen unausweichlich werden, wächst nun aber auch die Gefahr einer neuen Ausweitung des Krieges nach Norden. Zahlreiche amerikanische Militärs und einflußreiche republikanische Senatoren fordern eine solche militärische „Flucht nach vorn", das heißt, den direkten Angriff auf China. Bis heute von den USA politisch nicht anerkannt, soll die Volksrepublik China machtpolitisch ausgeschaltet werden, ehe sie ein für allemal Weltmacht geworden ist.

Es braucht hier nicht gesagt zu werden, was ein solcher Versuch der Amerikaner, aus der Vietnam-Misere herauszukommen, bedeuten, welche weltpolitischen Folgen er haben würde. Eine gewisse politische „Bändigung" des erwachten Riesen China ist zweifellos eines der entscheidenden weltpolitischen Probleme der nächsten Jahre. Aber dieses überaus ernste Problem kann weder durch die bisherige amerikanische Boykott-Politik gegenüber dem Riesenreich, durch seine — ohnehin mißlungene — politische Isolierung, noch durch einen militärischen Gewaltakt gelöst werden, sondern allein durch die Einbeziehung der Volksrepublik in die Vereinten Nationen, ihre Anerkennung als die Weltmacht, die sie nun einmal geworden ist und noch werden wird.

Der Krieg mit China ist die letzte Konsequenz der heutigen amerikanischen Vietnam-Politik. Das möge man bedenken, wenn man sich der vorbehaltlosen Unterstützung dieser Politik durch die Bundesregierung erinnert. Und etwas anderes, näherliegendes noch sollte man nicht übersehen: daß amerikanischer Druck in Vietnam, wie ihn Bonn immer wieder fordert, russischen Gegendruck, in Berlin zum Beispiel, provoziert. Das ist die elementare weltpolitische Logik des Konfliktes in Südostasien und des „Immer-feste-druff", das noch immer der Bonner politischen Weisheit letzter Schluß zu sein scheint.

Felix Rexhausen

Der Linkisdhe und der Weg zum Rechts-Staat

Oder: Wer zersetzt hier was?*)

Meine Damen und Herren! Wie Sie alle wissen, lautet der Reklame-Slogan der Pfandbriefanstalten seit vielen Jahren: Sicher ist sicher. Das Motto der SPD für ihren diesjährigen Wahlkampf aber heißt: Hast du was, so bist du was.

Meine Damen und Herren! Das ist ein Scherz und ist auch wieder keiner. Jahrelang hat die offizielle und inoffizielle Opposition in unserer Politik sich, wie ich glaube: zu Recht, gegen eine Regierungspartei gewandt, die ihre Arbeit unter den Spruch stellte: Keine Experimente. Denn das sollte doch heißen: Nichts Neues, keine Risiken, keine Initiativen, nichts, wobei irgendwas passieren könnte, das das Bestehende verändert. Keine Experimente, das hieß: Nur Todsicheres. Eine angebliche „Mitte" mit einem solchen Programm ist längst rechts von der Mitte.

„Sicher ist sicher — darum SPD" höre ich nun. Abgesehen davon, daß ich mir unter diesem Spruch weniger vorstellen kann als unter der Mitteilung „Keine Experimente" — abgesehen davon also, kann ich auch bei genauem Hinhorchen aus diesem Spruch nichts anderes heraushören als: Nichts Neues, keine Risiken, keine Initiativen, nichts, wobei irgendwas passieren könnte, das das Bestehende verändert — denn sicher ist sicher. Sicher ist sicher, das ist genau so ein Programm gegen die Zukunft wie Keine Experimente, ist das Programm des konservativen ängstlichen Kleinbürgers. Und darauf, diese Stimmen zu haben, hofft die SPD: Hast du was, so bist du was.

Ich werfe der SPD nicht vor, daß sie viele Stimmen haben will, um etwas zu sein. Aber daß sie sagt — und ja nicht nur in diesem Slogan —: Sicher ist sicher, keine Experimente, und so mit bebender Greisenhand in die Wohnung des Kleinbürgers tritt, sich mit ihm gegen die Zukunft stellt, nichts will als die Fortsetzung des Vergangenen und Bewahrung des Nun-mal-Bestehenden, sicher ist sicher — das ist es, was mich wurmt und mich fragen macht, warum ich denn diese Partei eigentlich wählen soll: Eine Linke etwas rechts von der Mitte.

In früheren Jahren und Jahrzehnten ist die SPD gelegentlich die Partei der Vernunft genannt worden. Gewiß freilich ist: solange sie sich als Partei der Vernunft gerierte, ist sie, wenigstens im Bund, ohne genügend Stimmen und ohne Macht geblieben; das Volk der Bundesrepublik hatte nur in einer Minderheit Lust, der Vernunft eine Chance zu geben.

Das ist alles lange her. Wollen die Wähler die Vernunft nicht, eine Partei aber an die Macht, so bleibt ihr also angeblich nichts anderes, als der Vernunft Valet zu sagen und es von neuem zu probieren — auf daß der Wähler ihr nun die Macht gebe. Eine Minderheit von Wählern mag ja denken, die Vernunft werde zurückgebeten, wenn die Partei die Macht erst hat — ich vermute aber, die Vernunft wird sich bedanken und weiter ihres fernen Weges ziehen.

Und mit bloßer Taktik hat das alles ja auch nichts zu tun. Man kann nicht aus Taktik solche Anstrengungen auf sich nehmen wie die SPD, um dann tags darauf das alles wieder zu revozieren.

Aber ich will hier keinen Vortrag über die SPD halten oder über meine Meinungen über die SPD. Worauf es mir ankommt, das ist dies: Solange die SPD Aura und Anschein der Links-Partei für und gegen sich hatte, hatte sie keinen Erfolg — jedenfalls weniger als jetzt. Links ist verdächtig. Auf diesem Verdacht ist unser Staat ja gegründet worden.

*) Vortrag, gehalten am 15. 6. 65 vor Bonner Studenten.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen etwas Düsteres sagen: es gibt eine Kontinuität zwischen den letzten Wochen und Stunden des Dritten Reiches und den ersten Jahren der Bundesrepublik, eine Kontinuität, die größer ist, als man sich normalerweise klarmacht. Die letzten Reden von Hitler, Goebbels, Dönitz, Schwerin von Krosigk gipfelten in einem Wort: Antibolschewismus. Es gibt Formulierungen in diesen Reden, die sich nahezu wörtlich in den Reden bundesrepublikanischer Politiker wiederfinden lassen, von der ersten Stunde an. Freilich sprach man damals noch von Kommunismus; das Wort „Bolschewismus" kehrt erst neuerdings wieder in solche Ansprachen ein.

Bitte, verstehen Sie mich nicht falsch: ich bestreite nicht, daß die Politik Stalins und ihre Konsequenzen westliche Abwehrhaltungen provozieren mußte. Aber darum geht es nicht; es geht hierum: daß die Bundesrepublik gegründet wurde und sich verstand als ein antikommunistisches Provisorium. Die Mitte ihres Selbstverständnisses war nicht ein Positivum, sondern ein Negativum, nämlich ein Anti-Effekt. Und zwar der gleiche Anti-Effekt, mit dessen Parolen auf den Lippen das Dritte Reich verendet war. Um diesen Anti-Effekt herum wurde der neue Staat kristallisiert, und dieses Selbstverständnis war nicht Sache einiger politischer Sprecher, sondern der überwiegenden Mehrheit des Volkes.

Da war keine Zeit, etwa eine 1945 uns versagte Revolution, die bis ins tiefste Gefüge unserer öffentlichen Ordnung und Einrichtungen hätte gehen müssen, nun wenigstens der Tendenz nach noch nachzuholen. Nein, da mußte so schnell wie möglich alles Gestrige und Vorgestrige, soweit es nicht allzu offensichtlich nazistisch war, herangeholt und zusammengeflickt werden und weiterlaufen. Mäßig neuer Wein in mäßig geflickten alten Schläuchen. Da wurde die Eigentums- und Vermögensordnung in Industrie und Landwirtschaft so wenig angetastet wie die Bildungsvorrechte bestimmter Klassen und der längst mumifizierte Egoismus der Hochschulen und ihrer Lehrer, da wurden Recht und Justiz nicht auf ihre gesellschaftliche Zweck-Vernünftigkeit geprüft, von Irrationalismen befreit, da wurde die Trennung von Staat und Kirche nicht effektiv gemacht, da wurden die Schlagenden Verbindungen nicht verboten, die alten Nazis nicht radikal aus allen öffentlich wichtigen Ämtern und Funktionen geschoben — da wurde nicht gefragt, welches Bild von einem neuen, besseren Deutschland denn in Wahrheit gelten müsse und wie es zu verwirklichen sei.

Nein, zu alledem war keine Zeit: es ging um Wiederaufbau, rasch, rasch, die alten Gleise lagen ja noch, die alten Grundrisse waren noch da, und um Antikommunismus — und der Wiederaufbau selbst wurde als eine antikommunistische Leistung verstanden.

Ich sagte: für alles andere war keine Zeit. Wahr aber ist wohl: da war kein Wille. Man hat gesagt, die Alliierten hätten uns 1945 um unsere Revolution gebracht. Wohl wahr. Aber seien wir ihnen dankbar: hätten sie uns nicht gehindert, eine Revolution zu machen — es wäre offenbar geworden, daß wir keine Revolution gemacht hätten. Wir nicht — damals so wenig wie irgendwann später. Selbst das, was die Männer vom 20. Juli sich so gedacht haben: zwar eine Revolution im strengsten, engsten Sinne wäre das wohl gewesen — aber eine Revolution bis in die tiefsten Winkel der Nation? Eine Revolution, die diesen Staat restlos umgekrempelt hätte, einen ganz neuen Anfang gesetzt, unser Gemeinwesen von den Grundlagen her neu gebaut hätte? Ich glaube, man darf das bezweifeln, ohne die Taten und den Tod dieser Männer zu beschmutzen.

Karl Jaspers hat in den ersten Jahren nach 1945 große Bedenken gehabt, daß die Alliierten uns so rasch Demokratie machen ließen. Vielleicht wäre es wirklich besser gewesen, fremde Macht und Gewalt hätte die Basis unseres Gemeinwesens

und seine Strukturen neu geordnet, ehe die Deutschen selbst sich herrschend darin etablieren konnten.

Vorbei, vorbei. Aber — und darauf wollt' ich hinaus —: Wen sollte es nach alledem wundern, daß eine linke Partei, als die die SPD sich jahrelang noch verstand, trotz Schumachers nationaler und forciert antikommunistischer Töne —, daß eine solche Partei hier ohne Chance blieb? Die Mehrheit des Volkes wollte weder den Hauch von Vernunft, der sich da anbot, noch den Hauch von links, der da noch lebte — es wollte Wohlstand, Antikommunismus und Keine Experimente. Sicher ist sicher. Hast du was, so bist du was.

Sehen Sie, meine Damen und Herren: natürlich war und ist es allen Ehrgeizes wert, die Regierung der CDU nach 8, nach 12, nach 16 Regierungsjahren aus ihren Sesseln zu vertreiben. Ich werfe der SPD nicht vor, daß sie allen Ehrgeiz, alle Kraft darauf verwendet. Aber: wenn ich als Linkspartei in einem offenbar rechtsgläubigen Volk an die Macht kommen will, so gibt es zwei Wege. Der eine heißt: Proklamierung der Vernunft, Erziehung, Beispiel. Der zweite heißt: nicht links bleiben, selber nach rechts gehen. Gut, es mag sein, daß ich auf dem ersten Weg nur sehr langsam vorankomme — aber ist dies denn vielleicht keine staatspolitische Aufgabe für eine große Partei: die endgültige und ungeschorene Etablierung des Rechts-Staates zu verhindern, durch Opposition, Widerstand, Erziehung, Beispiel, Unruhestiften? Soll denn das allgemeine Lehre werden: daß der, der der Vernunft anhängt und damit nicht den entscheidenden Einfluß gewinnt, der Vernunft den Abschied gibt, um alsdann seinerseits das Regime der Unvernunft zu unterstützen und auszuüben?

So hat sich, um einen krassen Vergleich zu wählen, die Mehrheit des Reichstages bei den Ermächtigungsgesetzen auch verhalten: Kann ich nichts dagegen ausrichten, bin ich schon lieber dafür.

Was bedeutet es also, daß die SPD heute so vor uns steht, wie sie steht (oder sitzt oder liegt)? Daß sie sich auf höchst bemerkenswerte Gesetze und Verträge einläßt, daß sie, wenn ich Herrn Wehner richtig verstehe, ernsthaft auf die Große Koalition zusteuert, an der sie am liebsten auch dann teilnehmen würde, wenn sie nicht deren offizielles Mitglied wäre? Es bedeutet: den etablierten Weg nach rechts. Was jahrelang offen war, so lange die SPD sich noch nicht so entschieden auf den Kampf um die Macht um jeden Preis festgelegt hatte, das erscheint nun nahezu fix und fertig. Nun haben wir ein Drei-Parteien-System, das, mögen ihm auch manchmal Ausschläge nach links noch in den Gliedern zucken, sich wesentlich doch rechts von der Mitte befindet. Der Laden ist zu, die Gesellschaft ist geschlossen, die Hölle, das sind die anderen. Was hier, zwanzig Jahre nach 1945, begonnen hat, sich zu etablieren und sich täglich weiter etabliert, das ist ein Staat auf dem Weg nach rechts, ist die Repräsentanz einer Gesellschaft auf dem Weg zum Rechts-Staat. Gute Nacht, Marie.

Ein Staat auf dem Weg nach rechts. Ein Staat, der weniger denn je und nicht einmal 20 Jahre danach weiß, was er mit dem 8. Mai 1945 anfangen soll. Ein Staat, der die Wirtschaft zum Zweck erhoben hat, statt sie als Instrument anzusehen und zu behandeln. Ein Staat, dem reaktionäre Konventionen und nationale Illusionen mehr bedeuten als Vernunft und Nüchternheit. Ein Staat, dem jeder P l a n ein Verrat an der Freiheit ist, der aber durchaus geneigt ist, die autoritative staatliche Ordnung höher zu schätzen als die Freiheitsrechte des Individuums. Ein Staat, dessen tiefstes Credo zu sein scheint, es sei „alles, was besteht, wert, daß es nie zugrundegeht" — von allen innerstaatlichen Miseren in Rechts-, Verkehrs- und Bildungspolitik über die juristisch verbrämten Illusionen betreffs der längst nicht mehr aktuellen Reichsgrenzen bis hin zu dem Kalten Krieg zwischen den beiden Deutschland und der mittlerweile Tag für Tag mehr innen- und außenpoli-

tischen Schaden stiftenden Fiktion, die Bundesrepublik sei nur ein Provisorium. Ein Staat endlich, in dem sich Kirche, Industrie und Militär zu gemeinsamem Machtdenken alliieren, identisch oder vereint mit fast allen, denen der Wahn von gestern und vorgestern noch im Pelz sitzt: Großdeutschland, deutsche Menschheitsmission zur Besserung und Befreiung der Völker, die Deutschen besser und wertvoller als andere, die Welt muß von unseren Qualitäten überzeugt werden („nun liebt uns endlich, sonst kracht's", sagte die Münchner Lach- und Schießgesellschaft — „nun liebt uns endlich", und worin sollten wohl die immer neuen Beweise solcher Liebe bestehen?), deutscher National- und Autoritätswahn, sich richtend endlich auch gegen alle offenbaren weltanschaulichen und gesellschaftlichen Außenseiter (wobei gesellschaftlich, weltanschaulich und moralisch zu identischen Begriffen werden und zwischen sogenannten Linksintellektuellen, Homosexuellen, abstrakten Malern, Einbrechern, Betrügern und Totschlägern dem Wesen nach keine Unterschiede bestehen) — deutscher National- und Autoritätswahn, der die Deutschen in Schranken verweisen möchte, hinter denen sie in 900 Jahren kaum je hervorgekrochen sind. Wahn, der dem Ausland zeigen will, welches Selbstbewußtsein Machtpolitiker mit einem solchen Volk haben können, das sich endlich nicht zu schade ist, solches Selbstbewußtsein auf sich selbst auszudehnen.

Alles dieses, meine Damen und Herren, nenne ich den Weg nach rechts. Den Weg zum Rechts-Staat.

Und manchmal sage ich mir selbst: Ach was, das ist doch alles nur düsternisverliebte Unkerei. Ja, gut: wir sind noch nicht ganz da. Aber: wir kommen voran. Der Bogen der letzten zwanzig Jahre ist ein Bogen schwindender Hoffnung, und mittlerweile weiß unsereiner kaum noch, worauf er denn seine Hoffnung gründen soll, der Weg werde endlich doch in anderer Richtung gehen.

Man mag mir antworten: Das war oder ist nun deine private Hoffnung und Meinung, andere haben andere, und wenn die große Mehrheit halt a bissel nach rechts will, da mußt sie halt lassen, zur Aufregung kein Grund. Doch, doch ist da Grund zur Aufregung: weil ich nicht nur glaube, sondern weiß, daß diese Mehrheit sowohl wie die Minderheit auf dem Weg nach rechts eines Tages unglücklicher sein werden, als dies Volk jetzt ist und als es sein müßte — weil ich nicht nur glaube, sondern weiß, daß Illusionen, Lügen, Selbstbetrug, verkrampftes Festhalten am Überkommenen, bequemes Verschmieren von Ungerechtigkeiten und die Absage an Wahrheit, Vernunft und Nüchternheit unglücklich machen. Nicht unglücklich machen können, sondern müssen. Und nicht nur einen, sondern viele, und nicht nur jene Mehrheit, sondern auch die Minderheit, und im schlimmsten Fall sogar Menschen anderer Völker.

Ich möchte wissen, ob unserem Volk dieser Weg nach rechts nicht hätte erspart werden können. Wahr ist, daß es hätte dazu erzogen werden müssen. Die Mühe der Alliierten in dieser Hinsicht war kurz und bald vom Kalten Krieg überschattet, verdunkelt und erledigt. Die CDU, die regierte, hat Erziehung nicht versucht — sie willfahrte ihrem rechtsgläubigen Wählervolk, statt ihm Erziehung zuzumuten. Der einzige bedeutende Mann, der sich um solche Erziehung bemüht hat, war Theodor Heuß: Ein Mann allein ... Sonst stand der Mehrheit dieses Volkes niemand gegenüber, von dem sie Erziehung zu neuen Werten angenommen hätte — die, die da standen, hielten sich mit derlei nicht auf und waren eben mit dieser Mehrheit identisch.

Der Weg zum Rechts-Staat. Der Rechts-Staat muß nicht sofort dasselbe sein wie der Unrechtsstaat — es gibt viele Stufen, bis man beim offenen Unrecht angekommen ist. Wahr aber ist: Die, die da mit uns den Weg zum Rechts-Staat beschreiten, und die, die da keinen Widerstand leisten, die zersetzen in der Reali-

tät jenes Ideal eines neuen, eines durch und durch besseren, eines modernen und zur Zukunft hingewendeten, eines demokratisch-humanen Deutschland, das doch im Grundgesetz noch durchschimmerte.

Meine Damen und Herren! Ich möchte gern, daß Sie diesen Satz festhalten — und werde ihn darum gleich wiederholen —, denn er ist der eine Angelpunkt meiner Überlegungen. Sehen Sie: ich sage nicht, daß wir in allem schlecht regiert worden sind all die Jahre, ich sage nicht, daß sich nicht alle Parteien große Verdienste erworben hätten, ich sage nicht, daß ich etwa die SPD für durch und durch schlecht halte. Ich sage auch nicht, daß ich für „links" in jeder Form und um jeden Preis wäre oder gar mich selbst als einen „Mann der Linken" verstünde. Ich sage nur: ich bin gegen „rechts" in dem Sinne, in dem ich mir diesen Begriff für heute definiert habe, und ich bin etwas vor den Kopf geschlagen, daß die SPD, aus welchen Gründen auch immer, solchen Tendenzen um sie herum keinen oder doch viel zu wenig Widerstand entgegensetzt und dazu wohl noch glaubt, sie könne „später" etwas dagegen unternehmen.

Und so sag's ich nochmal: Die, die da mit uns den Weg zum Rechts-Staat beschreiten, und die, die da keinen Widerstand leisten, die zersetzen in der Realität jenes Ideal eines neuen, eines durch und durch besseren, eines modernen und zur Zukunft hingewendeten, eines demokratisch-humanen Deutschland, das doch im Grundgesetz noch hindurchschimmerte.

Sie „zersetzen". Zersetzen — woher kommt diese Vokabel, und wer führt sie üblicherweise im Munde? Und was wollen denn die, die sie benutzen, vor solcher Zersetzung schützen?

Sie wissen es alle: die Vokabel stammt aus der rechten Propaganda der Zwanzigerjahre und war später einer der Lieblingsausdrücke der Naziherrschaft. Seit fünf, sechs Jahren kommt sie langsam wieder zu Ehren und wird benutzt: von der CDU/CSU, die sie vor allem seit der Spiegel-Affäre braucht; von den katholischen Bischöfen, die sich mit ihr gegen Böll, Amery und andere wendeten; von politischen Abgeordneten und Stammtischlern aller Art, die weniger vorsichtig in ihrer Wortwahl sind als die hohen Herren; von Gruppen, die eine Saubere Leinwand wollen; nicht benutzt, aber gedacht wird sie in Herrn von Hassels Feststellung über die „nihilistische Saat", in Erhards Bemerkungen über die „Entartungserscheinungen" der modernen Kunst; sie wird verwendet von allen Vertriebenenfunktionären ebenso wie von der Soldatenzeitung.

Und was also soll da vor Zersetzung geschützt werden? Die Moral; das Staatsbewußtsein; der Verteidigungswille; die Autorität öffentlicher Instanzen, des Staates wie der Kirche; der Wille zur deutschen Einheit in den Grenzen von 1937; schließlich, wenn ich recht verstehe, der starre und perfekte Antikommunismus und mit ihm der provisorische Charakter unseres Staates.

Nun ist aber „die Moral" durchaus kein in Details verbindlicher Kodex für alle, schon gar nicht in dem mit besonderem Schmatzen hervorgeredeten Bereich der Sexualmoral — gefordert aber wird da e i n e Moral und e i n e Heuchelei. Ebenso undemokratisch sind die Vorstellungen vom Staatsbewußtsein: es werden nämlich Staat und Regierung identifiziert, statt die allgemeine intensive Diskussion öffentlicher Angelegenheiten für den Triumph demokratischen Staatsbewußtseins zu halten. Es soll nicht gedacht werden, und darum ist auch das Nachdenken über die Notwendigkeit oder Nicht-Notwendigkeit deutscher Verteidigungsbeiträge, die doch ein Gut an sich darstellen, Zersetzung des Verteidigungswillens und dieser Wille in jeder nur denkbaren Weise ein Tabu. Überhaupt soll g e g l a u b t werden: an Regierung, Kirche, Wiedervereinigung, Nichtbestehen der Oder-Neiße-Grenze, an den Antikommunismus.

Meine Damen und Herren! Zum Nicht-Denken, zum Glauben fordert mich auch

der Kommunismus auf, und seine Glaubensinhalte heißen dort „links", wie sehr zu Recht oder zu Unrecht auch immer. Die Glaubensinhalte jedenfalls, die bei uns vor Zersetzung durch kritisches Denken geschützt werden sollen, die nenne ich rechts, und es ist nur ein Spaß der Geschichte, daß manche von ihnen kommunistischen Glaubensinhalten ähnlich sind wie Spiegelbilder.

Vor Zersetzung also soll bei uns geschützt werden das „Rechte", und die es angeblich zersetzen, sind links, „Linksintellektuelle" und, bewußt oder unbewußt, Handlanger des Kommunismus. Denn natürlich: nachdem sich die drei Parteien gemäß dem Willen der Mehrheit alle rechts von der Mitte befinden, gibt es, wie ich neulich einen Funktionär der „Falken" sagen hörte, „nichts zwischen ihnen und dem Kommunismus". Im Vorfeld des Kommunismus also befinden sich einige Journalisten, befinden sich Kabaretts und Schriftsteller ebenso wie der LSD, der SDS, der SHB oder die Humanistische Union. Sie alle zersetzen, zersetzen das, was als das einzig Wahre, Gute, Schöne proklamiert wird. Sie zersetzen.

Sie zersetzen? Meine Damen und Herren! Ich könnte den Rest meines Vortrages in acht Worten abmachen, nämlich: „Sie zersetzen? Ach wenn es doch so wäre!"

Das Wort „zersetzend" ist sehr strahlkräftig. Es ist mit besonderer Vorliebe viele Jahre lang auf Tucholsky angewendet worden, von der Rechten. Der Effekt ist, daß ich durchaus ernsthafte und sonst nicht dumme Leute habe sagen hören: „Tucholsky hat mit Schuld am Untergang der Weimarer Republik." So? Zuerst hat man ihm vorgeworfen, er zersetze die Reste des Alten, Guten, die trotz der Weimarer Republik noch bestanden; nun sagt man, seine Kritisiererei habe diese Weimarer Republik zersetzt. Wahr aber ist: hätte er auch nur einen Teil dessen, was er wirklich zersetzen wollte, tatsächlich zersetzt, so wäre die Republik eine Republik geblieben. Aber wen hat die „Weltbühne" denn erreicht, wen in seiner bisherigen Überzeugung wankend gemacht?

Zersetzen. Wohl jeder, dem heute vorgeworfen wird, er sei „zersetzend", möchte gern, daß es so wäre. Aber was vermag er denn zu zersetzen? Lassen Sie mich die Aussichten solcher Beschäftigung an dem mir naheliegenden Beispiel der Satire vorführen — Sie können das dann leicht auf einige andere Gattungen zersetzender Tätigkeit übertragen.

Was ist Satire? Eine Weise der Kritik an Personen, Einrichtungen, an der Gesellschaft, an Haltungen und Denkweisen. Sie bedient sich dazu, unter sehr verschiedenen Masken, im Grunde immer des Mittels der Übertreibung, der Überpointierung — d. h. sie übertreibt einen als im wesentlichen bekannt vorausgesetzten Sachverhalt.

So setzt Satire zu ihrem Verständnis Kenntnisse von Sachverhalten voraus, und sehr oft: Kenntnisse von Problemen, Meinungen über Sachverhalte, kritische Gedankengänge. Es gibt sogar Satire, die eine ganz bestimmte Meinung des Lesers oder Hörers voraussetzt, die dieser in der Satire lediglich neu ausgedrückt wiederfindet, sozusagen eine Satire unter den Auguren, Augenzwinkernder antwortet Augenzwinkerndem. Fast immer aber setzt Satire voraus, daß einer die Möglichkeit habe, die Wertmaßstäbe zu erkennen, von denen aus ihre Kritik erfolgt. All dieses vorweg; dazu noch der Hinweis, daß Satire etwas anderes ist als die direkte Polemik, mag diese sich auch gelegentlich satirischer Mittel bedienen.

Nun aber: Was will Satire? Genau dies: sie will zersetzen. Wenn „zersetzen" doch zunächst nichts anderes heißt als: „Bestehendes hinfällig machen", dann will Satire zersetzen. Der Berliner Literaturwissenschaftler Arntzen schreibt von der Satire: „Sie spricht gegen die Zeit, damit diese richtiggestellt werde ... ist nicht gegen dies und das, sondern dagegen, daß das, was ist, als das Richtige oder doch als das Unveränderliche ausgegeben wird." Satire also will bewußt machen, daß

das Bestehende nicht schon seines Bestehens wegen im Recht sei; sie wendet sich gegen die Macht des Etablierten, gegen das fraglose Einverständnis mit dem Bestehenden, sie sagt: Paß auf, die Dinge müssen nicht so sein, wie sie sind, sie könnten auch anders sein, besser.

Doch das Bestehende fühlt sich immer im Recht: ob das der Trott eines Industriebetriebes oder einer beliebigen politischen Organisation, die Ordnung eines Alltagslebens oder ganze Moralsysteme, ob das Konventionen oder irgendwelche eingeschliffenn Routinen sind. Darum ist vom Bestehenden her Satire und alle andere Kritik das Böse schlechtweg, ist das Wort „zersetzend" ein Schimpfwort, ein Alarmsignal. Freilich: Satire will ja bewußt machen, daß das Seiende nicht auch das Sein-Sollende ist, will die Überprüfung des Verhältnisses zum Bestehenden, und daß sie dafür von der Front des Bestehenden her beschimpft wird, ist natürlich und einkalkuliert — wer mit Brandern gegen ein Haus anrückt, erwartet nicht, daß man ihm öffnet und noch Strohwische entgegenhält.

Ja, und da wird der Satire also gesagt, sie sei zersetzend. Damit ist zwar ihre Absicht richtig erkannt: sie will zersetzend sein; ihr tatsächlicher Erfolg aber doch weit übertrieben: Zersetzt sie denn je? I s t sie denn jemals zersetzend?

Meine Damen und Herren! Ich will diese Möglichkeit nicht in jeder Weise ausschließen. Einer, der von der Sinnlosigkeit und Vergeblichkeit des Redens überzeugt ist, wird schweigen. Einer, der redet, wird aber entweder von der Überzeugung angetrieben, daß Reden nicht vergeblich sei, oder aber es wird sich, umgekehrt, da er ohne Reden nicht leben kann, immer wieder auch die Überzeugung ihm einstellen, er mache den Mund nicht ganz vergebens auf. Darum sage ich: Die Möglichkeit, daß Satire Zersetzung bewirkt, kann nicht ausgeschlossen werden.

Aber lassen Sie mich einige Gründe dafür sagen, warum die Wahrscheinlichkeit gering ist, daß sie ihr Ziel erreicht. Einmal wegen der vorhin schon genannten Voraussetzungen. Zweitens gibt es einen Grund, der in der speziellen Form der Satire liegt: ihre Qualität ist vor allem eine formale Qualität, und der Beifall gilt oftmals mehr der gelungenen Form einer Satire als ihrem kritischen Inhalt. Von daher hat Satire eine gewisse Unverbindlichkeit.

Dies Problem der Unverbindlichkeit reicht aber noch weiter. Der Leser oder Hörer von Satire lacht sehr oft über andere; er genießt Schadenfreude, steigert sich selbst in negativem Muckertum; er fühlt sich selbst aber weder gemeint noch zu Aktivität ermuntert — auch dann, wenn er die kritische Aussage billigt. Und noch viel weniger getroffen fühlt sich der, der die kritische Aussage nicht billigt — er zuckt die Achseln über diese Einfälle irgendwelcher Schreiberlinge.

Und damit bin ich bei einem letzten, dem entscheidenden und allgemeinen Grund für die beschränkte Wirkung satirischer und vieler anderer Kritik. Sehen Sie: Wer kritisiert denn da? — Der andere. Die Kritik des anderen Lagers trifft mich nicht.

So läuft ein Großteil aller Kritik auf einen circulus vitiosus der Selbstgerechtigkeit hinaus: Wir A's fühlen uns gerecht, weil wir die B's kritisieren — und wir B's fühlen uns gerecht, weil es ja nur die A's sind, die da Kritik üben, ach, ihre Kritik ist gar ein Beweis dafür, wie sehr wir B's im Recht sind. Darüber hinaus nimmt ein Großteil des jeweiligen Lagers die kritischen Bemühungen anderer Lager gar nicht erst zur Kenntnis: man liest die eigenen Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, man läßt sich in der vorgefaßten Meinung bestärken, statt sie erschüttert wissen zu wollen. Und so verpufft nicht nur Satire, sondern ein großer Teil aller Kritik am Bestehenden.

Wenn sie aber jemanden bewegt — wie lang ist dann der Weg zu Veränderungen? Gewiß, in zunächst winzigen, später größeren Kreisen mag sich, falls so ein Kritiker nicht ganz allein blieb, nach und nach ein wenig das Bewußtsein

ändern, mögen alte Vorstellungen revidiert werden, mögen zumal junge Leute in nicht ganz verschwindender Zahl nach den neuen Vorstellungen greifen. Aber wie lang ist der Weg, bis solche Grundeinstellungen sich ändern in nennenswertem Umfange?

Und was gar politische Entscheidungen angeht, so möchte ich zwei Beispiele nennen, die sich beide auf vieldutzendfache Kritik beziehen. Erstens: Alle öffentliche Kritik hat es nicht fertiggebracht, den Staatssekretär Globke aus dem Bundeskanzleramt zu vertreiben, der, mag seine Weste weiß sein wie sie wolle, jedenfalls eine Belastung für unseren Staat darstellte (und man kann, im übrigen, nicht gut vergessen, daß unser Staat unter solchen Sternen aufgewachsen ist). Zweitens: Strauß. Die Kritik war massiv, jahrelang; nichtsdestotrotz wäre der Mann noch heute Minister, wenn er nicht die eklatante Dummheit begangen hätte, das Parlament so offenbar anzulügen, daß die FDP sich genötigt sah, Konsequenzen zu ziehen. Was im übrigen weder die SPD hinderte, im selben Augenblick Koalitionsfäden zur CDU/CSU zu spinnen (und doch wohl m i t Strauß), noch die CDU abhält, ihn auf jedem Parteitag mit gewaltigem Beifall zu begrüßen. Immerhin: Strauß fiel, und die Presse hatte ihren Anteil daran, wie ich glaube — aber er hatte sich eben so benommen — und dazu gegen die Presse —, daß ihn kaum jemand mehr in Schutz nehmen konnte, ohne selbst unglaubwürdig zu werden. Das heißt: das Beispiel Strauß ist so untypisch, wie das Beispiel Globke typisch ist.

Denn — und damit komme ich zu meinen Überlegungen von vorhin zurück — es ist eben auch dies wahr: der großen Mehrheit der Nation hat Globke im Palais Schaumburg nichts ausgemacht, und einem großen Teil der Presse auch nichts. Es ist unsinnig, die Wirkungslosigkeit solcher Kritik einfach Adenauer und den Parteien vorzuwerfen — die Kritiker waren die Minderheit, die Mehrheit aber denkt mit Globkes Tüchtigkeit gegen die Erwägungen von Moral und Takt. Doch verwerfbar bleibt: daß die, die die Herrschaft haben oder anstreben, nicht zusammen mit solcher Kritik gegen die Mehrheit Beispiele setzen.

Meine Damen und Herren! Da steht also so ein armer Zeitgenosse und versucht, mit nicht allzu vielen Kameraden, ein wenig am Bestehenden zu rütteln, und die Front des Bestehenden schreit Mordio, als glaube sie, er werde viel ausrichten können.

Aber so viel richtet er nicht aus. Gegenüber dieser Front in allen Hirnen, gegenüber dieser Macht des Bestehenden, die Stiefel und Augen nach rechts richtet, all dem gegenüber wirkt er schmal, heiser, von alberner Emsigkeit — linkisch. Linkisch wie einer, der mit dem Gartenschäufelchen die Pyramiden auseinandernehmen will. Was er zersetzen möchte, das hat längst und immer mehr die Geister der Mehrheit und wenigstens ihre Ahnungslosigkeit, Borniertheit und Bequemlichkeit für sich. Was er aufgebaut wissen möchte, das sieht er jeden Tag weiter zersetzt.

Soll er also abblasen? Nein! Einmal nicht, weil er sich soll sagen können: An mir hat es nicht gelegen, ich habe getan, was ich konnte; weil er sich nicht will vorwerfen müssen, er habe nichts unternommen gegen das, was er für ein Unglück hielt — wie beschränkt, nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv, seine Möglichkeiten des „Unternehmens" da auch sein mögen.

Und zum andern soll er nicht abblasen, weil auch geringe Wahrscheinlichkeiten des Erfolges immer noch Wahrscheinlichkeiten sind. Es gibt ja eine Minderheit, die den Weg zum Rechts-Staat nicht zu gehen wünscht; so gilt es, diese Minderheit zu ermuntern, daß sie nicht schwächer, sondern stärker werde. Es gibt die Hoffnung, daß der jungen Generation endlich Nüchternheit und Menschlichkeit mehr bedeuten als überkommene Wahnvorstellungen. Auch da freilich

mag man seine Zweifel haben: schließlich liest man über die rebellischen Studentenverbände der Parteien doch nur deswegen mehr als über alle anderen Studenten und ihre Vereine, weil sie eine verschwindende Minderheit, die im rechten Trott aber die Mehrheit vertreten.

Nun gut; aber es gibt diese Hoffnung. Oder es gibt auch die Hoffnung — und ich müßte lügen, wenn ich sagte, ich hätte sie nicht auch, trotz allem, was ich vorhin über diese Partei laut gedacht habe —, die Hoffnung, daß in der SPD noch nicht aller Tage Abend sei und daß man gerade sie vielleicht doch zu schwarz sehe. Es gibt weiter die Hoffnung, das Verhalten der Mehrheit, die da nach rechts schlittert, werde die Minderheit endlich zwingen, sich doch auf irgendeine Weise politisches Gewicht zu verschaffen; und wenn das Fell der heute im Parlament vertretenen Parteien auch künftig so dick ist, daß sie große Gruppen ihrer Wähler, von den Gewerkschaften bis zu intellektuellen Kreisen, die sich gegen die Verdummung wehren, deswegen als unzuständig beschimpfen, weil sie „außerparlamentarisch" seien; wenn also unsere Demokratie im Begriff ist, endgültig nur eine „genannte" zu werden, werden diese Gruppen sich dann neue Leute suchen müssen, die sie im Parlament vertreten. Es gibt, letztens, die Hoffnung, daß die Klugen und Nüchternen — und die weltpolitischen Umstände dazu — denn doch, wenigstens bei denen, die nach 1940/45 geboren sind, einige erzieherische Wirkung ausüben könnten.

Vielleicht denken Sie jetzt: So billig hätt er sich's nicht machen dürfen, seinen Vortrag zu schließen mit solch aufgesetztem Optimismus, so'ner Art von happy end. Ja — wäre dies Optimismus, er wäre aufgesetzt. Ich bin kein Optimist, und laut und verführerisch rauschen die Wasser der Resignation. Aber, meine Damen und Herren, es können Optimisten zurückgezogen in ihrer Laube sitzen, weil sie auf den guten Gang und Ausgang der Dinge vertrauen. Wir aber, die wir eben nicht darauf vertrauen, die wir eben keine Optimisten sind, wir müssen uns halt ein wenig kümmern — wie linkisch das auch immer aussehen mag.

Dr. Wilfried Gottschalch

Strukturprobleme unserer Demokratie

Weniger das abstrakte System politischer Institutionen, das heute oft mit dem Begriff der Demokratie identifiziert wird, soll hier Gegenstand unserer Aufmerksamkeit sein, als jene Strukturveränderungen und Prozesse, die Form und Inhalt der Selbstgestaltung der Gesellschaft in der Gegenwart ausmachen. Demokratie wird hier also nicht wie bei Joseph A. Schumpeter [1]) als ein System verstanden, in dem die Politiker ihre Entscheidungsmacht im Konkurrenzkampf um die Stimmen des Volkes erwerben. Das wäre ein formaler Demokratiebegriff, der offen läßt, welchen Inhalt Demokratie hat. Zu welchen Konsequenzen das führen kann, zeigt ein Gespräch, das Max Weber 1919 mit dem General Ludendorff führte. Ludendorff fragte, was Weber unter Demokratie verstünde, darauf Weber:

> „In der Demokratie wählt das Volk seinen Führer, dem es vertraut. Dann sagt der Gewählte: ‚Nun haltet den Mund und pariert.' Volk und Parteien dürfen ihm nicht mehr hineinreden." Ludendorff: „Solche Demokratie kann mir gefallen." (Lebensbild, S. 665).

Zumeist wird von den Vertretern dieser Auffassung Demokratie nur auf den Staat bezogen. Aber Politik, d. h. Gestaltung und Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten, des res publica, wird ja nicht nur vom Staat getrieben, sondern auch von anderen gesellschaftlichen Gruppen wie Parteien, Verbänden, Kirchen, Wirtschaftsunternehmen, der Presse, dem Rundfunk, dem Fernsehen.

So kommt es, daß andere Wissenschaftler (Hermann Heller, Franz L. Neumann, Martin Drath, Wolfgang Abendroth, Otto Stammer und Jürgen Habermas z. B.) sagen: Demokratie reduziert sich nicht auf die Anwendung bestimmter Spielregeln bei der Eroberung staatlicher Herrschaft. Sie ist mehr als bloß eine politische Form, sie hat auch ein gesellschaftliches Ziel zum Inhalt. Sie will das Streben der Menschheit nach Freiheit und einer anständigen Gestaltung ihres Daseins verwirklichen und ist deshalb nur in einer Gesellschaft mündiger Menschen möglich, „darum ist sie nicht unter beliebigen gesellschaftlichen Voraussetzungen möglich ... sie ist vielmehr diese freie Gesellschaft selbst [2])".

Von dieser Auffassung her müssen wir die Bonner Demokratie als eine unvollständige Demokratie bezeichnen, denn die gesellschaftlich-politische Ordnung der Bundesrepublik enthält noch eine ganze Reihe von Elementen, die eine demokratische Gestaltung des politischen Lebens zumindest hemmen.

Sozialstruktur unserer Gesellschaft

Wieweit sind die Mängel der Bonner Demokratie in der Struktur unserer westlichen Gesellschaftsordnung angelegt? Funktioniert das überkommende demokratische System so schwer, weil die Arbeitnehmer wohl rechtliche Freiheit, politische Gleichheit haben, aber in sozialer und ökonomischer Ungleichheit leben?

Wer die Krise der Demokratie in Italien untersucht, wird schnell eine Antwort finden. Ähnlich war es in der Weimarer Republik. Die Weimarer Verfassung, die nach Franz L. Neumann die Macht in juristische Verhältnisse aufzulösen versuchte, erschwerte die Feststellung der eigentlichen politischen Machtverhältnisse. Die Geschichte ihrer Anwendung beweist, daß in einer Gesellschaft, in der der Besitz und die Verfügungsgewalt der wirtschaftlichen Machtpositionen in wenigen Händen konzentriert sind, das liberale Prinzip von der Rechtsgleichheit und Allgemeinheit der Gesetze mißbraucht werden kann, da die wirtschaftlichen Konkurrenten nicht gleich stark sind und Machtmonopole eigentlich nur durch indi-

viduelle Gesetze geregelt werden können. Hinzu kam noch, daß der rationale Charakter des Rechts immer häufiger durch Generalklauseln wie „Treu und Glauben", „Gute Sitten", „Gesamtwirtschaft", „Gemeinwohl" u. a. verdrängt wurde. Damit erhielten die unabsetzbaren Richter die Macht, Gesetze für verfassungswidrig zu erklären, die ihren reaktionären Auffassungen von der Verfassung widersprachen. Sie konnten die Exekutive in ihrer Tätigkeit hindern, soweit es sich um Interventionen in Freiheit und Eigentum handelte[3]). Gemeinsam mit der Bürokratie, die vom Parlament nicht mehr wirksam kontrolliert wurde, gewann die Justiz ein Übergewicht über den Reichstag, welcher von der Arbeiterbewegung beeinflußt wurde. So widersprachen sich Verfassungsform und Verfassungswirklichkeit in der Weimarer Republik. Es erwies sich, daß die Demokratie auf der Grundlage des Privateigentums in jener Zeit von einem Gleichgewicht der Klassenkräfte abhing, das nur so lange funktionierte, wie die Unternehmerschaft in der Lage war, den Arbeitern bestimmte Zugeständnisse zu machen. Als sie in der Krise hierzu nicht mehr fähig war, wurde die Demokratie durch die Diktatur ersetzt. Otto Kirchheimer nannte die Weimarer Verfassung eine Verfassung ohne Entscheidung[4]). Ihr Widerspruch bestand darin, daß sie der Arbeiterschaft politische Macht ohne gesellschaftliche Garantie, der Kapitalistenklasse gesellschaftliche Macht ohne politische Garantie gab. Ähnlich wie die Verfassung Frankreichs vom 23. Oktober 1848, verlangte sie von den Arbeitern, daß sie von der politischen Emanzipation nicht zur sozialen fortgehen, von den anderen, daß sie von der sozialen Restauration nicht zur politischen zurückgehen[5]).

Die hier vorgetragenen Gedanken sind offenbar von Marx beeinflußt. Kann aber auch heute noch die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik mit dem Klassenbegriff erfaßt werden? Ich halte die Marxsche Einteilung der Klassen ökonomisch für richtig, sozial aber für unzureichend. Es war eine für die Politik der deutschen Sozialdemokratie verhängnisvolle Vereinfachung, anzunehmen, daß eine bestimmte Klassenlage auch ein bestimmtes Klassenverhalten zur Folge haben müsse.

Man muß nicht Marxist sein, um zu sehen, daß in Deutschland und in den anderen großen Industriestaaten über drei Viertel aller Bürger von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen sind. Friedrich Lenz hat recht, wenn er sagt, daß die wirtschaftlichen Kommandohöhen im Zeitalter vielfacher Mono- und Oligopole nur einer kleinen Minderheit zugänglich sind[6]). Jene kleine Minderheit besitzt aber auch die Mittel, die Träger der öffentlichen Meinungsbildung unter ihre Kontrolle zu bringen. So kommt es zu einer „Gleichschaltung des Bewußtseins." Hinzu tritt aber noch etwas anderes: Die Verfügungsgewalt über die Kommunikationsmittel wirkt nicht nur als ein Herrschaftsmittel, sondern auch als das „sozialpsychologische wirksame Leitbild, das von dem sozialen Prestige der herrschenden Klasse als solcher ausgeht[7])". Verbirgt diese „Gleichschaltung des Bewußtseins" den Klassengegensatz, so bestimmt er doch nach wie vor den Widerspruch zwischen formaler und realer Demokratie, der heute, wie Habermas ausführt, seine Gestalt verändert und als Entpolitisierung der Massen bei fortschreitender Politisierung der Gesellschaft selbst erscheint[8]).

Interessenverbände, Parteien und Bundestag

Der antagonistische Charakter unserer Gesellschaftsordnung findet seinen politischen Ausdruck in den Reden über die Macht der Interessenverbände, im Unbehagen an den Parteien und letztlich in der Krise des Parlamentarismus. Alle drei Erscheinungen sind eng miteinander verbunden.

Unter Interessenverbände wollen wir jene Organisationen verstehen, „die die Interessen ihrer Mitglieder im staatlichen Entscheidungsbereich mit wesentlich

politischen Mitteln durchzusetzen versuchen, ohne jedoch selbst die unmittelbare Regierungsübernahme anzustreben[9]". Dazu gehören nicht nur Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, sondern auch die Verbände der freien Berufe, zivile Gruppen (Tierschutzverein), Gruppen für Sonderinteressen (Kriegsversehrtenverbände), Kirchen und kirchliche Gruppen, Vereine für Erziehung, Erholung und kulturelles Leben.

Die Stellung der Verbände in der Verfassungswirklichkeit wird heute häufig kritisiert. Eschenburg z. B. klagt über die „Herrschaft der Verbände". Aber die politischen Verhältnisse sind heute so kompliziert geworden, daß sich der Bürger im „Fuchsbau Staat" nicht mehr auskennt und die Verbände mit der Vertretung seiner Sonderinteressen beauftragt. Rechtliche Grundlage der Einflußnahme der Verbände auf Gesetzgebung und Verwaltung ist das klassische Petitionsrecht, das einst dem Untertanen bzw. Staatsbürger die Chance zusicherte, gehört zu werden. Was am Verhältnis zwischen Staat und Verbänden zu kritisieren ist, ist nicht die Tatsache, daß sie Sonderinteressen gegenüber einem übrigens nicht bestimmbaren Allgemeininteresse vertreten, sondern ihr rechtlicher Charakter. Obwohl die Verbände in ihren Funktionen im Staat tatsächlich öffentlichen Charakter haben, d. h. politische Funktionen erfüllen, die alle angehen, sind sie juristische Personen des privaten Rechts und regeln ihre Beziehungen untereinander nach privatrechtlichen Normen. Sie vermögen die Demokratie auszuhöhlen, weil sie zwar großen Einfluß auf den Staat haben, jedoch zumeist weder demokratisch organisiert, noch demokratischen Kontrollen unterworfen sind. Zwar übersetzen die Verbände private Interessen ins Politische, doch betreiben sie ihr Geschäft gewöhnlich im Verborgenen und fördern dadurch die Entfremdung der Bürger von der Politik. Eine Ausnahme bilden die Gewerkschaften. Sie sind demokratisch organisiert, ja ihre Existenz ist vom Bestehen der Demokratie abhängig. Auf diese Weise sind sie wichtige Verteidiger der Demokratie in Deutschland[10]).

Leibholz hat auf den Strukturwandel der modernen Demokratie[11]) hingewiesen, der von der liberalen parlamentarischen Demokratie zur Parteiendemokratie führte. Es darf gefragt werden, ob heute die Parteien wirklich noch diese starke Stellung haben. Solange die Parteien die parlamentarischen Repräsentanten der Klassenkräfte waren, waren sie sicherlich noch die Träger der politischen Willensbildung. Heute werden sie in ihrer Bedeutung immer mehr von den Großverbänden zurückgedrängt, die eigene politische Programme entwickelt haben, die konkreter und umfassender als die Parteiprogramme sind. Großverbände, wie der Bundesverband der Deutschen Industrie, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände oder der DGB können die unterschiedlichen Teilinteressen ihrer Mitglieder nur zusammenfassen, wenn sie umfassende Programme entwickeln, die sich auf die Innenpolitik ebenso erstrecken wie auf die Ordnung des menschlichen Lebens im Ganzen[12]). Damit treten Schwierigkeiten in den Beziehungen zwischen den größeren Verbänden und den Parteien auf. Je mehr die Großverbände eigene Programme entwickeln und sich unmittelbar an die „Regierung" und die „Ministerialbürokratie" wenden, um ihre Ziele zu verwirklichen, desto geringer wird die politische Bedeutung der Parteien.

Das wäre weniger bedenklich, wären die Verbände demokratisch legitimiert, würden sie demokratisch kontrolliert. Das ist jedoch selbst bei den Parteien in sehr geringem Maße der Fall. Ich erinnere an den Artikel 21 des GG, in dem es heißt, daß die innere Ordnung der Parteien demokratischen Grundsätzen entsprechen muß. Das Nähere soll ein Bundesgesetz regeln. Doch wurde diese Bestimmung bis heute noch nicht durchgeführt. Und wir alle kennen Beispiele, die offenbaren, wie es um die innerparteiliche Demokratie der Parteien bestellt ist.

Für die Parteien gilt ähnliches wie für die Verbände. Tatsächlich fungieren sie

schon als Staatsorgane, juristisch aber gelten auch sie noch als Personen des privaten Rechts. Sie sind weniger politische Exponenten des Volkes als der Verbände. Nannte Carl Schmitt das Parlament die Stätte, an der sich weisungsgebundene Parteibeauftragte treffen, um bereits getroffene Entscheidungen registrieren zu lassen, so sind die Parteien heute das Schaltbrett der Verbände, mit Hilfe dessen sie Anschluß finden an die Leitstellen staatlicher Macht. Außerdem ermöglichen es die Parteien, die verfassungsrechtliche Gewaltenteilung hinterrücks durch eine faktische Gewaltenvereinigung zu ersetzen. „Nicht nur das Parlament, auch Regierung und Verwaltung gehorchen den Parteien auf dem, übrigens legalen Wege der parteipolitischen Ämterpatronage [13])." So haben die Parteien aufgehört, Sprachrohr des mündigen Volkes zu sein. „Die plebizitärdemokratische Identität des Willens der jeweiligen Parteienmehrheit in Regierung und Parlament mit dem Willen des Volkes ist in Wahrheit eine fiktive Identifizierung; sie hängt wesentlich auch davon ab, wer über die Zwangs- und Erziehungsmittel verfügt, den Willen des Volkes manipulativ oder demonstrativ zu bilden. Die Parteien sind Instrument der Willensbildung, aber nicht in der Hand des Volkes, sondern derer, die den Parteiapparat beherrschen [14])." Diese neue Rolle der Parteien schwächte die Position des Parlamentes, das auch so kaum noch in der Lage war, die antagonistische gesellschaftliche Vielheit der politischen Gruppierungen zur staatlichen Einheit zu integrieren. „Mehrheit hat Verpflichtungskraft nur innerhalb einer Ganzheit [15])." Diese Ganzheit aber ist in den sozialen Kämpfen brüchig geworden. Sie wird — außenpolitische Notsituationen ausgenommen — nicht mehr anerkannt.

Es scheint so, als ob die Parteien die Entmachtung des Parlamentes auch dadurch fördern, daß sie aufhören interessengebundene „Klassenparteien" zu sein, und dafür sich an einem oft gar nicht feststellbaren Gemeinwohl — Gustav Radbruch nannte das Gerede vom Allgemeinwohl die „Lebenslüge des Obrigkeitsstaates" — orientieren und „Volksparteien" werden. Vermutlich sind „Klassenparteien" fähiger, partikuläre Interessen und Meinungen zu integrieren als „Volksparteien". Das Fehlen von „Klassenparteien" wäre dann eine Ursache dafür, daß sich die großen Verbände immer mehr genötigt fühlen, diese Integrationsaufgaben selbst wahrzunehmen und eigene gesellschaftspolitische Konzeptionen zu entwickeln [16]).

So dürfen wir uns über den Bedeutungsschwund des Bundestages nicht wundern, der sich am besten durch Zahlen illustrieren läßt, die Wolfgang Abendroth ausgerechnet hat. Im Dritten Bundestag gingen nur 74 Gesetze auf Parlamentsinitiative, 348 auf Regierungsinitiative zurück. „Gleichzeitig ist die Zahl der Rechtsverordnungen von 877, die während der Wahlperiode des Ersten Bundestages ergangen sind, auf 1093 während der Wahlperiode des Dritten Bundestages gestiegen. Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß nach einer Statistik des Bundesverbandes der Deutschen Industrie dieser 1958/59 82,8% seiner Eingänge direkt an die Ministerien, jedoch nur 8% an Bundestag und Bundesrat (den Rest an Zentralbankenrat und Bundesbahn) adressiert hat [17])."

Verwaltung und Rechtsprechung spielen heute in der Verfassungswirklichkeit eine größere Rolle als der Bundestag. Schon das Grundgesetz bevorzugt die Rechtspflege vor Gesetzgebung und Vollziehung, indem es zwar keine Rechtsstreitentscheidungen außer durch Gericht erlaubt, wohl aber Rechtsetzung und Verwaltung auch durch Gerichte (freiwillige Gerichtsbarkeit, strafgerichtliche Zuständigkeit für Maßregeln der Besserung und Sicherung, Zwangsvollstreckung). Hier ist auch auf die Verfassungsgerichtsbarkeit hinzuweisen, die über die innerstaatliche Verbindlichkeit von Gesetzen oder von Völkerrechtsregeln teilweise mit Gesetzeskraft entscheidet und Verwaltungsakte höchsten Ranges durch Ge-

richtsentscheidungen selbst erläßt, also Regierungsgewalt ausübt, statt nur von der Regierung erlassene Akte auf ihre Gesetzmäßigkeit zu prüfen.

Ähnlich hat die Verwaltung Übergewicht über den Bundestag gewonnen. Sie kann im Sozialstaat nicht mehr als bloßer Gesetzesvollzug begriffen werden. „Sie hat Aufgaben übernehmen müssen, die nicht mehr nur die Rechte einzelner betreffen, und nur solche Eingriffe in Freiheit und Eigentum bedürfen im bürgerlichen Staat strenger Rechtssatzgebundenheit. Wo die Verwaltung beispielsweise Verkehrsunternehmen, Versorgungsbetriebe, Krankenanstalten in eigener Regie führt, folgt sie im allgemeinen nicht einem rechtssatzmäßigen Gebot, sondern eigener Initiative. Sie ist auf den weiten Spielraum des ‚gestaltenden Ermessens' angewiesen, in dem sie selber zum Hersteller, Händler und Verteiler wird [18])." Das führt u. a. dazu, daß sich das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Parlament und Verwaltung geradezu umgekehrt hat. Das Parlament kann als Sachverständigengremium nicht mehr mit der Bürokratie konkurrieren. Es muß diese um Unterstützung bitten. Insofern verlieren Wahlen ihren ursprünglichen Sinn. Das hatte bereits der preußische Ministerpräsident Braun erkannt, als er einmal klagte:

> „Wenn ich oben eine rote Kugel hineinwerfe, kommen unten bei der Verwaltung zehn schwarze heraus."

Die Mängel der politischen Gestalt erweisen sich als Mängel des politischen Gehaltes. Es fehlen, wie Heller sagte, die Gehalte, die imstande sind, die soziale Massendemokratie der Gegenwart zur politischen Einheit zu formen. Die zum Verwaltungsstaat depravierte bürgerliche Demokratie kann gerade noch den status quo aufrechterhalten. Der historische Prozeß, der den Staat in die Arbeits- und Güterordnung eindringen läßt, kann nicht rückgängig gemacht werden. Wohl aber sollte die staatseigene Verwaltung mehr und mehr zugunsten demokratischer Selbstverwaltung beseitigt, und letztere auch auf die Wirtschaft ausgedehnt werden. Aber starke soziale Kräfte wenden sich gegen die Ausdehnung der Staatsgesetzgebung auf das sozialökonomische Gebiet, die ja die Voraussetzung einer kooperativen Selbstverwaltung ist, solange der Staat demokratisch regiert wird. Franz L. Neumann wies daraufhin, daß die Reaktion die Lehre von der Nichteinmischung des Staates in die Wirtschaft erst dann akzeptierte, als der Staat begann, demokratisch zu werden. Die liberal-ökonomische Theorie hat dann die Funktion, die politische Macht der Demokratie zu schwächen.

> „Die Ökonomie kann ja auch nach der radikalen liberalen Theorie keineswegs ohne Politik bestehen. Zumindest braucht man Steuern, Armeen und Polizei. Aber in der Periode der Konzentration braucht man mehr als das. Das ökonomische System wird stark und damit krisenempfindlich. Großzügige Subventionspolitik wird erforderlich, aber eine Subventionspolitik, die nicht gleichzeitig die demokratische Bewegung stärkt. Hier liegt der Ansatz zum Faschismus. Da die Ökonomie den Staat braucht, will sie einen Staat, der die ökonomischen Machtverhältnisse nicht antastet. Der Faschismus entstand also aus dem Bedürfnis der ökonomischen Machthaber nach einem starken Staat, der aber nicht der Kontrolle des Volkes unterworfen sein durfte. Er entstand nicht als Reaktion auf die kommunistische Gefahr, sondern zur Unterdrückung der demokratischen Bewegung, die die politische Macht zur rationalen und sozialen Gestaltung der Ökonomie verwenden wollte [19])."

Soweit Franz L. Neumann. Ich habe dem nur noch hinzuzufügen, daß heute die Massen so entpolitisiert sind, daß der Faschismus überflüssig wird und seine repressive Funktion von der Notstandsgesetzgebung ersetzt werden kann.

Anmerkungen

[1]) Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 2. Aufl. Bern 1950, S. 428.

[2]) Jürgen Habermas in: Student und Politik, Neuwied 1961, S. 16.

[3]) Franz L. Neumann (Leopold Franz), Rechtsstaat, Gewaltenteilung und Sozialismus, in:

Z. f. Sozialismus, Jg. 1, 194, S. 259. S. a. Hermann Heller, Rechtsstaat oder Diktatur? Tübingen 1930.

4) Otto Kirchheimer, Weimar und was dann? Berlin 1930, S. 10. Wieder veröffentlicht in: Kirchheimer, Politik und Verfassung, Frankfurt/Main 1964.

5) a.a.O. S. 13.

6) Friedrich Lenz, Wirtschaftssoziologie, in: Eisermann (Hrsg.), Die Lehre von der Gesellschaft, Stuttgart 1958, S. 265.

7) Gottfried Eisermann, Allgemeine oder reine Soziologie, in: Eisermann (Hrsg.), Die Lehre von der Gesellschaft, Stuttgart 1958, S. 96.

8) Habermas, Anm. 2, S. 34.

9) Max Gustav Lange, Politische Soziologie, Berlin und Frankfurt a. M. 1961, S. 91.

10) Alfred Weber, Staat und gewerkschaftliche Aktion, Köln o. J.

11) Gerhard Leibholz, Der Strukturwandel der modernen Demokratie, Karlsruhe 1952.

12) Otto Stammer, Interessenverbände und Parteien, in: Kölner Z. f. Sozpsych. u. Soziol., 9. Jg., NF. 1957, S. 593.

13) Jürgen Habermas, a.a.O., S. 38.

14) a.a.O., S. 31.

15) Hermann Heller, a.a.O., S. 32.

16) Wilfried Gottschalch, Strukturveränderungen der Gesellschaft und politisches Handeln in der Lehre von Rudolf Hilferding, Berlin 1962, S. 209.

17) Wolfgang Abendroth, Die soziale Struktur der Bundesrepublik und ihre politischen Entwicklungstendenzen, in: Politische Vierteljahresschrift, Köln, Juni 1963, S. 164.

18) Habermas, a.a.O., S. 25.

19) Franz L. Neumann, Ökonomie und Politik im zwanzigsten Jahrhundert, in: Z. f. Politik, 2. Jg., NF. 1955, S. 7.

Prof. Dr. Daniil Melnikow, Moskau

Der Kreisauer Kreis und die Gruppe Stauffenberg

Der demokratische Flügel der Verschwörung gegen Hitler war durch zwei Gruppen vertreten, die Graf Helmuth von Moltke und Claus von Stauffenberg leiteten.

Die erste dieser Gruppen, der Kreisauer Kreis, erhielt seinen Namen nach dem schlesischen Gut Moltkes Kreisau in der Nähe von Schweidnitz. Den Kern des Kreisauer Kreises bildeten fortschrittlich gesinnte antifaschistische Offiziere und Beamte: Moltke selbst, Yorck von Wartenburg, Hans Bernd von Heften, Trott zu Solz und Zellhau sowie einige Konservative, wie Theodor Steltzer und Fritz von Schulenburg. Über Letzteren unterhielt der Kreisauer Kreis Kontakte zum ehemaligen Botschafter in der Sowjetunion, Werner von der Schulenburg.

Der Kreisauer Kreis vereinigte also sehr verschiedene Leute. Dem Kreis (an dem mehr als 20 Personen unmittelbar beteiligt waren) gehörten Vertreter verschiedener Klassen, Parteien und Gesellschaftsschichten an. Nicht alle „Kreisauer" kann man als konsequente Antifaschisten und Demokraten bezeichnen. Aber konservative und reaktionäre Politiker blieben im Kreisauer Kreis in der Minderheit. Führend waren dort Demokraten, die sich für die Bildung einer demokratischen Republik in Deutschland einsetzten. Eben sie hatten die Nachkriegspläne und das Aktionsprogramm des Kreises entworfen.

Der Leiter des Kreises, Helmuth von Moltke, war ein Mann, der über profundes Wissen auf den Gebieten des Staatsrechtes, der Philosophie und der Soziolo-

gie verfügte, ein glänzender Redner und überzeugter Gegner der nationalsozialistischen Ideologie und Praxis. Eben diese Eigenschaften sicherten ihm die führende Rolle im Kreisauer Kreis.

Sein bester Freund war Peter Yorck von Wartenburg. Ebenso wie Moltke war er Sproß eines alten Adelsgeschlechts. Anders aber als bei den Moltkes, die im Geist der konservativen preußischen Traditionen erzogen wurden, verehrten die Wartenburgs die Traditionen der Befreiungskriege von 1812/13, in dem Peters Urgroßvater, Feldmarschall Yorck von Wartenburg, eine hervorragende Rolle gespielt hatte. Gegen den Wunsch des Königs schloß er im Dezember 1812 mit dem russischen General Diebitsch die Konvention von Tauroggen, auf Grund derer sich die preußischen Truppen mit der russischen Armee vereinigten. Diese mutige Tat war ein Signal zum Kampf um die Befreiung des deutschen Volkes vom Napoleonischen Joch. Seitdem verehrten die fortschrittlichen Deutschen Yorck von Wartenburg als einen der Helden der Befreiungskriege.

Für Peter Yorck bedeutete seine patriotische Pflicht dasselbe wie für seinen Freund Moltke. In seinen Briefen berief er sich offen auf die Traditionen des Befreiungskampfes gegen Napoleon und sprach von seinen patriotischen Gefühlen.

Die Gestapo-Henker versuchten von ihren Opfern nicht nur Geständnisse und Namen der Mitverschwörer zu erpressen, sondern bemühten sich auch, sie zum Verrat an ihren Taten zu zwingen. Viele der nach dem 20. Juli Verhafteten hielten tatsächlich den Foltern nicht stand, verurteilten ihre Taten und sagten sich von ihren Überzeugungen los.

Peter Yorck aber legte bei den Verhören und in der Gerichtsverhandlung einen bewundernswerten Mut an den Tag. Keine Folter brachte ihn zur Preisgabe seiner antifaschistischen Überzeugung. In den Verhören verurteilte er die Nazi-Verbrechen und verteidigte seine eigenen Ansichten. Yorck sagte:

> „Insbesonderde waren es die nationalsozialistischen Anschauungen vom Recht, die über die Nürnberger Gesetze hinausgehenden Ausrottungsmaßnahmen gegen das Judentum und das Vorgehen, welches wir teilweise in den besetzten Gebieten an den Tag legten, die mich dem nationalsozialistischen Reich völlig entfremdet hatten." („Spiegelbild einer Verschwörung." „Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944", Stuttgart 1961, S. 110.)

Die führenden Mitglieder des Kreisauer Kreises betrachteten das Streben nach Vereinigung aller antifaschistischen Kreise zum Kampf gegen das Nazi-Regime als den Hauptunterschied ihres Kreises von anderen Oppositionsgruppen.

Die Teilnehmer des Kreisauer Kreises versammelten sich regelmäßig auf dem Gut des Grafen von Moltke. Einzelne Gruppen aus dem Kreisauer Kreis trafen sich außerdem in Berlin, München und Fulda. Bei diesen Begegnungen wurden aktuelle politische und ökonomische Probleme besprochen, sowie ausführlich Pläne für die Nachkriegszeit diskutiert.

Aktiv arbeitete im Kreisauer Kreis eine Gruppe von Sozialdemokraten mit. Einen maßgeblichen Einfluß auf die Führer des Kreises übten bei der Ausarbeitung der Nachkriegspläne die linken Sozialdemokraten Leuschner, Leber und Reichwein aus. Sie bestanden auf einer Erweiterung der Verschwörung und unterstützten Moltke mit großem Nachdruck in seinem Bestreben, Vertreter verschiedener Gesellschaftsschichten für den Kreisauer Kreis zu gewinnen. Leuschner, Leber und Reichwein strebten auch die Herstellung von Kontakten zu den Kommunisten an. Mit Unterstützung von Stauffenberg setzten sie den Beschluß über die Aufnahme von Kontakten zu Vertretern der kommunistischen Partei durch.

Leber und Reichwein waren auf Grund einer Analyse der Fehler der rechten sozialdemokratischen Führung in der Zeit vor der nazistischen Machtergreifung

zu der Schlußfolgerung gelangt, daß eine Aktionseinheit zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten bitter not tut.

In den Aufzeichnungen, die Julius Leber 1933 nach seiner ersten Verhaftung im Gefängnis machte (er wurde erst 1937 auf freien Fuß gesetzt), kritisierte er die SPD-Politik. („Ein Mann sucht seinen Weg. Schriften, Reden und Briefe von Julius Leber", Bln. 1952, S. 244, 247.) Obwohl Leber sich im wesentlichen auf die Kräfte der Verschwörung vom 20. Juli orientierte, trat er für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und enge Kontakte zwischen den beiden Arbeiterparteien, der SPD und der KPD, im Kampf gegen die Nazi-Diktatur ein.

Diesen Gedanken unterstützte auch Adolf Reichwein wärmstens, ein überzeugter Sozialist, der sich stark für die Vereinigung aller demokratischen Kräfte des Volkes im Kampf gegen das Hitlerregime engagierte. Adolf Reichwein gehörte zu jenen sozialdemokratischen Funktionären, die mit der antisowjetischen Anschauung der rechten SPD-Führung gebrochen hatten. Wie Freunde, die mit Reichwein in der Nazizeit verkehrten, später erzählten, hob er mehrmals hervor, daß gerade das sozialistische Rußland die Großmacht der Zukunft sei. Reichwein setzte sich für freundschaftliche Beziehungen zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Volke ein und bekannte sich zu dieser seiner Ansicht auch vor dem faschistischen Gericht.

Die Tatsache, daß die Führer des Kreisauer Kreises verstanden hatten, wie notwendig die Herstellung von Kontakten zur Kommunistischen Partei war, beweist zweifellos, daß sie aufrechte Demokraten waren. Auf Verbindung zu den Kommunisten und der Ausarbeitung eines gemeinsamen Aktionsplanes bestanden neben den linken Sozialdemokraten auch Peter Yorck von Wartenburg, Trott und Stauffenberg.

Zwei von Trott verfaßte Denkschriften sind erhalten geblieben; sie geben eine Vorstellung darüber, wie die Führer des Kreisauer Kreises die innenpolitische Lage Deutschlands und die Entwicklungsperspektiven der antifaschistischen Bewegung einschätzten. Das erste Memorandum stammt vom Januar 1943. Darin wird die Politik der Westmächte scharf kritisiert und darauf verwiesen, daß nach Ansicht der Opposition die angelsächsischen Länder von bürgerlichen Vorurteilen und pharisäischen Theorien erfüllt seien. Im Memorandum heißt es ferner, daß sich unter der Bevölkerung immer mehr Sympathien für die Russen verbreiten. Der deutsche Soldat, schrieb Trott, empfinde Respekt für die Russen und keinen Haß gegen sie.

> „Die Opposition ist der Ansicht, daß sich die entscheidende Entwicklung in Europa auf sozialem Gebiet abspielen wird. Sobald das deutsche Heer zurückgeworfen ist und der russische Feldzug zu einem Stillstand kommt, ist auf beiden Seiten eine revolutionäre Situation denkbar. Eine Verbrüderung zwischen den Deutschen und den ins Land gebrachten ausländischen Arbeitern ist ebenfalls ein wichtiger Faktor. Hitler wird fallen, und ein erneuertes Europa wird aus dem gemeinsamen Erlebnis der Unterdrückten erstehen." (Dulles, „Germany's Underground", S. 131.)

Diese Idee der „Bruderschaft der Unterdrückten" taucht wiederholt auch in anderen Dokumenten des Kreisauer Kreises sowie in Äußerungen seiner Führer in verschiedener Form auf. Ihre Grundlage, wird im Trott-Memorandum verwiesen, müsse die Bruderschaft zwischen dem russischen und dem deutschen Volk sein.

Die zweite von Trott verfaßte Denkschrift ist vom April 1944. Der amerikanische Agent Gewernitz brachte sie nach Genf, um damit Dulles bekannt zu machen. Das Dokument erreichte uns in der Darlegung von Gewernitz, der das Schwergewicht auf solche Äußerungen legte, die eine Gedankeneinheit zwischen Trott und der reaktionären Führung der Verschwörung beweisen könnten. Da

uns die Urfassung dieses Dokuments unbekannt blieb, ist bei seiner Behandlung größte Vorsicht geboten.

Dessen ungeachtet fanden auch darin die Sympathien Trotts für die „von Rußland kommenden Ideen" sowie seine kritische Einstellung den Westmächten gegenüber ihren Niederschlag. Gewernitz verlieh den Äußerungen Trotts die Form von an die Alliierten gerichteten Warnungen. Wie er schreibt, habe Trott insbesondere erklärt:

> „Von Rußland kommen dauernd konstruktive Ideen und Pläne für den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Kriege ... Im Vergleich dazu haben die demokratischen Länder der Zukunft von Zentraleuropa nichts zu bieten. Diese Pläne und Ideen werden von den Kommunisten ... im deutschen Volk verbreitet ... Das Abgleiten zur extremen Linken hat verblüffende Ausmaße angenommen und gewinnt ständig an Bedeutung." (Dulles, „Germany's Underground", S. 136.)

In den Werken westdeutscher Historiker, die sich mit der Verschwörung befassen, sind viele einander widersprechende Einschätzungen der Motive dieses Standpunktes enthalten. Geschichtsforscher, die einen antikommunistischen Standpunkt vertreten und in Trott einen Mann mit westlicher Orientierung sehen, schreiben, er wollte mit seinen Projekten den weiteren „Linksrutsch" verhindern. Sie betrachten Trotts Vorschläge als eine erzwungene Konzession an die Arbeiterklasse und die „linken Elemente", d. h. die Kommunisten.

Aber selbst solch eine Auslegung vermindert keinesfalls die Bedeutung der von Trott unterbreiteten Vorschläge. Unabhängig von seinen Motiven steht heute fest, daß Trott und seine Freunde aus dem Kreisauer Kreis auf der Bildung einer repräsentativen demokratischen Regierung in Deutschland unter Beteiligung der Kommunisten sowie auf der Schaffung einer Koalition sämtlicher antifaschistischer Kräfte des Landes bestanden, auf die sich die kommende Regierung stützen könnte.

In den letzten Jahren wurden einige neue Dokumente veröffentlicht, die Trotts außenpolitische Ansichten beleuchten. Besonders interessant ist in dieser Hinsicht die Veröffentlichung von Hans Rothfels. (Siehe „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte", Heft 3, Juli 1964.) Es handelt sich um die Bemerkungen Trotts zum Friedensprogramm, das im April 1943 von der Vereinigung amerikanischer Kirchen aufgestellt wurde. Die Bemerkungen wurden in einer Art Denkschrift dargelegt, die an die Verfasser des Programms weitergeleitet werden sollte.

In seinen Bemerkungen nimmt Trott gegen das Bestreben der Monopole Stellung, den Völkern ihre Vorstellungen von der Nachkriegswelt aufzuzwingen. Er vertritt die Ansicht, daß die künftige internationale Organisation ausreichend stark sein müsse, um gegen die Bestrebungen staatlicher und privatkapitalistischer Monopole, der Nachkriegsregelung Hindernisse in den Weg zu legen, aufzutreten. Auf die Nachkriegsbeziehungen zwischen den Staaten eingehend, erklärte Trott, um auf ökonomischem Gebiet einen dauerhaften Frieden zu errichten, werde man von den „reichen" Mächten einen gemeinsamen Verzicht auf ihre politische und wirtschaftliche Monopolstellung erzwingen müssen.

Das ist ein weiterer Beweis dafür, daß Trott bei der Aufstellung von Nachkriegsplänen einen demokratischen Standpunkt bezog.

Trott, Yorck und einige andere Mitglieder des Kreisauer Kreises hielten die westliche Orientierung Goerdelers, Hassels und anderer für falsch und traten für Gespräche über die Einstellung der Kriegshandlungen sowohl im Westen wie auch im Osten ein.

Im Memorandum „Europa zwischen West und Ost" versuchte Trott die Notwendigkeit für Deutschland, sowohl mit den Westmächten wie auch mit der Sowjetunion in Frieden zu leben, theoretisch zu begründen. Leider blieb der volle

Wortlaut dieses Memorandums nicht erhalten. Wir kennen es nur in Auszügen aus den Berichten Kaltenbrunners an Bormann und Hitler sowie anhand von Erinnerungen einiger Freunde von Trott. Rothfels zitierte aus diesem Memorandum die Worte, wonach man das Prinzip der realistischen Politik des Ostens mit dem Prinzip der Privatinitiative des Westens vereinigen müsse. („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 17. Juli 1964.)

Trott arbeitete nicht nur an einem außenpolitischen Programm, er unternahm auch praktische Schritte, um Kontakte mit dem Westen und dem Osten herzustellen. Er verfolgte die Tätigkeit des Nationalkomitees Freies Deutschland und des Bundes deutscher Offiziere und war bestrebt, durch ihre Vermittlung Kontakte zur Sowjetunion aufzunehmen. Zu diesem Zweck unternahm er im Herbst 1943 eine Reise nach Stockholm. In den Vernehmungsprotokollen wird hervorgehoben:

> „Von Trott war es auch, der auf seiner kurz vor dem Anschlag abgeschlossenen Schwedenreise über das Nationalkomitee in Moskau sondierte." („Die Kaltenbrunner-Berichte", S. 174.)

Weiter heißt es darin, er habe sich dort mit der Broschüre Erich Weinerts und von Seydlitz's über das Programm des Nationalkomitees Freies Deutschland bekanntgemacht. In den Kaltenbrunner-Berichten an Bormann und Hitler über die Vernehmung Trotts wird folgende Schlußfolgerung gezogen:

> „Über diese Verbindungen (mit dem Nationalkomitee — D. M.) sind aber mit Sicherheit auch Informationen über das Vorhandensein der Oppositionsgruppen in der deutschen Generalität und der Verschwörerclique um Stauffenberg herausgegangen." („Die Kaltenbrunner-Berichte", S. 174.)

Trott hatte der Gestapo nicht gestanden, welche Verbindungen er in Stockholm aufgenommen hatte. Aber die Berichte seiner Peiniger sprechen beredt vom Charakter seiner Mission und von seinen Zielsetzungen. Weder Bern noch Madrid, sondern eben Stockholm wurde von den Verschwörern als das Zentrum für eventuelle Verhandlungen mit der Sowjetunion ausersehen.

Es liegen auch andere Beweise vor, die von den Anstrengungen Trotts und anderer Mitglieder des Kreisauer Kreises zeugen, direkte Verbindung zur Sowjetregierung aufzunehmen. Bereits Ende Dezember 1942 machte Trott den Vorschlag, man möge sich über den ehemaligen deutschen Botschafter in Moskau, Werner von der Schulenburg, an die sowjetische Regierung wenden. Trott traf sich mit Schulenburg; in dieser Frage wurde eine grundsätzliche Einigung erzielt.

Friedrich Werner Graf von der Schulenburg war ein Anhänger der traditionellen Politik Bismarcks, der stets vor einem Konflikt mit Rußland warnte und auf der Aufrechterhaltung normaler Beziehungen zu Rußland bestand. Schulenburg hielt Hitlers Überfall auf die Sowjetunion für Verrat.

In bestimmten Kreisen der Verschwörer war der Plan entstanden, Schulenburg durch die Frontlinien zu bringen, um Kontakt zur Sowjetregierung aufzunehmen. Trotz seines vorgerückten Alters (er war damals schon 68) und schlechten Gesundheitszustandes stellte sich Schulenburg für diese gewagte und für ihn auch körperlich recht schwierige Aktion zur Verfügung. Besonders aktiv verteidigte diesen Plan von Tresckow. Im Herbst 1943 versuchte er Goerdelers Zustimmung zu erhalten. Aber Goerdeler lehnte ab. Kaltenbrunner schreibt in seinem Bericht:

> „Im Herbst 1943 hatten Goerdeler und Tresckow über die Möglichkeit gesprochen, den ehemaligen Botschafter Graf von der Schulenburg durch die deutschen Linien der Ostfront zu schleusen. Der Gedankengang, den von Tresckow vertrat, war etwa

der, daß von der Schulenburg einer der wenigen Deutschen ist, die Stalin persönlich kennen. Schulenburg soll die Verbindung neu anknüpfen. Wenn Schulenburg mit Stalin zu einem Ergebnis kam, sollte eine militärische Aktion den Umsturz in Deutschland herbeiführen. Es sprach mit, daß Schulenburg immer von einem Krieg gegen die Sowjetunion abgeraten hatte. Der Plan eines Verhandlungsfriedens mit der Sowjetunion ist zweifellos von Tresckow in dieser Weise vorgebracht worden." („Die Kaltenbrunner-Berichte", S. 308.)

Schulenburg selbst gab bei der Vernehmung zu, daß er mit der Verwirklichung dieses Planes einverstanden war. Von Sonnleiter, ein Mitarbeiter Schulenburgs, sagte aus, von Schulenburg sei über das Bestreben einiger Verschwörer empört gewesen, mit der Sowjetunion ein doppeltes Spiel zu spielen: sie versuchten, über ihn ins Gespräch mit der Sowjetunion zu kommen, nur um danach einen Separatfrieden mit den Westmächten abzuschließen*). Schulenburg habe auf ehrlichen Verhandlungen mit Vertretern der sowjetischen Regierung bestanden, wobei er, wie Sonnleiter aussagte, gegen jegliche Verpflichtungen den Westmächten gegenüber Einwand erhob, die Zweifel am guten Verhältnis der zukünftigen deutschen Regierung zur Sowjetunion hinterlassen könnten.

Einige westdeutsche Historiker versuchen, diese Tatsachen entweder zu verschweigen, oder aber ihre Bedeutung zu verniedlichen. Sie leugnen ab, daß die Verschwörer bestrebt waren, mit der Sowjetunion in Friedensverhandlungen zu treten. Diese Behauptungen werden jedoch durch die Tätigkeit des Kreisauer Kreises widerlegt. Die außenpolitischen Zielsetzungen solcher Teilnehmer der Verschwörung wie Trott, Yorck, Schulenburg und andere legen Zeugnis vom Bestreben eines gewissen Teils realistisch denkender bürgerlicher Politiker ab, zu einer Politik gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR zurückzukehren. Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang auch eine andere Richtlinie der Führer des Kreisauer Kreises — keine Kontakte zu den Nachrichtendiensten der Westmächte zu unterhalten. Steltzer hebt in seiner Arbeit über den Kreisauer Kreis hervor, daß die Führer dieses Kreises peinlich darauf bedacht waren, jegliche Verbindung zu den Nachrichtendiensten westlicher Länder zu meiden. (T. Steltzer, „Von deutscher Politik", S. 79.) In seiner Vernehmung bei der Gestapo äußerte sich Moltke negativ über den Versuch Goerdelers, Kontakte zu den „durch und durch reaktionären Kreisen der Londoner City" aufzunehmen.

Der grundsätzliche Unterschied zwischen den außenpolitischen Zielsetzungen des Kreises und denen der Goerdeler-Gruppe liegt auf der Hand. Waren doch die Ansichten der Führer des Kreisauer Kreises über Aufgaben und Aussichten der deutschen Außenpolitik weitaus realistischer. Darin fanden die Bestrebungen des antifaschistisch gesinnten Teils der bürgerlichen Kreise Deutschlands ihren Niederschlag.

Eng verbunden mit dem Kreisauer Kreis war Claus von Stauffenberg. Er unterhielt persönlich über seinen Bruder Berthold, seinen besten Freund Yorck und auch über Trott Kontakte zum Kreisauer Kreis. Der besonders radikale Teil des Kreisauer Kreises, „die Jungen", betrachteten von Stauffenberg als ihren geistigen Führer. Um Stauffenberg gruppierten sich demokratisch gesinnte Offiziere aus dem Stab des Ersatzheeres, dem OKH, verschiedenen Kommandostellen und Stäben der Frontverbände des Heeres: Werner von Heften, Olbricht, von Tresckow, Stieff, Lindemann, Wagner und andere. Die Anhänger Stauffenbergs bildeten eine Gruppe für sich, die unter den Verschwörern einen besonders radikalen Standpunkt vertrat. Sie alle beteiligten sich tatkräftig an der Vorbereitung zum Staatsstreich und waren die treibenden Kräfte bei dem Attentat auf Hitler.

*) G. Ritter, „Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung", S. 380—381.

Ohne sie wäre die Verschwörung kaum aus dem Stadium allgemeiner Gespräche und frommer Wünsche herausgekommen.

Von Stauffenberg wurde 1907 in Göttingen als Sohn einer Adelsfamilie geboren. Er war ein Urenkel des berühmten preußischen Heerführers Gneisenau. Von seinen Freunden wird Stauffenberg als ein allseitig gebildeter Mensch geschildert, der Musik und Literatur überaus liebte. Im Einklang mit den Traditionen seiner Familie schlug Claus von Stauffenberg die militärische Laufbahn ein. 1938 absolvierte er die Militärakademie und wurde Generalstabsoffizier. Nun hatte er eine glänzende Karriere vor sich. An der Akademie und im Generalstab sagte man ihm eine große Zukunft voraus. Die Offizierskameraden nannten von Stauffenberg „unseren neuen Schlieffen", und einer der Vorgesetzten beurteilte ihn als den „einzigen genialen Generalstabsoffizier Deutschlands" (A. Leber, „Das Gewissen steht auf", 1964, S. 228, Rückübersetzung aus dem Russischen.) Stauffenberg teilte jedoch nicht den Standpunkt der offiziellen Kriegsdoktrin Hitlerdeutschlands. Seine antifaschistischen Ansichten traten bereits in der Münchener Zeit zutage. Er sprach sich in scharfer Form gegen Hitler und seine Politik aus*).

Während des Zweiten Weltkriegs nahm von Stauffenberg am Polen- und am Frankreich-Feldzug teil. Im Juni 1940 wurde er in das Oberkommando des Heeres versetzt. Er hatte dienstlich des öfteren in den besetzten Gebieten und an verschiedenen Frontabschnitten zu tun. 1941 lernte er bei einer solchen Reise von Tresckow kennen. Seitdem verband die beiden eine enge Freundschaft. Um die gleiche Zeit verurteilte er in Anwesenheit der Generale Halder, v. Stülpnagel, Fellgiebel und Wagner in scharfer Form die Politik Hitlers in Frankreich und erklärte, durch diese Behandlung eines besiegten Landes habe Hitler sein Leben verwirkt. Er bestand schon damals auf einem Staatsstreich und wurde darin von Tresckow und anderen jungen Offizieren leidenschaftlich unterstützt. Im Dezember 1942 schlug von Stauffenberg Feldmarschall Manstein vor, er solle sich zusammen mit anderen Oberbefehlshabern der Ostfront gegen Hitler auflehnen und dessen Rücktritt verlangen. Selbstverständlich verweigerte Manstein seine Zustimmung.

Im Februar 1943 wurde von Stauffenberg zum 1 A einer Panzerdivision in Afrika ernannt und kurz danach schwer verwundet. Er verlor den rechten Arm und das rechte Auge, sein linker Arm war verstümmelt. Im Oktober 1943 kam von Stauffenberg nach der Genesung als Stellvertreter Olbrichts zum Stab des Ersatzheeres.

Danach verstärkten sich seine antifaschistischen und demokratischen Ansichten noch mehr. Vor dem Attentat arbeitete er am Text eines Treueids, den, wie er glaubte, die Verschwörer leisten müßten. Die Gegner Hitlers, schrieb er, seien gewillt, eine neue Ordnung zu errichten, bei der alle deutschen Hoheitsträger und ihre Rechte sowie die Gerechtigkeit garantiert sein werden. (Nach Annedore Leber, „Das Gewissen steht auf", S. 250. Rückübersetzung aus dem Russischen.) Er meinte, man müsse die Errichtung eines neuen sozialen Staates anstreben, den die breiten Volksmassen unterstützen würden. In den Dokumenten der Gestapo wird hervorgehoben, daß von Stauffenberg für die Errichtung „eines moralisch-ethischen Sozialismus" eintrat. Einen starken Eindruck machten auf von Stauffenberg die Ideen der „Bruderschaft der Unterdrückten", wie sie in der Denkschrift von Trott und in anderen Dokumenten des Kreisauer Kreises dargelegt wurden.

*) Die Behauptungen einiger Historiker, Stauffenberg habe in seiner Jugend mit dem Nationalsozialismus sympathisiert, wurden von seiner Witwe, Gräfin Nina von Stauffenberg, widerlegt. Sie erklärte dem englischen Publizisten Heinrich Fraenkel gegenüber, sie habe, nachdem sie 1933 Stauffenberg geheiratet hatte, von ihm kein Wort gehört, das von seiner Sympathie für den Nazismus zeugen könnte. (Siehe H. Fraenkel, K. Manvell. Der 20. Juli, S. 205—206.)

Er war ein Anhänger radikaler Maßnahmen zur Beseitigung des Nazismus und seines „Erbes". Den Staatsstreich betrachtete von Stauffenberg als den Auftakt zu tiefgreifenden Umgestaltungen. Was die Außenpolitik anbelangt, so war von Stauffenberg ebenso wie seine Freunde der Meinung, daß man nicht nur im Westen, sondern auch im Osten den Krieg beenden müsse. Er sagte, man müsse jede Möglichkeit für politische Verhandlungen mit Rußland, das ja Deutschlands Nachbar sei, nutzen. (Annedore Leber, „Das Gewissen steht auf". Rückübersetzung aus dem Russischen.)

Von Stauffenberg geriet sehr bald in Konflikt mit den reaktionären Führern der Verschwörung und in erster Linie mit Goerdeler*). Er sprach sich gegen die Kandidatur Goerdelers als Kanzler der künftigen Regierung aus und hielt für den geeignetsten Kandidaten den Sozialdemokraten Julius Leber.

Alles, was wir über Stauffenbergs Ansichten wissen, besagt, daß sich seine Meinungsverschiedenheiten mit Goerdeler unvermeidlich vertieft und letzten Endes zum offenen Bruch Stauffenbergs mit den reaktionären Führern der Verschwörung geführt hätten. Dieser Ansicht pflichten auch viele westliche Forscher bei. Wheeler-Bennet schrieb beispielsweise:

> „Er dachte und handelte revolutionär, und nichts spricht für die Annahme, daß er, hätte er sein nächstes revolutionäres Ziel erreicht, auf diesem Wege nicht weitergeschritten wäre." (Wheeler-Bennet, „Die Nemesis der Macht", S. 713.)

Dulles nannte Stauffenberg einen „gefährlichen Revolutionär". Er schrieb:

> „Stauffenberg habe sogar mit dem Gedanken gespielt, eine Revolution der Arbeiter, Bauern und Soldaten herbeizuführen, und gehofft, die Rote Armee würde ein nach dem russischen Muster organisiertes kommunistisches Deutschland unterstützen." (A. W. Dulles, „Verschwörung in Deutschland", 1947, S. 218.)

Einige westdeutsche Historiker versuchen, von Stauffenberg gegen die „Beschuldigungen" Dulles' „zu verteidigen". Das tun sie jedoch auf eine sehr seltsame Weise, indem sie nämlich seine wirklich patriotischen Ansichten herabsetzen und von Stauffenberg fast für einen Anhänger des Goerdeler-Programms ausgeben. In den Werken objektiverer westdeutscher Geschichtsforscher wird allerdings zugegeben, daß sich die Ansichten Stauffenbergs von denen der Goerdeler-Gruppe unterschieden, und seine patriotischen und demokratischen Ansichten werden entsprechend gewürdigt.

Trott führte die Worte von Stauffenbergs an, „daß der alte Herr" (gemeint war Goerdeler. — D. M.) „Grund hätte, anderer Ansicht zu sein als ich". Es ist somit völlig klar, daß Stauffenberg selbst seine Ansichten denen Goerdelers entgegensetzte. (G. Ritter, „Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung", S. 538.)

Goerdeler hob seinerseits wiederholt hervor, wie sehr er von Stauffenberg nicht mochte. Goerdeler nannte von Stauffenberg einen „eigenwilligen Dickkopf". Bei den Verhören in der Gestapo versuchte er auf jede Art, sich von den Anschauungen Stauffenbergs und den von ihm verfaßten Dokumenten zu distanzieren. In seinem Schlußwort vor dem Nazi-Gericht erklärte Goerdeler, er sei mit den von Stauffenberg aufgestellten Thesen niemals einverstanden gewesen und habe sich damit lediglich beschäftigt, um ihre „völlige Unbrauchbarkeit" zu beweisen.

Es ist bezeichnend, daß die um Stauffenberg gruppierten Offiziere bei der Vorbereitung zum 20. Juli eine überaus aktive Rolle spielten. Henning von Tresckow

*) Stauffenberg hatte auch für Teilnehmer der Verschwörung nichts übrig, die Kontakte zu verschiedenen Geheimdiensten unterhielten. Pechel unterstreicht, daß Gisevius in seinem Buch gerade aus diesem Grunde von Stauffenberg zu verleumden versucht. Pechel schreibt: „Das Bild, das Gisevius von Stauffenberg zeichnet, ist verzerrt. Verzerrt aus dem Ressentiment, daß Stauffenberg ihn völlig ablehnte. Stauffenberg ... mißtraute ihm aufs tiefste und hielt ihn vom inneren Kreis fern." (Pechel, „Deutscher Widerstand", S. 181.)

diente vor dem Kriege ebenso wie von Stauffenberg beim Generalstab. Schon damals lehnte er Hitlers Kriegspläne ab und unterstützte den in Ungnade gefallenen Beck. Nach Kriegsbeginn nahm er am Polen- und am Frankreich-Feldzug teil, wurde dann zum General befördert und zum Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Mitte an der Ostfront ernannt. Dort schuf er eines der wichtigsten Zentren der Verschwörung: eine starke Widerstandszelle, bestehend aus jungen Stabs- und Frontoffizieren. Wie sein Freund Schlabrendorff erklärte, habe sich von Tresckow voll und ganz dem politischen Kampf verschrieben. Er war überzeugt, daß nur der Sturz Hitlers Deutschland vor einer Katastrophe retten könne. Nachdem die Verschwörung gescheitert war, beging von Tresckow Selbstmord: er glaubte nicht mehr an die Fähigkeit des Militärs, einen Staatsstreich zu vollziehen.

Der Chef des Allgemeinen Heeresamtes, Olbricht, bereitete als faktischer Stellvertreter des Oberbefehlshabers des Ersatzheeres gemeinsam mit von Tresckow und von Stauffenberg das Attentat vor. Er beteiligte sich auch an der Abfassung der wichtigsten Dokumente, die nach dem Attentat veröffentlicht werden sollten. Olbricht gab, wenn auch mit großer Verspätung, die Losung „Walküre" aus, wonach die Aktionen in Berlin und anderen Städten des Reiches anlaufen sollten. Eben Olbricht hatte auch vorgeschlagen, von Stauffenberg mit der Leitung der Vorarbeiten zum Attentat und zum Umsturz zu beauftragen, und führte von Stauffenberg in den Stab des Ersatzheeres ein.

Als sich Goerdeler, Olbricht und von Tresckow im November 1943 in Berlin trafen, wurde die endgültige Entscheidung über das Attentat auf Hitler gefällt. Olbricht erläuterte dabei seinen Plan für die Machtergreifung in Berlin, Wien, Köln und München durch Truppenteile des Ersatzheeres. Auf dem gleichen Treffen wurde die Losung „Walküre" vereinbart. Olbrichts Dienststelle war von diesem Augenblick an das Zentrum aller „technischen" Vorbereitungen zum Staatsstreich. (G. Ritter, „Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung", S. 343.)

Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juni 1944 leitete Olbricht zusammen mit Stauffenberg die Aktionen der Verschwörer in Berlin. Lindemann, Wagner, Hefften, Stieff und andere Mitglieder der Stauffenberg-Gruppe waren ebenfalls tatkräftig an der Vorbereitung des Attentats beteiligt.

General Lindemann versuchte, Kontakte zum Nationalkomitee Freies Deutschland aufzunehmen. Das Programm des Komitees zeigte seiner Ansicht nach den richtigen Ausweg aus der entstandenen Lage. Sein Sohn Georg Lindemann sagte beim Verhör aus:

> „Ich gestehe, daß mein Vater mir im März 1944 erstmalig zu verstehen gegeben hat, daß der Krieg verloren sei. Auf meine Frage, ob man sich damit abfinden solle, sagte er, es bestehe die Möglichkeit, durch Vermittlung des Nationalkomitees und von Seydlitz einen Kompromißfrieden zu schließen. Er verwies darauf, daß sich beim OKW in Berlin bereits Männer gefunden haben, die bereit seien, den Führer abzusetzen und mit dem Gegner in Friedensverhandlungen zu treten." („Archiv IHL, Berlin, Nr. 7—16—14. Rückübersetzung aus dem Russischen.)

Über die Verbindungen der Gruppe von Stauffenberg zum Nationalkomitee Freies Deutschland berichtete auch Job von Witzleben. Er erinnerte sich an ein Gespräch, das er Anfang 1944 mit einem Offizier namens Klamroth hatte. „Bei dieser Gelegenheit sagte mir Klamroth, der zum Widerstandskreis um Generalmajor Stieff im OKH gehörte und offensichtlich auch Stauffenberg nahestand, folgendes: Sie erhielten regelmäßig die Materialien des Nationalkomitees und des Bundes deutscher Offiziere, und zwar mit Hilfe von Oberstleutnant Schrader ... Er zeigte mir mit offener Freude die „25 Artikel" des Nationalkomitees

„zur Beendigung des Krieges". Das, was darin gefordert werde, sei im Grunde auch seiner Freunde Anliegen. Es sei keine „halbe", sondern eine „ganze" Lösung. („Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere", Heft 8, August 1964, S. 7.)

Die Ansichten des fortschrittlichen Teils der Verschwörer und der Offiziere, die sich um das Nationalkomitee Freies Deutschland gruppierten, waren einander derart ähnlich, daß die Gestapo auf Anordnung Kaltenbrunners eine Studie der Äußerungen verschiedener Mitglieder des Nationalkommitees und der Verschwörer anfertigte und sie Hitler vorlegte. („Die Kaltenbrunner-Berichte", S. 190—193).

Die führenden Mitglieder des Kreisauer Kreises und die Männer um Stauffenberg hatten sich auf diese Weise von den reaktionären Zielsetzungen solcher Führer der Verschwörung wie Goerdeler, Hassel, Popitz u. a. losgesagt. Sie repräsentierten den demokratischen und patriotischen Teil der Verschwörung. Vergleicht man ihr Programm mit dem Programm Goerdelers und Popitzs, so kann man folgende Schlußfolgerungen ziehen: Erstens kritisierten von Stauffenberg und seine Gruppe in scharfer Form die antidemokratischen Pläne, wonach in Deutschland nach dem Staatsstreich eine Militärdiktatur errichtet werden sollte. Sie strebten die Bildung einer Nachkriegsregierung mit dem Sozialdemokraten Leber an der Spitze an. Zweitens äußerten sich die führenden Männer des demokratischen Flügels der Verschwörung kritisch über die Zielsetzungen der Goerdeler-Gruppe, die antifaschistische Massenaktionen im hitlerischen Hinterland verhindern wollte. Sie vertraten den Standpunkt, daß der Staatsstreich durch umfassende Aktionen aller antifaschistischen Kräfte Deutschlands unterstützt werden müsse. Drittens lehnten sich die fortschrittlichen Mitglieder des Kreisauer Kreises und die Männer um Stauffenberg gegen die einseitige West-Orientierung Goerdelers und gegen seine Pläne, einen Separatfrieden mit England und den USA abzuschließen, auf. Sie sprachen sich für die Beendigung des Krieges im Westen und im Osten und für gutnachbarliche Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR aus.

Goerdeler und von Stauffenberg repräsentierten auf diese Weise völlig entgegengesetzte Gruppen der deutschen „Elite".

Der „zivile" Führer der Verschwörung, Goerdeler, vertrat den reaktionären Teil der Verschwörer, der bestebt war, einen Ausweg aus dem Krieg durch ein Komplott mit den USA und England zu finden, und gewillt war, die Kriegshandlungen gegen die UdSSR fortzuführen.

Im Gegensatz zu Goerdeler war von Stauffenberg Antifaschist und aufrechter Demokrat. Er sah den einzigen Weg zur Beendigung des Krieges in der Beseitigung des Faschismus und der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und allen anderen Völkern. Auch das Erbe der Nazizeit sollte dabei über Bord geworfen werden.

Der Kreisauer Kreis und die Stauffenberg-Gruppe waren sich allerdings nicht ganz darüber im klaren, welche Wege zur Erreichung der Ziele führten, die sie zum Teil intuitiv anstrebten. Viele der Männer jedoch, die sich im Kreisauer Kreis und um Claus von Stauffenberg vereinigt hatten, waren ehrlich gewillt, aus den tragischen Fehlern der Vergangenheit die Lehren zu ziehen und alles zu unternehmen, damit sich diese Fehler niemals wiederholen.

Heinz Abosch

Die Außenpolitik de Gaulles

Die deutsch-französische Idylle, durch Umarmungen auf höchster Ebene, Glockengeläut, Massenjubel eingeleitet, ist regelmäßig auftretenden „Mißverständnissen" gewichen. Jede Zusammenkunft zwischen dem General und dem Kanzler zieht eine Serie von sich selbst beglückwünschenden deutschen Kommuniqués und nicht minder bestimmten französischen Dementis nach sich. Der vorhandene Wirrwarr wird dann auf „Mißverständnisse" zurückgeführt, wobei der Glaube suggeriert wird, es sei den Kanzleien ein leichtes, sie zu beheben, oder schließlich werde eine nächste Gipfelbesprechung mit ihnen bequem fertig. So wird der Eindruck erweckt, als seien die Differenzen formeller, nicht grundsätzlicher Art. Der Bundeskanzler, seinen unerschütterlichen Optimismus als Prinzip verkündend, verweist auf seinen Willen, sowohl den USA als auch Frankreich zu folgen, während sich der Kurs beider Mächte in entgegengesetzter Richtung entwickelt und es unmöglich ist, auf beiden Pferden gleichzeitig zu reiten. Trotz der offiziell angebrachten Schminke war die Bonner Begegnung de Gaulles mit Erhard so negativ wie die von Rambouillet im Januar. Dabei hatte man vorsorglich die großen politischen Fragen ausgeklammert, als sei es möglich, sich näherzukommen, wenn man nicht über sie spreche. In Ermangelung einer gemeinsamen Politik beschränkte sich der Bundeskanzler darauf, mit Eifer um das Zustandekommen einer EWG-Gipfel-Konferenz zu ringen. Allerdings trug er, entgegen der Bestätigung durch Herrn v. Hase, noch nicht einmal dieses formelle Resultat heim, das kaum mehr bedeutet hätte als die zahlreichen Begegnungen der letzten Zeit, an deren Schluß mühselige Kommuniqués die Nutzlosigkeit des Ereignisses zu kaschieren suchen. Wie anläßlich des tragikomischen Bemühens um eine „Deutschland-Erklärung", bewies Erhard auch in diesem Falle, daß er sich letzten Endes mit dem Schein der Dinge zu begnügen bereit ist — eine Tätigkeit, in der die Auslandspresse ein reines Wahlvorhaben erblickt. Nachdem er Johnson in allen wichtigen Fragen — NATO, Europa, Vietnam — seine Unterstützung zugesagt hatte, konnte ein unmittelbarer Zusammenstoß mit de Gaulle nur durch ein Ausklammern dieser Fragen vermieden werden. Doch wurde dadurch nichts gelöst, nur Zeit gewonnen. Einmal mehr wurde das Wort von „Le Monde" bestätigt, daß der deutsch-französische Vertrag „eine gut geölte Mechanik (sei), die mehr oder weniger leerlaufe". Doch ein Leerlauf ist keine Politik, und der Tag rückt näher, wo damit zu rechnen ist, daß der Motor stillstehen wird.

Umso zwingender ist die Notwendigkeit, sich über die Politik de Gaulles klarzuwerden, was bei uns keineswegs eine Slbstverständlichkeit ist. Während die Regierung mit optimistischen Erklärungen über die „unverbrüchliche deutsch-französische Freundschaft" die wahre Lage zu verbergen trachtet, entfaltet sich in der Presse eine Polemik, die der Entstellung und giftiger Spitzen nicht entbehrt. Die gleichen, welche den General gestern noch überschwenglich priesen, bekunden ihm heute ihren Abscheu. Dabei müssen oft falsche Gründe für die echten herhalten. Befürworter des Autoritären finden plötzlich die autoritären Gepflogenheiten de Gaulles anstößig, Verteidiger eines „gesunden Nationalempfindens" meinen nun, man müsse, entgegen dem General, vor allem übernational denken. Selbst Rudolf Augstein braut im „Spiegel" vom 9. Juni ein Gemisch von Wahrem und weniger Wahrem zusammen, das dem Blick Wichtiges vorenthält. Er fordert Frankreich auf, „von den Tiraden bald zweier Jahrhunderte Abschied" zu nehmen, was doch der nicht minder alten Anklage der deutschen Reaktion gegen das Land

der demokratischen Freiheit bedenklich nahekommt. Der jetzt unternommenen Verdächtigungskampagne leisteten unsere sogenannten „Gaullisten" um Adenauer—Strauss—Guttenberg Vorschub, die sich zwar als Freunde des Generals empfahlen, doch die wesentlichen Züge seiner Politik verschwiegen.

So ist nichts dringender, als sich mit ihnen vertraut zu machen. Erst dann läßt sich ein gültiges Urteil fällen, kann man mit Ja oder Nein oder mit einem bedingten Vielleicht antworten. Was will der französische Staatschef? Er, der es liebt, sich mit Geheimnis zu umgeben, und der keineswegs darauf bedacht ist, alle Karten auf den Tisch zu legen, hat dennoch im letzten Jahr mehrmals, so unmißverständlich wie selten in seiner Laufbahn, seine Ziele umrissen. Es ist möglich, sie zu erkennen, auch wenn es wahrscheinlich ist, daß sie einen gewissen Raum für taktisches Manöver offenlassen. De Gaulle ist der Ansicht, daß das System der „beiden Hegemonien" der USA und der UdSSR, welches die Welt seit 1945 beherrschte, beendet werden müsse; besser: daß es sich, dank der „Kraft der Dinge", wie er zu sagen beliebt, selbst beende.

> „Die Aufteilung der Welt in zwei Lager", führte er auf der Pressekonferenz im Juli letzten Jahres aus, „von denen das eine durch Washington, das andere durch Moskau geführt wurde, entspricht immer weniger der wirklichen Situation"."

Er verwies auf das Heraufkommen Chinas, Asiens, Afrikas, Lateinamerikas, um eine entsprechende eigene Funktion Europas zu fordern. Die bisherige atlantische Gemeinschaft sei weniger ein Bündnis als eine „Unterordnung" unter die Forderungen der USA gewesen. Dem amerikanisierten Europa stellte er das „europäische Europa" entgegen:

> „Ein europäisches Europa bedeutet, daß es durch sich und für sich existiert, anders ausgedrückt, daß es inmitten der Welt eine eigene Politik besitzt. Nun, das gerade verwerfen, bewußt oder unbewußt, manche derjenigen, welche es zu verwirklichen vorgeben. Im Grunde erscheint ihnen noch heute die Tatsache, daß Europa, da es über keine Politik verfügt, weiter derjenigen unterworfen bliebe, die ihm vom anderen Ufer des Atlantik käme, als normal und zufriedenstellend."

Das war scharf gegen die Bundesrepublik gerichtet, die de Gaulle einmal als Satelliten Washingtons bezeichnete. Einem reichhaltigen Katalog der Differenzen mit Bonn (deutsche Grenzen, Anerkennung Chinas, Vietnam, Multilaterale Atomwaffe, Ostpolitik, EWG, Entwicklungshilfe) folgte der Schluß:

> „Man kann nicht sagen, daß Deutschland und Frankreich sich bereits verständigt hätten, um gemeinsam eine Politik zu machen, und man kann die Tatsache nicht bezweifeln, daß das auf den Widerwillen Bonns zurückzuführen ist, eine solche Politik europäisch und unabhängig zu gestalten."

Im November des gleichen Jahres nannte er in Straßburg die Vereinigten Staaten „eine verschiedene Welt, deren Schicksal, von Natur und Geschichte bestimmt, demjenigen Europas nicht gleichgesetzt werden kann". Und er entwarf das Projekt einer Annäherung zwischen West- und Osteuropa, die es dem Kontinent erlauben würde, „seine Probleme zu lösen und seine ausgedehnten Wirtschaftsquellen für den Fortschritt und für den Frieden einzusetzen". In seiner letzten Neujahrsansprache verwarf er die Begriffe „übernational", „Integration", „Atlantismus" als Deckmäntel amerikanischer Hegemonie und berief sich auf die Verstärkung der Beziehungen zu China, den Oststaaten, Lateinamerika. In der sehr wichtigen Pressekonferenz vom Februar dieses Jahres wurde vor allem das deutsche Problem neu behandelt. De Gaulle sprach mit erstaunlicher Offenheit von der „Malaise", die die militärische Stärke der Bundesrepublik im östlichen wie im westlichen Teil Europas auslöse. In dieser Form tat das bisher noch kein Staatsmann des Westens, auch wenn dort sehr wahrscheinlich ähnliche Auffassun-

gen vorherrschen. De Gaulle wagte uns zu sagen, was die anderen nur denken, und er zog daraus bestimmte politische Schlußfolgerungen. Nicht minder freimütig erklärte er es als „Traum", Deutschland vermittels der Aufrüstung der Wiedervereinigung näherzubringen. Auch das hatte mit solcher Offenheit noch kein westlicher Verantwortliche erklärt. Das deutsche Problem könne nicht gelöst werden durch die „Konfrontation der Ideologien und der Kräfte der zwei Lager, die sich heute in der Welt gegenüberstehen. Was man machen muß, kann eines Tages nur geschehen durch die Verständigung und gemeinsame Aktion der Völker, die immer am meisten am Los des germanischen Nachbarn interessiert waren, sind und sein werden". Eine solche Lösung sei langwierig; sie setze die Fortdauer des inneren Prozesses der Oststaaten voraus, im übrigen verlange sie von Deutschland die Anerkennung „seiner Grenzen und Rüstung durch einen Vertrag mit allen seinen Nachbarn im Osten wie im Westen".

Gewiß denken das viele Staatsmänner. Wahrscheinlich gibt es keinen, der solcher Analyse widersprechen würde. Doch hatte bisher keiner gewagt, es mit ähnlicher Entschiedenheit und Folgerichtigkeit zu verkünden. Überhaupt stellt de Gaulle nur die Bilanz einer Lage auf, die sich jeder im stillen eingesteht; er zieht Schlüsse aus einer Situation, die kaum jemand bezweifelt. Den Fehlschlag des Rüstungswettlaufs erkennt jeder an, die Sackgasse, in der die NATO festgerammt ist, ist nur zu offensichtlich. In keinem Land der Welt wird der Kult der zerstobenen Illusionen gehegt wie in der Bundesrepublik. Doch hüteten sich bis jetzt viele, zu sagen, was sie denken, Schlüsse aus dem zu ziehen, was sie für unbestritten halten. Vor einigen Jahren schrieb bereits Walter Lippmann, daß de Gaulle die Politik „nach der Ära des Kalten Krieges" entwerfe. Das ist richtig, und das ist die Originalität des Generals, während allzu viele westliche Staatsmänner zwar die Lage genau so einschätzen wie er, doch entweder nicht die Kühnheit oder nicht die Kraft besitzen, eine neue Politik zu definieren.

Es blieb nicht bei Worten, die Taten waren entsprechend. Seit 1958 begann der Rückzug aus der NATO, der zuerst die Flotte, dann der Großteil der Landtruppen entzogen wurde. Statt der versprochenen elf Divisionen gab Frankreich der Atlantikorganisation ganze zwei. Das Kommando sowie die gesamte Strategie sind unabhängig. Die Zugehörigkeit zur NATO wurde immer mehr zu einer Fiktion, ähnlich wie diejenige zur SEATO (Ostasienpakt), an deren militärischen Beratungen Paris seit kurzem nicht mehr teilnimmt. Vor der letzten Mai-Sitzung der NATO-Außenminister wurde bekanntgegeben, daß Frankreich sich an den Fallex-Manövern im Herbst nicht beteiligen werde. Solche Schritte bekunden nachdrücklich, wie überholt das Paktsystem sei und daß Frankreich sich ihm nicht mehr unterwerfe. In der Malaise der Atlantikorganisation, die nicht weiß, wie sie auf die Overkill-Situation reagieren soll, ist das ein wichtiger Gärungsstoff. Keineswegs sicher ist, ob sie das Jahr 1969, in dem der auf 20 Jahre laufende Vertrag ausläuft, überleben wird. Der Versuch Erhards geht dahin, das Ausscheren Frankreichs dazu auszunutzen, um sich als bester Festlandsdegen der USA zu empfehlen. Doch verfügt Paris über ein wichtiges Druckmittel: Eine westliche militärische Strategie ist außerhalb seiner Mitwirkung kaum möglich, zu schweigen von der politischen Belastung, die ein französischer Alleingang bedeuten müßte. Der Rückzug aus der NATO wurde von einer intensiven politischen Aktivität begleitet. Ausbau und Beziehungen zu allen Oststaaten, reger Austausch ministerieller Delegationen, Abschluß von Handels- und Kulturverträgen: dies alles wurde in raschem Tempo vorangetrieben. Die Reise des Staatschefs nach Südamerika war eine politische Demonstration gegen Washington, desgleichen der Besuch des Ministerpräsidenten Pompidou in Neu Delhi, Karatschi und Tokio, wo er verkündete: „Die Politik der Blöcke ist überholt." Praktisch läßt sich die

französische Außenpolitik von dem Gedanken leiten, den Außenminister Couve de Murville wie folgt umschrieb: „Es gibt keinen kommunistischen Block mehr, sondern kommunistische Länder." Was in der Konsequenz auch bedeutet: Es gibt keinen westlichen Block mehr, es darf keinen geben, nur noch westliche Länder. Denn nur auf diese Weise ist es möglich, die Auflockerung des anderen Blockes zu begünstigen. Pompidou meinte im November letzten Jahres, als er Washington und Bonn beschuldigte, sich vermittels des Atomflotten-Projekts „aggressiv" gegenüber Frankreich zu verhalten, daß die beiden Blöcke „sich gegenseitig durchdringen" müßten, „um die friedliche Koexistenz zu erleichtern".

Welches sind die Bestandteile der gegenwärtigen Weltlage? Unbestreitbar ist daß die beiden Blöcke die internationale Politik nicht mehr allein bestimmen. Mi jedem Tag tun sie es weniger. Neue Kräfte sind aufgetreten, gewaltig verstärk vor allem durch den Prozeß der Entkolonialisierung, der zu einem Zusammenschlu der Blockfreien in Asien und Afrika führte. Aber auch innerhalb der beiden Blöck begünstigte deren Unvermögen, im Kalten Krieg eine Entscheidung zu erzwi gen, die zentrifugalen Tendenzen. Nur unter dem Regime der Furcht, unmitte bar einem Angriff ausgesetzt zu sein, vermochten sie, eine starke Disziplin i ihren Reihen aufrechtzuerhalten und die einzelnen Mitglieder strikt der Fül rungsmacht zu unterwerfen. Das beginnende Klima der Entspannung stärkte di Emanzipationstendenzen. Seit der militärische Imperativ wich, war es nicht mel zwingend, sich den Forderungen einer Zentrale zu fügen. Der Prozeß solch Emanzipation verlief im Westen und Osten parallel. Seinen hervorstechendste Ausdruck findet er im Verhalten Frankreichs und Chinas. Doch gibt es hier w dort zaghaftere Bekundungen ähnlichen Charakters. Das Ermatten des Kalte Krieges ließ an Probleme erinnern, die man bislang zu ignorieren geglaubt hatt insbesondere an die der immer nachhaltiger drängenden Entwicklungslände welche sich in die enge Formel des einen oder anderen Blocks nicht mehr zwä gen ließen. Aber auch für Europa stellte sich die Frage seines Eigenwerts in ein nicht mehr zwei, sondern vielfache Kräfte umschließenden Welt. Seine wiederg wonnene wirtschaftliche Stärke begünstigt die Suche nach größerer Unabhängi keit genau so wie der Beginn der Entspannung. Die gegenwärtige Lage unte scheidet sich grundsätzlich von derjenigen am Ende des Zweiten Weltkrieges. D mals wählten die westeuropäischen Länder, sowohl angesichts ihrer wirtschal lichen Schwäche wie aus Furcht vor einer Sowjetisierung, eine enge Verbindu mit den Vereinigten Staaten. Beide Gründe bestehen jetzt nicht mehr oder nur abgeschwächter Form. Die neue Lage führt zu stärkerer Bekundung eigener nati naler Interessen, wobei man sich vor der Gemeinschaft bestenfalls unverbindli verneigt. Kennzeichnend war die Haltung in der Frage des Osthandels: Jed Staat handelte, allgemeinen Beschlüssen zuwider, im Sinne eigenen Vorteils · bis schließlich die Beschlüsse der vorhandenen Lage angepaßt werden mußten. gibt zahlreiche Bekundungen nationaler Interessen. Die Bundesrepublik stell die deutsche Frage in den Vordergrund, was die Partner immer störender empfa den. Durch den Alleingang mit de Gaulle stieß sie 1963 sowohl die USA wie d europäischen Länder vor den Kopf, bevor sie schließlich durch das MLF-Proje de Gaulle bis aufs Blut reizte. In jedem Falle hatten bestimmte nationale Erw gungen den Vorrang. Die USA gaben bisher beredte Zeugnisse eigenmächtig Politik, die sie sogar ohne Konsultation ihrer Bundesgenossen durchführten. Se zum Verdruß Bonns gewannen für sie Ostasien und Lateinamerika erstrangi Bedeutung. Großbritannien versichert dagegen, daß seine Interessen vor alle „östlich von Suez" lagern. Kurzum, die vielgepriesene „westliche Einheit" ve flüchtigt sich zum Mythos; die Krise im Schoß der NATO breitet sich aus, zwin sie, wichtige Fragen vor sich herzuschieben und in vagen Kommuniqués ein

gemeinsamen Willen vorzutäuschen, an den niemand glaubt. Hinzu kommt die allgemeine Unzufriedenheit mit der amerikanischen Politik, die sich gewaltig steigerte, seit Johnson im Weißen Haus die Zügel ergriff. Man hat kein Vertrauen in seine Führungsfähigkeiten, man bezweifelt überhaupt, ob er eine Konzeption besitzt, in der die westlichen Staaten sich wiedererkennen könnten. Die immer unverhohlener hervorbrechenden nationalen Gesichtspunkte, wie es sich in Vietnam und Santo Domingo gefährlich erweist, erwecken selbst bei Wohlmeinenden Mißtrauen und Furcht, im Dienste Washingtons kriegerische Abenteuer erdulden zu müssen. Das steigert die Verwirrung, vermehrt den Willen zu stärkerer Selbstbestimmung — und verschafft de Gaulle eine Chance. Das von ihm entworfene Konzept entspricht echten Bedingungen der Weltlage, es kommt ihr weit näher als die ideologisch verbrämte, politisch risikovolle Formel der Aufteilung der Welt in zwei Blöcke. Die wirkliche Entwicklung schlug einen anderen Weg ein: Die Menschheit ist (zum Glück, möchte man sagen) zu vielgestaltig, als daß sie von einer oder von zwei Hauptstädten gegängelt werden könnte. Sie läßt sich in kein Schema zwängen. De Gaulle erinnert an die Realität, wenn er sagt, daß „Atlantikgemeinschaft" und „europäische Integration" bisher Rauch geblieben sind, hinter dem sich die nationalen Interessen der Mächtigsten verbergen. Nicht minder real ist die Feststellung, daß es kein einheitliches Europa ohne eine einheitliche Politik geben könne, daß man sich also zuvor über diese im klaren sein müsse. Das rief alle Roßtäuscher oder Illusionisten auf den Plan, die predigen, das Pferd von hinten aufzuzäumen. Den gleichen Realitätswert besitzt de Gaulles Einstellung zur deutschen Frage. Unbestreitbar ist, daß der Versuch, die Wiedervereinigung vermittels des Rüstungswettlaufs zu erzwingen, ein „Traum" war: ein böser und gefährlicher, ließe sich hinzufügen. Jeder Lösungsversuch verlangt gebieterisch nach einer Verständigung mit den westlichen und östlichen Nachbarn Deutschlands, nach einer Anerkennung der bestehenden Grenzen und nach einer Rüstungsbeschränkung. Ein bedeutendes Verdienst des französischen Staatspräsidenten ist es, an solche Wahrheiten erinnert und sie als Richtlinie einer europäischen Politik herausgearbeitet zu haben. Seine Position bedingt die Beendigung des Kalten Krieges, die effektive Zusammenarbeit zwischen Ost und West. Daß er darüber hinaus der Verfemung Chinas ein Ende setzen und den vom amerikanischen Protektorat bedrohten Entwicklungsländern Rückhalt geben will, ist gewiß alles andere als verdammenswert, vermag dem Frieden und seiner fortschrittlichen Ausgestaltung nur dienlich zu sein.

Der jetzige Lärm, die giftigen Polemiken, die sich hierzulande gegen de Gaulle erhoben haben, erwecken die Vermutung, daß es gerade diese positiven Aspekte seiner Politik sind, die den Aufruhr hervorrufen. Solange die „Festigkeit" des Generals in der Berlinfrage gelobt wurde, solange seine Atomrüstung Wohlgefallen fand, solange seine Weigerung, den Moskauer Atomvertrag zu unterzeichnen, die Hoffnung hiesiger Aufrüster beflügelte, rauschte Beifall. Unsere heimischen „Gaullisten" hatten bereits die französische Politik ganz in ihrem Sinne deformiert und alle Entspannungselemente, die sie bestimmen, bewußt ignoriert. Als Adenauer sich gegen Washington wandte und Zuflucht bei de Gaulle suchte, tat er es unter den Losungen des Kalten Krieges, wissentlich alles überhörend, was der General ihnen entgegensetzte. Der Verdacht taucht auf, daß de Gaulle erst jetzt persona non grata wird, da er ein europäisches Friedensprogramm verkündet, während ihm begeistert gefolgt wurde, solange man auf diesem Wege der Entpannung zu entgehen und der Atombombe ein Stück näherzukommen hoffte. Hätte er die bundesdeutschen Atomforderungen nicht mit einem kategorischen „Non" beantwortet, dann wäre die Verbitterung gewiß heute weniger groß. Nicht stichhaltiger sind die Argumente wider den französischen Nationalismus.

Sie würden mehr überzeugen, kämen sie nicht von einer Seite, die nichts als nationalistische Verblendung gezeigt hat, die das deutsche Problem unermüdlich als Waffe des Kalten Krieges benutzte und alle anderen Aspekte der Weltpolitik ihm zu unterwerfen suchte. Diejenigen, welche sich weigerten, die Ost-Beziehungen zu verbessern, welche nach Wirtschaftsboykott und Atomwaffen schrien und schreien, sind wahrlich nicht dazu berufen, de Gaulle Nationalismus vorzuwerfen. Viel eher darf man in dessen Kurs auch eine Reaktion auf die hierzulande verfolgten nationalistischen Zielsetzungen sehen, worauf das von uns angeführte Wort von der „Malaise" hinweist. Die nationalen Aspekte der gaullistischen Politik drücken schließlich nur einen allgemeinen Zustand aus, sie enthüllen, was unter der Fahne des Atlantik oder Europas Schmuggel treibt. Sie leiten eine Stunde der Wahrheit ein und bezeugen, daß der König, von Integration und Gemeinschaft sprechend, in Wirklichkeit nackt ist. Unter diesen Firmenschildern dachte jeder daran, sein eigenes Geschäft zu besorgen und die Partner dafür einzuspannen. Dabei erringen die Mächtigsten den größten Vorteil, während die Schwächeren — wie in jeder Allianz bisher — rücksichtslos geschröpft werden. So diente die Atlantikpolitik vor allem den USA, während Bonn noch immer darauf aus ist, für seine Unterwürfigkeit ein entsprechendes Entgelt zu erlangen. Sagen wir es offen: Die europäischen Bekenntnisse der Bundesrepublik sind seit 1949 nicht weniger nationalistisch in ihrer Substanz als die gaullistische Richtung, da sie als vorteilhaftes Instrument zur Durchsetzung eigener Belange, bis zu provinzieller Engstirnigkeit, benutzt wurden. Hätte man mehr europäisch gehandelt denn geschworen, wäre die Integration verschiedener Interessen womöglich mehr als nur ein Schlagwort geworden. Doch da wir im Glashaus sitzen, sollte man sich hüten, mit Steinen zu werfen. Es ist erstaunlich, daß selbst ein so kühler Kopf wie Rudolf Augstein Frankreich „Tiraden" vorwirft, statt sich an die gigantischen, unermeßlich gefährlichen im eigenen Lande zu halten.

Die positiven Elemente der gaullistischen Außenpolitik hindern uns keineswegs, auf deren negative Begleiterscheinungen zu verweisen. Des Generals nationales Selbstbewußtsein, berechtigt gegenüber den USA, ist allzu sehr der Vergangenheit verhaftet, verschließt sich notwendigen neuen Formen der Zusammenarbeit. Es bremst auf abschüssiger Bahn, während es eine Perspektive, die des zwanzigsten Jahrhunderts wahrhaft würdig ist, noch vermissen läßt. De Gaulles selbstherrliche Methoden, seine Art, sich mit Geheimnissen zu umgeben, andere zu manipulieren, stoßen selbst Gutwillige ab. Prof. Duverger ist nur zuzustimmen, der schrieb, daß der General mit anderen „ungefähr das tut, was er den Amerikanern zu tun vorwirft". Ein Ausdruck solchen Irrtums war der famose deutsch-französische Vertrag, ein typisches Erzeugnis klassischer Machtpolitik, der die Bundesrepublik nicht, wie beabsichtigt, an Paris zu fesseln vermochte, während er im ganzen übrigen Europa Mißtrauen säte und Frankreich bis heute isolierte. De Gaulle verfährt bisweilen machiavallistisch mit den Mitteln, steuert pragmatisch Zickzacks, alle Gegebenheiten ausnützend. Nachdem er die UNO mit Verachtung bedacht hatte, nähert er sich ihr nun an; die „Festigkeit" in der Berlinfrage macht der Zusammenarbeit mit dem Osten Platz; zu gleicher Zeit wird Freundschaft mit Mao und Franco gepflegt. Das sind nur einige Schwächen. Ihre Summierung schlägt sich in fast völliger Einsamkeit in Europa nieder. Die größten Erfolge wurden außerhalb erzielt, in den verelendeten Erdteilen, welche den amerikanischen Druck am stärksten spüren und des Kalten Krieges am meisten überdrüssig sind. De Gaulle stellt vor allem eine Antithese dar, mit allen Wahrheiten und Verzerrungen, die einer solchen Haltung gewöhnlich anhaften. Es gilt, die Wahrheiten zu erkennen und die Verzerrungen zu überwinden, von der Antithese zur Synthese zu finden. Gegenüber der Atlantikpolitik, dem Block-

system, dem Kreuzzugsdenken, fragwürdigen Integrationen verkörpert de Gaulle die Wahrheit, ein höheres Prinzip. Nur von hier aus könnte das erreicht werden, was gegenwärtig fehlt. Doch verdecken die vorhandenen Schwächen die Vorzüge nicht. Der wesentliche: De Gaulle rüttelt am System des Kalten Krieges, baut Brücken zum Osten, erklärt nicht nur den Kreuzzug für überholt, sondern beendet ihn praktisch, verkündet den Unsinn einer deutschen Wiedervereinigung durch Aufrüstung. Im übrigen fordert er auf, den großen Protektoraten zu entfliehen, die zu kriegerischer Frontenbildung treiben, verlangt den Entwurf neuer Wege. Uns scheint das positiv genug zu sein. Daß die Kalten Krieger in diesem Lande wie eine Meute dagegen bellen, kann uns in dieser Überzeugung nur bestärken. Ihre Bitterkeit versteht sich nur zu gut: Nachdem die bundesdeutschen Forderungen eineinhalb Jahrzehnte lang am Widerstand des Ostens zerbrachen, kündigt jetzt die französische Politik auch den aktiven Widerstand im Westen an. Nun gilt es, nicht nur eine unüberwindliche Hürde zu überspringen, sondern zwei. Kein Wunder, daß solche Aussicht Entsetzen verbreitet. De Gaulles Kurs ist ein nachdrücklicher Appell an die Bundesrepublik, ihren illusionären Zielen zu entsagen, den Rüstungswahn aufzugeben. Eine Politik der Verständigung mit den östlichen und westlichen Nachbarn, bisher als „Dummheit oder Verrat" verketzert, wird jetzt auch von Paris gefordert. Dies zeigt deutlich genug an, wo gegenwärtig die gefährlichsten „Tiraden" gedroschen werden. Wahrscheinlich erklärt das den aufgeregten Lärm derjenigen, die sich als Selbstbetrogene erkennen. Der neue Anschluß an die USA ist keiner Abkehr vom Nationalismus, keinem Hinwenden zu einer Gemeinschaftsaufgabe gleichzusetzen. Solche Begriffe dienen nur betrügerischen Zwecken. Im Gegenteil: Darin ist der verzweifelte Versuch zu sehen, die gescheiterten Ziele des Kalten Krieges zu retten, die Aufrüstung zu erhalten, einer Politik der Verständigung zu entfliehen. Eine deutsche Friedenspolitik muß heute von wichtigen Elementen der gaullistischen Konzeption ausgehen, sie im Sinne einer echten europäischen Gemeinschaft, als friedlichen Brückenkopf zwischen Ost und West, zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, weitergestalten.

Dr. Anton Reithinger

Kritische Anmerkungen zum Thema Soziale Marktwirtschaft (II)*

Die Umverteilung von Einkommen und Vermögen über den Steuerfiskus

Man kann sich von diesen Größenverhältnissen durch einen Blick in die Steuerstatistik überzeugen. Wenn man das Steueraufkommen unterteilt nach den Steuern, die aus dem Arbeitseinkommen, und den Steuern, die aus Besitz und Unternehmergewinn geleistet werden, dann kann man in roher Annäherung Lohn- und Einkommensteuer, Zölle und Verbrauchssteuern, Umsatz- und Umsatzausgleichssteuern, Getränke-, Vergnügungssteuern usw. auf der einen[12]), Körper-

*) Vgl. Heft 6 65.

12) Sie werden entweder unmittelbar beim Steuerpflichtigen erhoben oder über die Preise aus den Verbrauchseinkommen bezahlt.

schaftssteuer, Vermögenssteuer, Kapitalertragssteuer und Grund- und Gewerbesteuern auf der anderen Seite[13]) gruppieren. Dabei ergibt sich, daß die Einkommen der privaten Haushalte mit mehr als 3/4 und die Einkommen aus Besitz und Unternehmertätigkeit mit höchstens 1/4 zum Aufkommen der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden beitragen[14]). Dieser Anteil des Steueraufkommens wird durch die aus den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden an die Unternehmerwirtschaft zurückfließenden Subventionen und zinsverbilligten Darlehen praktisch annulliert. Die amtliche Statistik veröffentlicht Unterlagen über die Umverteilung von Einkommen und Vermögen über den Staat, wobei jedoch die Zuordnung nach dem technischen Abführungsmodus und nicht nach der Quelle der wirtschaftlichen Aufbringung vorgenommen wird[15]). Berichtigt man die Ziffern nach den tatsächlichen Aufbringungsquellen, dann ergibt sich folgendes Bild: Die von den Unternehmungen und aus Besitz aufgebrachten Übertragungen erreichten 1950 3,5 Mrd., 1955 6,5 Mrd., 1960 11,1 Mrd. und 1962 13,2 Mrd. DM. Nach Abzug der in den gleichen Jahren empfangenen Übertragungen verbleibt eine Nettoaufbringung von 2, 2 Mrd. bzw. 5,2 Mrd. bzw. 6,3 Mrd. bzw. 7 Mrd. DM. Behält man die zinsverbilligten Darlehen aus den öffentlichen Haushalten an die Unternehmerwirtschaft im Auge, dann zeigt sich, daß volkswirtschaftlich gesehen der Beitrag aus Gewinnen der Unternehmungen und aus Besitz an die öffentlichen Haushalte bedeutungslos war. Dem gegenüber sind die von Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte aufgebrachten Übertragungen in den gleichen Jahren von 26,1 Mrd. auf 51,5 Mrd., 85,6 Mrd. und 113,3 Mrd. DM angewachsen[16]). Allein die durch indirekte Steuern von den Verbrauchseinkommen der privaten Haushalte abgeschöpften Beträge waren mit 50 Mrd. DM höher als die gesamten ihnen über Renten, Pensionen und andere sozialen Leistungen wieder zufließenden Beträge (47,5 Mrd. DM). Die von den privaten Haushalten aufgebrachten Sozialversicherungsbeiträge decken sich genau mit den empfangenen Renten und Pensionen (35 Mrd. DM) (Ziffern für 1962). Nach Berechnungen der Bundesbank waren in den Jahren 1961—1964 Unternehmertätigkeit und Besitz mit 5 %, die (hauptsächlich aus dem Verbrauchseinkommen aufgebrachten) indirekten Steuern mit 38—40 %, die direkten Steuern (vorwiegend Lohn- und Einkommensteuer) mit 28—29 % und die (aus dem Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger gezahlten) Sozialbeiträge mit 26—27 % am Gesamtaufkommen der öffentlichen Haushalte beteiligt.

Man wird gut daran tun, alle Ziffern als Annäherungswerte zu betrachten, aber die Schlußfolgerungen daraus sind eindeutig und zwingend. Für jede Milliarde aus Unternehmereinkommen oder Besitz, die durch die erwähnten Hintertürchen entwischt[17], ist die Steuerbelastung der abhängigen Arbeits- und Verbrauchseinkommen um einige Prozent höher als bei gleichem Steuerrecht. Das kommt der Öffentlichkeit nur deshalb nicht zum Bewußtsein, weil bei wachsendem Sozialprodukt und steigenden Preisen und Löhnen die Progression dafür sorgt, daß dieser Ader-

13) Alle Steuern, die entweder aus Besitz und Gewinn stammen oder die Gewinne der Unternehmer schmälern. Eine exakte Abgrenzung ist nach den Steuerstatistiken nicht möglich, aber die Größenordnungen sind zuverlässig.

14) Ohne Sozialversicherungen, die hauptsächlich aus den abhängigen Einkommen aufgebracht werden, dieser Gruppe aber auch wieder ausschließlich zufließen.

15) Die indirekten Steuern sind den Unternehmungen zugerechnet, die sie abführen, und nicht den Haushalten, die sie aufbringen.

16) Die Gegenposten sind bereits früher in den Ziffern über die unverhältnismäßig hohe Kapitalbildung der Unternehmungen und der öffentlichen Hand und der relativ geringen Vermögensbildung der privaten Haushalte so wie der im internationalen Vergleich niedrigeren Konsumquote behandelt worden.

17) Oder der Unternehmerwirtschaft (einschl. Wohnungsbau) über direkte Subventionszahlungen oder zinsverbilligte Darlehen wieder zugeführt wird.

laß ebenso geräuschlos vor sich geht wie die Mehrbelastung der Konsumenten durch die in den Verbraucherpreisen einkalkulierten Umsatz- und Verbrauchssteuern. Der Fiskus ist daher stärkster Interessent an der laufenden Geldentwertung, die durch die Politik der Bundesregierung in Gang gehalten wird. (Denn sie ermöglicht das Abmelken der Masse der abhängigen Einkommen zugunsten der Kapitalbildung der Unternehmerwirtschaft und der öffentlichen Hand, verbunden mit eindrucksvollen äußeren Sozialleistungen, die in Wirklichkeit nur Rückgabe eines Teiles der vorher weggesteuerten Einkommensteile derselben Sozialgruppe sind[18].)

Wenn man die bereits früher erwähnte Umverteilung von Eigentum im Wohnungsbau und die umfangreichen Subventionen (und Darlehen) aus allgemeinen Steuermitteln an die Produktionswirtschaft im Gedächtnis behält, dann steht außer Zweifel, daß ein ungleiches Steuersystem in der Bundesrepublik laufend hohe Milliardenbeträge aus dem Masseneinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger abschöpft und in das Eigentum (oder die Verfügungsgewalt) einer Minderheit von Sachvermögensbesitzern und der öffentlichen Hand überführt. Die Feststellung ausländischer Steuerexperten, das deutsche Steuersystem fasse die Armen hart und die Reichen milde an, muß richtig heißen, daß es den Besitzlosen nimmt, um den Besitzenden zu geben. Diese Umverteilung durch den Steuerfiskus ist eine Variante der kapitalistischen Wirtschaft, die bislang das Monopol der Sozialen Marktwirtschaft geblieben ist. Die Sozialpolitik des Bonner Staates besteht darin, daß sie den Besitzlosen die Fürsorge für die Hilflosen auferlegte und den Besitzenden hilft, immer größere Reichtumskonzentrationen anzusammeln. In Wirklichkeit ist der bundesrepublikanische „Wohlfahrtsstaat" eine negative Größe, in dem hinter der sozialen Fassade laufend beträchtliche Teile der Arbeitnehmereinkommen auf die Unternehmungen und den Staat umverteilt werden. Und zwar vollzieht sich dieser Vorgang außerhalb der Spielregeln der kapitalistischen Wirtschaft durch staatlichen Hoheitsakt. Das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik, wie es in den vergangenen 15 Jahren entwickelt wurde, ist eine Monopolwirtschaft, wobei nicht Marktmonopole, sondern das steuerprivilegierte Monopol der Sachkapitalbildung charakteristisch ist. Anstelle des Problems der „Einkommensparität" zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Einkommen stellt sich hier die viel dringlichere Frage der „Steuerparität" zwischen den einzelnen Sozialgruppen. (Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes).

Das Steuersystem als Expansionsmotor und Bremse der Sozialen Marktwirtschaft

Dieses Steuersystem, das alle anderen Gesichtspunkte, z. B. eines gesunden wirtschaftlichen Gleichgewichts oder der sozialen Gerechtigkeit, dem Ziel höchstmöglicher Kapitalbildung unterordnet, ist der Expansionsmotor für das Funktionieren der Sozialen Marktwirtschaft. Die steuerlichen Anreize zu immer neuen und immer größeren Investitionen halten die Konjunktur am Kochen und sichern das laufende Wachstum der Kapitalbildung und des Sozialprodukts. Es ist das typische System für den wirtschaftlichen Aufbau unterentwickelter Länder, das man am wenigsten in der technisch hochentwickelten Bundesrepublik vermuten würde. Die in den Steueränderungsgesetzen gelegentlich eingebauten Erleichterungen sind kleine Schönheitspflästerchen, mit denen die rückständige Grundstruktur des bundesdeutschen Steuersystems nur notdürftig überkleistert wird. Es ist kennzeichnend für Erhards neueste Version der „formierten Gesellschaft", daß er nicht eine Reform des Steuersystems, sondern ein aus diesem reaktionären

[18] Leider veröffentlicht die Steuerstatistik keine Aufgliederung nach Einkommensklassen, so daß nicht erkennbar ist, welche Schichten der abhängigen Einkommen den Hauptbeitrag leisten.

System finanziertes „Deutsches Gemeinschaftswerk" als Feigenblatt zur Bedekkung der sozialen Blößen und Versäumnisse seiner Wirtschaftspolitik vorschlägt.

Die Steuerprogression ist gleichzeitig das Regulativ für die Dämpfung der Konsumquote, weil sie automatisch einen immer größeren Teil der von den Gewerkschaften ausgehandelten Lohnerhöhungen abschöpft und auf dem Umweg über den Fiskus z. T. wieder der Kapital- und Gewinnbildung der Unternehmungen zuführt. Soweit die Unternehmungen und Einkommen bereits nach den Höchstsätzen[19]) der Progression veranlagt sind — was bei den Großunternehmungen und Spitzeneinkommen in der Regel der Fall ist —, bleiben diese in Zukunft bei weiter wachsendem Sozialprodukt im Genuß einer nur linearen Besteuerung. Mit fortschreitender Inflationierung von Löhnen, Preisen und Gewinnen tragen also künftig in immer stärkerem Maße die der Progression unterliegenden Arbeitnehmereinkommen und besonders ihre Mittelschichten die Lasten der öffentlichen Aufwendungen. Der relative Beitrag aus Besitz und Gewinnen der Unternehmungen zu den Gemeinschaftsleistungen wird sich noch weiter verringern.

Den Bestrebungen der Gewerkschaften auf eine Umverteilung des Volkseinkommens über die Lohnpolitik ist dadurch ein zuverlässig wirkender Sperrriegel vorgeschoben. Hier liegt eine Erklärung des Rätsels, warum die in den letzten Jahren keineswegs kleinlichen Lohnforderungen der Gewerkschaften von der Wirtschaft bislang spielend verdaut werden konnten. Der Kosten- und Preiseffekt höherer Löhne wird, soweit er das Produktivitätswachstum übersteigt, über die Steuerprogression abgefangen und die abgeschöpften Teile auf dem Weg der Umverteilung durch den Fiskus z. T. wieder der Kapitalbildung der öffentlichen Hand oder der Unternehmungen zugeführt. Die Lohnverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden gleichen daher einem kunstvollen Schattenboxen. Wer den „Abschöpfungseffekt" des Steuersystems verstanden hat, wird erkennen, daß eine Öffnung dieses Sperriegels eine Kettenreaktion steigender Verbrauchsquoten, sinkender Kapitalbildung, zurückgehender Exportüberschüsse und nachlassender Geldschöpfung bedeuten und damit das bekannte Reizklima der Sozialen Marktwirtschaft entscheidend verändern würde.

Steuersubventionen für Millionäre

In gewissen Abständen erscheinen in der Presse Veröffentlichungen, wonach die Zahl der Vermögensmillionäre in der Bundesrepublik wieder um einige Dutzend zugenommen hat. Diese Ziffern sind ebenso unrealistische Fiktionen wie gewisse Doktrinen der Außenpolitik. In Wirklichkeit gibt es in der Bundesrepublik Zehntausende, möglicherweise Hunderttausende von Vermögensmillionären, die nur in den Karteien des Steuerfiskus nicht registriert sind. Nach den derzeitigen Verkehrswerten dürfte die Mehrzahl der mittelbäuerlichen Betriebe (etwa von einer Landfläche von 50 ha aufwärts) den Vermögensmillionären zuzurechnen sein, und die Besitzer großbäuerlicher Betriebe und Landgüter von 100 ha und darüber können ohne Bedenken als Multimillionäre angesprochen werden. Selbst die Masse der Betriebe unter 50 ha, ja unter 20 oder 10 ha Landfläche repräsentieren heute Vermögenswerte, die beträchtlich größer sind als die Geldvermögen anderer Gesellschaftsgruppen wie etwa der höheren Beamten, leitenden Angestellten der Wirtschaft oder der freien Berufe. Dies gilt keineswegs nur für stadtnahe Betriebe mit der Aussicht, Bauland, Bauerwartungsland oder Industrieland zu werden, sondern für den größten Teil des flachen Landes, sofern es sich nicht

[19]) Die niedriger sind als in anderen Ländern (ohne daß der Verfasser dagegen Einwände macht. Seine Einwände gelten nicht einem hohen, sondern einem „wahren" Steuertarif, ohne Hintertürchen und legale Verfälschung).

um ganz verkehrsferne Gebiete handelt[20]). Jeder Zeitungsleser kann sich in den Anzeigenspalten über die geltenden Verkehrswerte auf dem landwirtschaftlichen Gütermarkt informieren. Da die Verschuldung der Landwirtschaft in Relation zu den Einheitspreisen oder den Rationalisierungsinvestitionen steht, aber nicht zu den Bodenpreisen, kann sie hier vernachlässigt werden. Diese „grünen" Millionäre werden nur deshalb nicht von der Statistik oder der Steuer erfaßt, weil ihre Betriebe mit Einheitswerten von 1938 zu Buche stehen, die jeden Zusammenhang mit der Wirklichkeit verloren haben. Das gleiche gilt für den städtischen Grundbesitz. Der minimale Beitrag des Grundbesitzes zu den öffentlichen Haushalten wird damit verständlich.

Die Bauernverbände lassen bei ihren Forderungen die überaus günstige Entwicklung der Vermögensseite im Dunkeln und rücken die weniger günstige Einkommensseite in den Vordergrund. Die wirtschaftliche Entwicklung hat zweifellos für die Landwirtschaft gewisse Schwierigkeiten mit sich gebracht (die Knappheit an Arbeitskräften, die Schere zwischen Betriebsmittelpreisen und Erzeugerpreisen, die geringe Rendite), aber auch gewaltige Fortschritte in der Rationalisierung und Entlastung von schwerer körperlicher Arbeit. Die Agrarwirtschaft liegt im Windschatten der hektisch angeheizten Unternehmerkonjunktur, und ihre internationale Konkurrenzlage ist schlecht. Die laufenden Investitionen haben zwar die Mengenproduktion und die Produktivität von Acker und Stall beträchtlich erhöht, aber die Einkommenslage nur mäßig verbessert. Dafür ist in anderer Hinsicht eine fast raketenartige Wirkung eingetreten. Im Zuge der allgemeinen Expansion und der Bodenpreissteigerung ist die tatsächliche und relative Eigentumsbildung und Vermögenslage gegenüber anderen Gruppen der Gesellschaft entscheidend aufgewertet worden[21]). Gemessen an ihrem realen Vermögensbesitz dürften die Bauern als Sozialgruppe heute nach den gewerblichen Unternehmern und dem städtischen Grundbesitz an dritter Stelle weit vor den anderen Gruppen der freien Berufe, Beamten oder der Masse der abhängigen Lohn- und Einkommensbezieher liegen. Daß diese soziale Aufwertung nicht überall im äußeren Bild und Lebensstandard der bäuerlichen Bevölkerung sichtbar wird, ist mehr eine Frage der Tradition und des Beharrungsvermögens sozialer Vorstellungen als der tatsächlichen Verhältnisse. Die enorme private Vermögensbildung durch die Bodenpreissteigerung wird steuerlich nicht registriert und daher steuerlich frei besessen (und z. T. realisiert) und auch steuerfrei vererbt. (Die Komplikation, die durch hohe Verkehrswerte und niedrige Renditen für Erbauseinandersetzungen oder bei der Hofübergabe entsteht, ist eine andere Frage.)

Die „Einkommensparität" mit der gewerblichen Wirtschaft, auf die in den grünen Plänen so großer Wert gelegt wird, ist als Argument der sozialen Gerechtigkeit ein zweischneidiger Begriff. Die abhängigen Einkommensbezieher, die aus vollversteuerten Einkommen durch Konsumverzicht Geldvermögen bilden, sind in einer weitaus ungünstigeren Lage. Aus den Steuern von Einkommen und Verbrauch dieser Sozialgruppe stammen aber die Milliardensubventionen und Vermögensübertragungen, die der Landwirtschaft jährlich aus der Umverteilung durch den Staat zufließen.

Es ist nicht Absicht dieser Ausführungen, die Problematik der Agrarhilfsmaß-

---

20) Rhein-Ruhrgebiet, die Pfalz, Baden-Württemberg, das Alpenvorland, Hessen, aber auch große Teile Norddeutschlands gehören zu den besonders begünstigten Gebieten. Siedlungsdichte, Automobilismus und Fremdenverkehr haben bewirkt, daß es verkehrsferne Gebiete nur mehr in sehr beschränktem Umfang gibt.

21) Nach den Verkehrswerten dürfte seit der Währungsreform im Durchschnitt eine Verfünffachung der Bodenpreise größenordnungsmäßig nicht zu hoch gegriffen sein; in vielen Fällen kommt eine Verzehnfachung der Wirklichkeit näher, in keineswegs seltenen Fällen sind die Preise noch darüber hinaus gestiegen (Bauland).

nahmen zu dramatisieren. Ein Hinweis auf die Verhältnisse, wie sie in Wirklichkeit sind und nicht, wie sie im Streit um den „gerechten Anteil am Sozialkuchen" von den Interessenten dargestellt werden oder in der Steuerstatistik erscheinen, ist aber in diesem Zusammenhang notwendig. Das soziale Argument der „Einkommensparität" sollte von den Bauernorganisationen nicht über Gebühr strapaziert werden, weil es das soziale Gegenargument der „Vermögensparität" für diejenigen Gruppen der Gesellschaft auf den Plan ruft, aus deren Einkommen und Verbrauch die Agrarsubventionen finanziert werden.

Die neue Feudalzeit

Wenn man alles mit etwas Humor in der historischen Perspektive betrachtet, ist die Bundesrepublik in der Ära der Sozialen Marktwirtschaft zu den bewährten Traditionen des mittelalterlichen Feudalsystems zurückgekehrt. Der neue Geldadel der Grundherren und Sachkapitalbesitzer genießt weitgehende Steuerprivilege und leistet dafür die staatspolitisch wichtige Aufgabe der immer rascheren Vermehrung des Investitionskapitals. Zu seinen sozialen Pflichten gehört außer der Erzeugung des Wirtschaftswunders und der Inflation[22]) die private Finanzierung der Wahlen. Die Lohn- und Gehaltsempfänger kommen für die Hauptmasse des öffentlichen Haushaltsbedarfs (einschließlich der ihnen wieder zugutekommenden sozialen Lasten) auf. In ihre Steuerpflichten ist die Finanzierung des übertriebenen Aufwands, der Hofhaltung, Jagden, Luxusvillen, Jachten und des Mäzenatentums ihrer Unternehmer- und Managerschicht eingeschlossen, die entweder als Geschäftsunkosten über die Preise oder als umverteilte Einkommensbildung über den Staat gezahlt werden. Vor zwei Jahren ist ein energischer Vorstoß gegen solches Steuer„recht" unternommen worden — es war in den USA in einer Botschaft Kennedys an den Kongreß!

Nach dem äußeren Anschein ist man in der Bundesrepublik — und zwar der Staat, die Unternehmer und die Arbeitnehmer — mit dieser besonderen Art sozialer Marktwirtschaft bisher nicht schlecht gefahren. Den Burgen und Schlössern, Kirchen und Patrizierhäusern der mittelalterlichen Feudalzeit entsprechen heute riesige Fabrikanlagen, Verwaltungspaläste und Wohnbaukomplexe in allen Teilen des Bundesgebiets. Sogar die Lohnfondtheorie aus der Frühzeit des Kapitalismus kommt wieder zu Ehren, indem die abnorme Kapitalbildung eine kaum weniger abnorme Knappheit an Arbeitskräften erzeugt[23]). Läßt sich der soziale Charakter des Systems bestreiten, so kann über seine außerordentliche Leistungsfähigkeit kein Zweifel bestehen. Es scheint allerdings, daß sich die volle Leistungsfähigkeit des Systems nur in dem Reizklima einer fortlaufenden Inflationierung des Geld- und Kreditvolumens, der Preise und Löhne, des Exports und der öffentlichen Ausgaben zu entfalten vermag und bei einer Änderung dieser Faktoren in Gefahr geriete, in die Kettenreaktion einer schweren Deflationskrise einzumünden. Ich meine es deshalb ernst, wenn ich glaube, daß ein Umbau möglicherweise zu unerwarteten sozialen Auswirkungen führen könnte. Das ändert nichts an der Tatsache, daß das Steuersystem der Bundesrepublik das Produkt einer Politik ist, die den Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft auf den Kopf gestellt hat, indem es das marktwirtschaftliche Kräftespiel in der Verteilung des Sozialprodukts durch den Eingriff des Steuerfiskus dahingehend verfälscht, daß es laufend beträchtliche Teile des Masseneinkommens der Arbeitnehmer in Sachvermögensbildung einer Minderheit von Unternehmern oder der öffentlichen Hand umwandelt. Diese merkwürdige Mischung aus feudalistischen, kapitalisti-

22) Aus der Geldschöpfung der Exportüberschüsse.

23) Die Einfuhr von ausländischen Arbeitskräften zieht wiederum eine Kettenreaktion von Infrastrukturbedarf (Wohnungen, Verkehr, Schulen, Krankenhäuser usw.) nach sich.

schen und sozialen Bestandteilen ist eine Erklärung für viele Ungereimtheiten und Widersprüche, die in der Wirtschaftspolitik wie im äußeren Bild der Bundesrepublik heute auffallen.

III. Legende und Wirklichkeit

Es gibt in der Geschichte zahlreiche Beispiele, daß Kriege nicht durch das Genie der Heerführer, sondern durch eine Laune des Schicksals entschieden wurden. Die Nachwelt fragt nicht mehr nach Umständen und anteiligem Verdienst, sondern reicht den historischen Lorbeer einem Namen, der als Symbol des nationalen Stolzes den späteren Generationen überliefert wird. Auch die Wirtschaftsgeschichte kennt solche Fälle, die allerdings die Phatasie weniger beschäftigen und deshalb meist schon in der nächsten Generation vergessen sind. Die Legendenbildung ist aber auch hier eifrig am Werk, den Erfolg zu heroisieren und Fehlleistungen zu vergessen. Auch Ludwig Erhard hat sie verdrängt, wenn er im Kampf mit seinen politischen Gegnern der SPD oder den Gewerkschaften vorhält, sie hätten schon immer die Zeichen der Zeit verkannt und sich seiner besseren Einsicht in den Weg gestellt. Die Wirklichkeit war ganz anders, als sie heute von den Interessenten dargestellt oder von den politischen Nutznießern zum Mythos von der Unfehlbarkeit des Parteisymbols aufgewertet wird. Eine kleine Gedächtnisauffrischung ist deshalb nicht unangebracht. Die Beurteilung des Wertes oder Unwertes, Nutzens oder Schadens einer bestimmten Wirtschafspolitik in einem bestimmten Zustand einer Volkswirtschaft kann an drei Punkten ansetzen:

- Der Richtigkeit oder Unrichtigkeit der zugrunde liegenden Theorie und ihrer praktischen Anwendbarkeit auf einen gegebenen Zustand;
- der methodisch richtigen Durchführung (was man in der Medizin die kunstgerechte Behandlung oder in der Kriegskunst die generalstäblerische Durcharbeitung nennt);
- den praktischen Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Gesamtorganismus.

Die praktische Anwendbarkeit der Theorie der Marktwirtschaft auf den damaligen Zustand der Volkswirtschaft

Man weiß, daß Begriffe wie „freie Marktwirtschaft", „Planwirtschaft", „staatlich gelenkte Wirtschaft", oder wie ihre verschiedenartigen Übergangsformen heißen mögen, kein Wert oder Unwert an sich, sondern zeitgebundener Ausdruck bestimmter, von der technischen Entwicklung, den gesellschaftspolitischen Zielen oder den Zeitumständen abhängiger Wirtschaftsauffassungen sind. Niemand wird ernsthaft leugnen, daß die zur weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit ausgeweitete Marktwirtschaft des 19. Jahrhunderts besonders für die europäische Arbeiterschaft den größten Fortschritt in der wirtschaftlichen Güterversorgung gebracht hat, mag er auch einzelnen sozialen Auswirkungen dieser Epoche ablehnend gegenüberstehen. Ebensowenig wird ein vernünftiger Wirtschaftspolitiker abstreiten, daß alle modernen Staaten in Krisenzeiten, insbesondere in Kriegen, von der Marktwirtschaft ab- und zu wirtschaftslenkenden Maßnahmen übergehen. Die Bundesregierung bereitet eben jetzt mit ihren Notstandsentwürfen ein planwirtschaftliches Rationierungssystem für den Kriegsfall vor.

Die Voraussetzung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft ist, daß Angebot und Nachfrage sich im Zustand einer latenten Ausgeglichenheit oder Ausgleichbarkeit befinden. Dazu gehören Freizügigkeit von Geld und Gütern im Innern wie über die Grenzen, unbehinderte Reagibilität der Produktionsfaktoren und

Konsumelemente und ein Mindestmaß an internationaler Zusammenarbeit. Unter diesen Voraussetzungen kann die freie Preisbildung das Angebot (Produktion) und die Nachfrage (Konsum) wie in einem System kommunizierender Röhren doppelseitig steuern. Das wird sofort klar, wenn wir uns eine geschlossene Volkswirtschaft vorstellen, die von einer Mißernte betroffen wird. Der steigende Preis kann hier nur Konsum abschalten, aber nicht die Produktion steigern, die im Jahresablauf der Natur festgelegt ist. Das freie Auspendeln der Preise bedeutet hier, daß ein Teil der Konsumenten dem Verhungern preisgegeben wird. Dieser Effekt läßt sich aufheben, indem man zur Rationierung oder zur differenzierten Einkommensabschöpfung greift. Aus diesem Grund gehen alle Staaten, wenn ihnen ein Rückgriff auf die Einfuhr versagt ist, im Fall von Mißernten, Kriegen oder sonstigen Katastrophen von der freien Marktwirtschaft ab und zu staatlich gelenkten Rationierungssystemen über. Wo die vorher genannten Voraussetzungen gegeben sind, hat sich die Marktwirtschaft als die rationellste Form des modernen Wirtschaftens erwiesen, und die meisten Staaten kehren deshalb nach Beendigung des Notstandes zu ihren Grundformen zurück.

Als der damalige Direktor für Wirtschaft bei der Zonenverwaltung in Frankfurt im Zusammenhang mit der Währungsreform schlagartig die Bewirtschaftung aufhob, bewegte er sich auf allen Gebieten der Volkswirtschaft in Fiktionen. Die Hälfte des Nahrungsmittelbedarfes und ein noch größerer Teil der lebenswichtigen Rohstoffe mußten eingeführt werden und wurden nicht durch die Preise reguliert, sondern durch die alliierten Kontrollstellen zugeteilt. Die Ausfuhr war lizenziert. Im Inland wurde die Höhe der industriellen Produktion nicht durch die Nachfrage, sondern durch das zugestandene „Industrie-Niveau" und praktisch durch die Begrenztheit der Produktionsmittel limitiert. Die Alliierten hatten der deutschen Bevölkerung ein Existenzminimum zugestanden, das durch die Weisung an die Kontrollstellen: „Vermeidung von Hungersnot und Aufruhr" nach unten begrenzt war.

Nach oben war eine unbegrenzte Nachfrage gegenüber dem beschränkten Güterangebot vorhanden. Die unmittelbare Folge der Erhard'schen Überraschungsaktion waren deshalb massive Preissteigerungen, die eine Welle heftigster Kritik am Wirtschaftsdirektor auslösten. Erhard wurde zur Militärregierung zitiert und des Verstoßes gegen alliierte Militärgesetze angeklagt. Unter seinen deutschen Kritikern befanden sich nicht nur Schuhmacher und die Gewerkschaften, sondern viele CDU-Politiker, die heute den Mythos der Sozialen Marktwirtschaft als Erfindung ihrer Partei usurpieren. Das von Erhard bei der Verteidigung seiner Politik formulierte Roepke'sche Gedankengut galt von Anfang an nur für einen engen Teilausschnitt der volkswirtschaftlichen Gleichung zwischen Einkommensbildung und kaufkräftiger Nachfrage. Selbst auf diesem Teilgebiet sind ihm bei seinen Prognosen zahlreiche Irrtümer unterlaufen, eben weil er sich in Fiktionen von gar nicht vorhandenen Voraussetzungen einer freien Marktwirtschaft bewegte. In diesem Streit des Direktors für Wirtschaft mit seinen Kritikern aus den verschiedensten Lagern haben die wechselseitigen Anschuldigungen, Behauptungen, Werturteile, Versprechungen und Gegenanklagen einen Zustand der Verwirrung geschaffen, der ein klares Urteil über die einschneidenden Umwälzungen verschleierte, die sich ebenfalls fast schlagartig in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur der westlichen Besatzungszonen vollzogen. Die quantitäts-theoretische Gleichung kann gar nichts darüber aussagen, in welcher differenzierten Schwerpunktverteilung das Einkommen zum Markt geht, und sie konnte deshalb auch die ungerechte Einkommensbildung und Verteilung des Sozialprodukts nicht verhindern, die als unmittelbares Ergebnis der Wiedereinführung der Marktwirtschaft durch den freien Preis verursacht

worden ist. Erhard hat damals eine zu hohe Ausschüttung von Kaufkraft durch die Währungsreform für die sofort nach der Freigabe des Marktes rapid steigenden Preise verantwortlich gemacht. Das ist eine Verschiebung der Verantwortung, wie sie auch auf anderen Gebieten der deutschen Politik nicht unbekannt ist. Seine Irrtümer bei der überstürzten Einführung der Marktwirtschaft hatten zur Folge, daß die ursprünglich vorgesehene Erhöhung des Umtauschverhältnisses RM/DM von 6,5% auf 10% nicht mehr durchgeführt wurde und auch die in Aussicht gestellte Schattenquote von weiteren 10% fallen gelassen werden mußte. Die Ungerechtigkeiten der Währungsreform in der Behandlung von Geldvermögen und Sachvermögen wurden dadurch weiter verschlimmert.

Die Preissteigerungen waren primär durch die Politik des freien Marktes verursacht worden; das läßt sich leicht nachweisen. Wäre die zu hohe Ausschüttung von Kaufkraft verantwortlich gewesen, dann hätte das Preisniveau einigermaßen gleichmäßig steigen müssen. Der differenzierte Anstieg der Preisskala von wenigen Prozenten bis zum fünf- und zehnfachen bei einzelnen Produkten signalisierte eindeutig den Markt als ihren Urheber. In kurzer Zeit wurde offenkundig, daß die Theorie der freien Marktwirtschaft für den Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Zustände in der Dreizone nicht aufgehen konnte, weil die praktischen Voraussetzungen dafür fehlten. Erschreckt von den ersten Ergebnissen seiner Aktion und der massierten Kritik hat der Direktor für Wirtschaft durch die Hintertür Surrogate des staatlichen Wirtschaftseingriffs wieder eingeführt, von dem er sich eben an der Vordertür mit großer Geste getrennt hatte. Das Jedermannprogramm (privilegierte Rohstoffzuteilung für verbilligte Gebrauchsgüter), Steg-Verkäufe (Abstoßung von Militärgütern in staatlicher Regie), Vorschläge für die Einfuhr von billiger Massenware oder einer Sonderbesteuerung der Warenlager gehörten zu diesen Krücken.

Aber Erhard war ein General mit „fortune", und er hatte General Clay als verständnisvollen Freund. Mobilisiert durch den angerichteten Wirrwarr und die steigende Unruhe unter der Bevölkerung entschlossen sich die Besatzungsmächte, durch eine wesentliche Erhöhung der Rohstoffeinfuhren eine Steigerung der gewerblichen Produktion zuzulassen, die Ausfuhr freizugeben und weitere Reglementierungen ihrer Kontrollstellen abzubauen, die das Funktionieren der Marktwirtschaft behinderten. In relativ kurzer Zeit kühlte das erhitzte Preisklima ab. Die Marktwirtschaft „war noch einmal davongekommen". Erhard war Sieger geblieben und triumphierte über seine Kritiker. Er hatte zwar die falsche Strategie am falschen Platz angewandt, aber die Laune des Schicksals warf ihm den Lorbeer zu. Sein Verdienst besteht darin, daß er durch seine Überraschungsaktion die alliierten Militärregierungen dazu brachte, hinterher die Voraussetzungen für das Funktionieren der freien Marktwirtschaft nachzuliefern. Es ist gut, sich dieser Bedingtheiten zu erinnern, wenn der Mythos der Sozialen Marktwirtschaft und seines Schöpfers heute die nüchterne Beurteilung der Resultate erschwert.

Die Problematik einer richtigen Dosierung der freien Marktpolitik

Wenn die praktischen Voraussetzungen für das Funktionieren der Marktwirtschaft nur zum Teil gegeben sind, ist die Frage der richtigen Dosierung ein Problem, das äußerste Aufmerksamkeit und ständige Kontrolle verlangt. Die gesamte Nahrungsmittel- und Rohstoffeinfuhr und ebenso die Ausfuhr war damals in Zusammenarbeit der deutschen Planungsstellen mit den Kontrollstellen der Besatzungsmächte jahresmäßig verplant und relativ starr. Die inländische Produktion war, abgesehen von Ernteschwankungen und zufälligen Eigenbewegungen auf weniger wichtigen Gebieten im großen und ganzen limitiert. Durch die

Ansprüche der Besatzungsmächte, die Versorgung der DP's (displaced Persons), Kapitalmangel und Kreditrestitionen waren empfindliche Einengungen des freien Marktes gegeben. Die zurückgestaute Größe des Bedarfes, die Differenziertheit der an den Markt kommenden Kaufkraft durch anormale Einkommensbildung und ihre ständige Verschlechterung durch die Preisentwicklung waren weitere Hindernisse. Sowohl an den Schnittflächen zwischen den reglementierten und freien Elementen des Marktes, wie auch an den sozialen Bruchstellen entstanden daher heftige Friktionen, denn alle Maßnahmen der Marktpolitik auf dem eingeengten Sektor des wirklich freien Marktes hatten wesentlich stärkere Ausschläge zur Folge als in einer dem Idealbild der Theorie entsprechenden echten Marktwirtschaft. Unter diesen Umständen wäre es naheliegend gewesen, daß ein Politiker, der die freie Marktwirtschaft bejaht, doch auf dem Weg zu ihrer praktischen Verwirklichung zahlreiche Schleusen einbaut, zeitliche Differenzierungen einlegt, kurzum, den Grad und das Tempo vorsichtig den gegebenen Verhältnissen anpaßt (wie z. B. in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft) und immer wieder an den entsprechenden Wirkungen einreguliert. Aber das Naturell Erhards neigt nicht zu solcher generalstäblerischen Kleinarbeit, sondern ergeht sich lieber in der Zusammenschau größerer Visionen. Das spekulative Hineinwerfen der Wirtschaft in ein Vakuum ohne sorgfältige Durcharbeitung der praktischen Voraussetzungen auf den verschiedenen Sektoren hatte verzweifelte Ähnlichkeit mit den totalen Entweder-Oder-Aktionen (Sieg oder Untergang!), denen die Deutschen in der Geschichte jeweils ihre mißlichen Zustände zuzuschreiben haben.[24])

Auf dem Ernährungssektor waren rund 50% von der Zuteilung des Einfuhrplans der Besatzungsmächte abhängig; eine freie Marktwirtschaft für die andere Hälfte der Inlandserzeugung war daher nicht möglich. Mußte man aber für den Sektor der Ernährungswirtschaft das Rationierungssystem aufrecht erhalten, dann ließ das freie Auspendeln der Preise auf dem gewerblichen Sektor eine Preisschere entstehen, die den Agrarsektor in kurzer Zeit korrumpieren mußte. Die gegensätzliche Politik des Direktors für Ernährung und Landwirtschaft und des Direktors für Wirtschaft wurde zwar durch Entscheid der Militärregierung zu gunsten des ersteren entschieden. Aber die praktischen Konsequenzen konnten dadurch nicht beseitigt werden.

Eine noch stärkere Abhängigkeit bestand auf dem Sektor der gewerblichen Rohstoffe. Die industrielle Produktion hat auf die Injektionsspritze der Geldreform und des freien Marktpreises sofort mit beträchtlichen Produktionssteigerungen reagiert. Sie wurden weitgehend von der Aufzehrung der Hortungslager gespeist, denn der freie Preis brachte keine Tonne mehr ausländische Rohstoffe herein, als die Besatzungsmächte zu bewilligen bereit waren.

Auch die Berücksichtigung des Zeitfaktors war ein wichtiges Element. Wesentliche Teile der Marktpolitik waren auf Zusagen der Besatzungsmächte aufgebaut, deren bürokratische Abwicklung Zeit in Anspruch nahm. Das galt besonders für das „Jedermannprogramm", dessen im Hinblick auf den rasanten Preisanstieg dringliches „Sofortprogramm" auf Rohstoffversprechungen beruhte, deren Verwirklichung erst in Monaten erfolgen konnte. Hier wird ein weiterer Zug der Erhard'schen Persönlichkeit sichtbar, die Unzulänglichkeiten seiner Theorien oder der wirtschaftspolitischen Praxis durch publizistisch einprägsame „Programme" (Jedermannprogramm, Sofortprogramm, Volksaktienprogramm, Deutsches Gemeinschaftswerk usw.) zu überspielen.

---

[24]) Der Bundeskanzler gilt in der öffentlichen Meinung als „schwer mit Entschlüssen ringend". Er verbindet damit die deutsche Neigung zum „Durchbruch nach vorne", wie dieses und andere Beispiele zeigen (z. B. Arabienkonflikt).

Die praktischen Auswirkungen auf die Gesellschaftsstruktur

Zwei Erscheinungen waren nach der Geldreform und der Aufhebung der deutschen Bewirtschaftung für jedermann eindrucksvoll sichtbar. Das schlagartige Verschwinden der Käuferschlangen und des Schwarzmarktes einerseits und die Steigerung der gewerblichen Produktion, verbunden mit einer Erhöhung der individuellen Arbeitsleistung andererseits. Darüber hinaus hat der Fortfall der Fesseln bürokratischer Zwangswirtschaft materiell und psychologisch eine fühlbare Erleichterung mit sich gebracht. Die rasche Erhöhung der Produktion war eine unbestreitbare Folge der freien Marktwirtschaft. Aber die Produktionssteigerungen wurden zunächst hauptsächlich durch die Auflösung der Hortungslager ermöglicht und erst später durch Rohstoffeinfuhren aus den ERP-Programmen der Marshallhilfe, d. h. aus der Revision der Planziffern der Besatzungsmächte sanktioniert. Auf einigen Gebieten der auslandsunabhängigen Erzeugung, wie bei Kohle, Eisen, Baustoffen usw. sind sofort dauerhafte Produktionssteigerungen eingetreten.

Weniger offensichtlich waren die negativen Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Gesamtorganismus. Die Politik des Auspendelns der Preise hat, da die Voraussetzungen eines wirklich freien Marktes nicht gegeben waren, Verhältnisse in der Preis- und Gewinnstruktur der Unternehmungen ermöglicht, die weder durch die Kaufkraftdosierung der Geldreform noch durch Angleichung an das internationale Preisniveau oder durch interne Kostenfaktoren (Löhne) verursacht worden sind. Das läßt sich leicht nachweisen, einmal weil keine gleichmäßige, sondern höchst differenzierte Preissteigerungen erfolgt sind; zweitens, weil sie zum Teil weit über das Weltmarktniveau hinausgingen, und drittens, weil die Preisentwicklung der Vorprodukte als Kostenfaktoren sich nur mit einem Bruchteil der Preissteigerungen der Fertigerzeugnisse kalkulierte. Diese Preissteigerungen haben damals nicht nur das Realeinkommen weiter Schichten unter das Lebensminimum herabgedrückt, sondern auch zwischen den reglementierten und den freien Kosten- und Preiselementen (Agrarwirtschaft — Industriewirtschaft — Löhne — Handelsspannen usw.) Diskrepanzen entstehen lassen, die das gesamte Marktbild in Unordnung brachten, ohne daß die erwünschte „Preiswahrheit" als Element der Marktwirtschaft erreicht wurde. Daß die in die Enge getriebene Frankfurter Wirtschaftspolitik zur Rettung ihrer Gesamtkonzeption zu planwirtschaftlichen Surrogaten und den volkswirtschaftlich anfechtbaren Mitteln der Einfuhr billiger Schundware aus dem Ausland oder der Sonderbesteuerung der Lager greifen wollte, habe ich bereits erwähnt. Der Wirtschaftsrat hat damals ein hohes Maß an wirtschaftlicher Einsicht bewiesen, als er sogar mit den Stimmen der Linken diesen Verzweiflungsakt einer verfehlten Spekulation ablehnte.

Über das fragwürdige Instrument der freien Preisbildung in einer in ihren wichtigsten Produktionsfaktoren noch gebundenen Wirtschaft ist eine Umschichtung der Einkommen und der kaufkräftigen Nachfrage eingeleitet worden, welche den Pauperisierungsprozeß der Masse der Bevölkerung noch verstärkt hat. Geldreform und Marktpolitik zusammen haben damals in wenigen Monaten eine Expropriation der breiten Massen im Sinne Marx-Engels'scher Kritik und eine ebenso sinnlose Bereicherung und Konzentration der Zirkulationsmittel in Händen einer relativ kleinen Schicht herbeigeführt, die unter normalen Umständen undenkbar gewesen wäre. Bei diesem Prozeß ist nicht die durch den Krieg verursachte und durch den Geldüberhang verschleierte Verarmung des deutschen Volkes nur offengelegt (wie die Verteidiger der Frankfurter Wirtschaftspolitik damals behaupteten), sondern ein neuer Verarmungsprozeß der abhängigen Schichten eingeleitet worden, der durch nachträgliche Maßnahmen der Steuer-

oder Lastenausgleichspolitik nicht zu korrigieren war. Die „Handelsspanne" und die „Gewinnspanne" der Unternehmungen beherrschten in dieser Phase das Schlachtfeld der Wirtschaftspolitik. Dieser rigorose Ausbeutungsprozeß war nur möglich, weil die Besatzungsmächte für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung sorgten.[25]) Die schlagartige Umschichtung des Geldbesitzes und insbesondere die Konzentration der Kapitalbildung in einem engen Kreis, in dem rotierend die Preise und Gewinne sich steigerten, charakterisieren den Ausgangspunkt und die Initialzündung jener einmaligen Situation, die ich im I. Abschnitt dieser Untersuchung erwähnt habe. Eine Schätzung, daß in der Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft die Unternehmergewinne zeitweise 50% des Sozialprodukts an sich zogen, dürfte nicht übertrieben sein. Vor einem Jahrzehnt waren es noch etwa 30%, und heute liegt das Verhältnis bei 20%. Die Relation von Nettolöhnen und Gehältern zu den Gewinnen der Unternehmungen hat sich von vielleicht 50 zu 50 1948/49 auf 60 zu 40 1955 und etwa 70 zu 30 heute verbessert. Daß die Soziale Marktwirtschaft sich von dem Gesetz, nach dem sie damals angetreten ist, bis heute nicht lösen konnte, ist in den Abschnitten über Kapital- und Eigentumsbildung und das Steuereinmaleins dargelegt worden. Ludwig Erhard hat damals die Weichen gestellt, die in letzter Konsequenz dazu führten, daß der Bonner Staat zur Republik des Großkapitals geworden ist. Es ist angebracht, an diese prekären Ausgangsverhältnisse zu erinnern, wenn die Legendenbildung um das „deutsche Wirtschaftswunder" heute die Zustände von damals heroisiert und den Mythos des „Vaters der Sozialen Marktwirtschaft" zum Beweis der Kurzsichtigkeit seiner Gegner im parteipolitischen Kampf mißbraucht.

25) Die Alliierten waren sich dieser Folgen des Erhard'schen Alleingangs durchaus bewußt und suchten sie durch eine exzessive Steuerprogression (bei hohen Einkommen und Vermögen praktisch bis zu 100%) abzufangen. Die Bundesregierung hat die Steuerprogression der Spitze wesentlich abgemildert, die hohen Gewinnspannen aber unberührt gelassen.

Prof. Dr.-Ing. John E. Ullmann, Hempstead, N. Y.

Probleme der Automation in den USA

Die Furcht vor den Folgen der Automation ist seit einigen Jahren, besonders in den Vereinigten Staaten, die den größten Fortschritt auf diesem Gebiete verzeichnen können, im ständigen Ansteigen begriffen. Es handelt sich nicht nur um die naheliegende Furcht vor der Arbeitslosigkeit, sondern man sorgt sich auch vor allem um die Qualität und Bindungskraft der dann noch verbleibenden Arbeit, man befürchtet eine drastische Reduktion der menschlichen Beziehungen und die Möglichkeit einer automatischen Beschränkung unserer bürgerlichen Freiheiten. Die Statistiken sind gewiß erschreckend. Der Annual Manpower Report des Präsidenten an den Kongreß des Jahres 1965 schätzt, daß die Wirtschaft bis zum Jahre 1970 9 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen muß. Diese Arbeitsplätze sollen zum Teil den Zustrom von Arbeitern zwischen 20 und 24 Jahren, der insgesamt 2,8 Millionen ausmacht, aufnehmen. Die restlichen benötigten 6,2 Millionen Arbeitsplätze sollen den Rückgang in der Beschäftigtenzahl ausgleichen, der auf die ständige Verbesserung der Produktionsmethoden und damit im wesentlichen auf das Wachstum der Automation zurückzuführen ist. Dies heißt,

daß eine Rekord-Zuwachsrate der Wirtschaft durchgehalten werden müßte, wenn man diesen Zielen irgendwie näher kommen will, und die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß das sehr unwahrscheinlich ist. Die amerikanische Arbeitslosigkeit steht jetzt nahe bei fünf Prozent, und selbst die Verwirklichung der oben erwähnten ehrgeizigen Zielsetzungen würde sie nur auf ‚tragbare' drei Prozent reduzieren. Niemand hier bei uns glaubt an eine ‚Überbeschäftigung', wie sie in einigen europäischen Industrieländern mit Hunderttausenden von Gastarbeitern existiert.

Inzwischen haben die Erfahrungen bestimmter Industrien bewiesen, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Umschulung für viele Facharbeiter sehr schwierig ist und daß jene, die den Arbeitsplatz verloren haben, sich oft mit einer langen Arbeitslosigkeit, beträchtlichen Einkommensverlusten oder überhaupt dem Ende jeder Beschäftigungsmöglichkeit abfinden müssen.

Die US-Bundesregierung hat durch die Area Redevelopment Administration und andere Behörden zur Schaffung neuer Arbeitsplätze vorzüglich ausgearbeitete Planungen in Gang gesetzt, aber die Ergebnisse waren meistens nur mager, und vor allen Dingen gab es keine Garantie, einen Arbeitsplatz zu finden, sobald die Ausbildung beendet war. Es hat viel Mühe gekostet, bis die Staats- und Bundesparlamente Gesetze verabschiedeten, die es jedem während der Zeit der Umschulung ermöglichten, Arbeitslosenunterstützung zu beziehen. Vorher konnte ein Arbeiter, solange er umgeschult wurde, keinen Anspruch auf diese Bezüge erheben, weil er ja in dieser Zeit „nicht bereit und in der Lage war, zu arbeiten". Die gegenwärtige Situation stellt eine Verbesserung dar, trotzdem aber muß sich ein Arbeiter in dieser Zeit der Umschulung mit einem sehr geringen Einkommen begnügen, ohne Gewißheit zu haben, daß am Ende dieser Ausbildungszeit ein guter Arbeitsplatz auf ihn wartet.

In einigen Fällen wurden die Störungen auch dadurch hervorgerufen, daß Großfirmen eine alte Fabrik in einem Gebiet schlossen und in einem anderen eine neue eröffneten. Das Problem des sogenannten ‚runaway shop' wurde so den bereits sehr durcheinander geratenen örtlichen Wirtschaften hinzugefügt. Die auf diese Weise im Stich gelassenen Gemeinden konnten in einigen wenigen Fällen neue Industrien anziehen. In den meisten aber, besonders in den Kohlenrevieren des Nordostens und in den südlichen Gebirgen, gehörten die neu hinzuziehenden Firmen der Leichtindustrie an, die in der Hauptsache nur den Frauen Arbeitsplätze bieten konnten. Für die Männer geschah wenig, und so entstand in oft sehr patriarchalischen gesellschaftlichen Strukturen eine überaus schwierige Lage.

Oberflächlich gesehen, scheint der Schuldige die Automation zu sein. Es ist jedoch notwendig, diese Behauptung näher zu untersuchen: Ist die Automation oder Kybernation oder Mechanisation wirklich die Hauptursache dieser umsichgreifenden Störungen? Ist die offenkundige Unfähigkeit, mit diesen Problemen fertig zu werden, vielleicht Teil einer viel größeren sozialen und politischen Inkompetenz? Wenn das der Fall ist, dann zielen die Kuren zur Heilung unserer sozialen Übel, die sich in erster Linie mit der Automation und verwandten Phänomenen befassen, am Kern des Problems vorbei. Besonders sind da die vielen Vorschläge zu erwähnen, die zumindest auf der Ebene des Existenzminimus Arbeit und Einkommen voneinander trennen wollen und damit im Effekt den Versuch aufgeben, für einen großen Teil der Bevölkerung eine nützliche Arbeit zu finden. Die Realität der Dinge jedoch läßt vermuten, daß solche extremen Maßnahmen keine Antwort auf unsere gegenwärtige Situation sind und eigentlich nur zu jener fernen ‚voraussehbaren Zukunft' gehören, die von Sir George Thomson, Harrison Brown und, man ist versucht hinzuzufügen, Aldous Huxley beschrieben worden ist. In der Tat verzichtet man auf jede praktische Lösungsmög-

lichkeit in unserer institutionell sich langsam bewegenden Gesellschaft, wenn man die Fragestellung so radikal begreift und alle unsere technischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Mängel zu einem einzigen großen schreckenerregenden Problem verschmilzt. Selbst wenn man die Automation als ein für sich stehendes Subproblem auffaßt, fragt es sich, ob dieses überhaupt lösbar ist. Insbesondere: müssen andere Industrieländer mit ähnlichen Folgen rechnen, wenn sie sich umfassender automatisieren?

Die Antwort auf diese Frage wird ein Nein sein, dies hauptsächlich, weil das amerikanische Problem auch einen spezifisch amerikanischen Inhalt hat. Es handelt sich bloß darum, eine massive Fehlleitung sowohl von finanziellem als auch intellektuellem Kapital in Ordnung zu bringen. Die Vereinigten Staaten können sich heute nicht in bis zur Grenze des Erträglichen aufgeblähten Verteidigungs- und Raumfahrtbudgets verströmen und dabei noch hoffen, halbwegs angemessen mit ihren sozialen, wirtschaftlichen und technischen Problemen fertig zu werden. An sich sind die meisten Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mängel zumindest theoretisch in einem ähnlichen institutionellen Rahmen wie dem unsrigen möglich.

Gegenwärtig ist der ‚Preis des Fortschritts', den wir bezahlen, nicht auf eine strukturelle Unvermeidlichkeit zurückzuführen, sondern eher darauf, daß wir dem Problem und den Geburtswehen der Automation, der Armut, den ökologischen Schäden, den sozialen und psychologischen Störungen und anderen Gebrechen der Zeit zu wenig Gedankenarbeit und materielle Mittel widmen. Unsere heutige Inanspruchnahme durch ausländische Verwicklungen verbraucht so viele unserer Hilfsmittel, daß einfach nicht genug vorhanden ist, um diesen anderen sehr wichtigen Problemen der sozialen Planung Genüge zu tun.

Es handelt sich wortwörtlich um einen physischen Mangel. Die fehlenden Hilfsmittel sind genau die Planer, die Ingenieure, die Sozialwissenschaftler, die man brauchen würde, um eine gesunde Gesellschaft aufzubauen. Es ist nicht eine Frage der volkswirtschaftlichen Rechnung oder Verteilung, sondern des Fehlens der Fachleute, um eine nützliche Arbeit für die Arbeitslosen und Unterbeschäftigten zu schaffen. Das ist eine erst vor kurzem eingetretene Entwicklung, die Professor Seymour Melman mit dem Ausdruck ‚Verströmung' (depletion) bezeichnet hat. Wie er in seinem in Kürze erscheinenden Buch ‚Our Depleted Society' bemerkt, gab es bis 1960 in unserer Volkswirtschaft eine nachweisbare ‚Reservekapazität', die sich zu zusammenhängenden Industrie-Unternehmungen organisieren hätte lassen. Die maßlose Erzeugung strategischer Waffen, um die vermeintliche ‚Raketenlücke' zu stopfen, hat — zusammen mit dem Raumfahrtprogramm, das auch einen militärischen Akzent besitzt — einen wesentlichen Bestandteil dieses potentiellen Überschusses beseitigt: Zusammen mit den dort bereits beschäftigten Kräften hat dieses Programm zwei Drittel aller Ingenieure und Wissenschaftler für sich eingekauft und somit die schöpferische Kraft und hochstehende Leistung, die allein eine beschäftigungslose und oft schlecht ausgebildete Masse von Arbeitern in eine produktive industrielle Arbeitskraft verwandeln kann, umgeleitet.

Unter solchen Umständen übt die Automation eine zerschmetternde Wirkung aus, weil es an Fachkönnen fehlt, um mit dem verständlicherweise komplexen aber lösbaren Problem der industriellen Veränderung fertig zu werden. Gewiß gibt es für das heutige Gefühl der Hilflosigkeit vor dieser Entwicklung keine t e c h n i s c h e n Gründe. Es stimmt zum Beispiel nicht, daß die Automation sich einfach unbegrenzt ausdehnen und weiterhin wie bisher Arbeitsplätze verschlingen wird. Im Gegenteil sind die technischen Begrenzungen der Automation nur zu sehr sichtbar.

Die Automation beeinflußt drei Hauptgebiete: die Produktionsmittelerzeugung, die Büroarbeit und die Dienstleistungen. Im modernen Zusammenhang der Fabrik-

arbeit ist sie nur das Endprodukt einer technischen Entwicklung, die seit dem Beginn des Maschinenzeitalters andauert. Das neue Element liegt darin, daß die Maschinen selbst kontrollieren können, um immer kompliziertere Aufgaben zu erfüllen. Noch besser: viele Maschinen können das Erzeugnis prüfen und sich selbst darauf einstellen, gewünschte Leistungsmerkmale des Produkts zu erzeugen oder aufrechtzuerhalten. Gewisse Werkzeugmaschinen, chemische Prozesse und Kraftwerke werden gerne durch „geschlossene Kreissysteme" dieser Art dirigiert.

Der potentielle Verlust an Arbeitsplätzen muß jedoch realistisch gesehen werden. Solche ausgefeilte Kontrollmechanismen stehen erst am Ende einer Entwicklungskette und nachdem lange Zeit hindurch eine viel weniger komplexe Ausrüstung verwendet worden ist. Als man zu diesen weniger fortgeschrittenen Methoden überging, wurden in jedem einzelnen Fall wahrscheinlich einige Arbeitsplätze aufgesaugt. Zur Zeit, als nun die „geschlossenen Kreissysteme" in Anwendung kamen, betrafen sie verhältnismäßig wenige Arbeiter, weil viele andere bereits im vorhergehenden Lauf der Entwicklung verdrängt worden war. Das neue System konnte wirtschaftlich deshalb auch nicht allein als arbeitssparendes Mittel gerechtfertigt werden, sondern mußte vielmehr andere Vorteile aufweisen, wie eine Verbesserung des Ausstoßes und der Qualität der Produkte. In jedem Fall sollte man nicht in unangemessener Weise über die Beseitigung von vielen Arbeitsplätzen in diesen letzten Stadien der Automation klagen. Viele von ihnen waren nichts anderes als die schlimmste Sklaverei am Produktionsband, und die neuen Kontrollsysteme kehrten wirksam einen Trend zum unterirdischen Helotentum um, wie ihn Fritz Lang in seinem Buch „Metropolis" beschrieben hat.

Es ist übrigens für den Erzeuger industrieller Automationsausrüstung keinesfalls leicht, ein kommerziell erfolgreiches Produkt zu entwickeln. Es gibt typischerweise nur wenige Anlagen von jeder Art — so zum Beispiel weniger als 1500 Foundrinier-Papiermaschinen in den ganzen Vereinigten Staaten und Kanada, so daß die Entwicklungskosten für spezielle Kontrollsysteme auf verhältnismäßig wenige Einheiten umgelegt und amortisiert werden müssen. Bezeichnend ist, daß die parallelen Entwicklungen der konkurrierenden Firmen die Kosten pro Einheit noch weiter erhöhen. Deshalb muß ein solches System tatsächlich substantielle Produktionsvorteile bieten, bevor es wirtschaftlich zu rechtfertigen ist, und dies ist, wie oben gesagt, allein durch Einsparung von Arbeitsplätzen nicht mehr möglich.

Die Automation der Büroarbeit ist in den Vereinigten Staaten bereits soweit fortgeschritten, daß mehr Großrechenanlagen in Verwendung sind, als es Büros mit mehr als 50 Angestellten gibt. Die meisten der in einem großen Ausmaße anfallenden einfachen Büroarbeiten, wie Lohnzahlungen, Aufforderungen zur Erneuerung der Versicherungspolicen, Schecksortieren, Produktions- und Vorratsregistrierung, sind schon seit langem automatisiert. Trotzdem sind wir aber noch weit von jener Art mathematischer Modelle entfernt, die generell als Instrumente der Unternehmensleitung einsetzbar sind. In der Tat sperren sich zum Beispiel selbst einige elementare Probleme der Arbeitsplanung immer noch gegen eine wirtschaftlich tragbare automatisierte Lösung. Die Rechtfertigung der Büro-Automationssysteme muß oft auf Faktoren jenseits der Arbeitseinsparung, so auf die Notwendigkeit umfassender und schnellerer Information, auf die Reduzierung der Geschäftsrisiken und auf die optimale Ausnützung der Hilfsquellen zurückgreifen. Die Sammlung solcher Informationen würde selbst ohne zeitliche Begrenzung eine physisch unmögliche Aufgabe gewesen sein. Es sind damit also keine Menschen verdrängt worden. Trotz alledem ist aber zweifellos eine gewisse Sorge berechtigt, weil in den vergangenen Jahrzehnten der Rückgang der Produktionsarbeiter durch einen Anstieg der Beschäftigten in den Büros wettgemacht wurde.

Selbst wo eine Massenarbeitslosigkeit vermieden werden kann, entsteht oft ein Absinken künftiger Beschäftigungsmöglichkeiten, sobald einmal ein Büro-Automationssystem eingerichtet worden ist.

Schließlich gibt es die Automation der Dienstleistungen. Außer für einige verwandte Büroarbeiten ist die Automation der Dienstleistungen schon fast der Definition nach unmöglich, weil Dienstleistung letztlich bedeutet, daß der Mensch dem Menschen dient. Was tatsächlich in das Dienstleistungsgewerbe einschneidet, ist nicht seine Automation, sondern das V e r s c h w i n d e n ganzer Dienstleistungen. Der altmodische Verkäufer im Krämerladen ist verschwunden, ohne daß ihn eine Lochkarte abberufen hätte. Vielmehr wurde er durch den Kunden selbst ersetzt. Man hat gesagt, daß man dies darauf zurückführen könne, daß die Leute nicht mehr diese Art der menschlichen Aufmerksamkeit verlangen, aber diese Ansicht zieht erstens nicht in Betracht, daß es den Ladenverkäufer hauptsächlich seit den Einberufungen des Zweiten Weltkrieges nicht mehr gibt, und zweitens, daß eine Gesellschaft, die „das macht 29 Cents, bitte schön" für einen bedeutenden menschlichen Kontakt hält, schon recht verwirrte Vorstellungen vom „menschlichen Kontakt" haben muß.

Auf einigen Gebieten zeigt sich bereits auch die Begrenzung der Automation. Seinerzeit glaubte man, daß die neuen Techniken des Selbstunterrichts den erhöhten Bedarf an Lehrkräften weitgehend senken, ja die Lehrer vielleicht wie so viele Produktionsarbeiter ganz ersetzen können. Aber es wurde bald klar, daß man das meiste nicht lehren kann, indem man auf Knöpfe drückt, und daß noch keine Maschine erfunden wurde, die auch nur die stalistische Qualität eines einzigen Satzes beurteilen könnte. Die optimistischen Hoffnungen auf diesem Gebiet sind zerronnen. Heute wird allgemein zugegeben, daß die Maschinen nur einige Aspekte des Lehrens verbessern können, insofern, als audio-visuellen Hilfsmitteln im allgemeinen eine größere Bedeutung in der Erziehung zukommt. Die Erfahrungen anderer Sachgebiete auf die Automation der Dienstleistungen zu projizieren, ist somit offensichtlich absurd.

Im übrigen kann es sich keine große Industrienation leisten, ihr wirtschaftliches Wachstum allein auf eine Vermehrung der Dienstleistungen abzustellen. Was in Wirklichkeit geschehen muß, trägt genau gegenteiligen Charakter, insofern, als es sich um produktive Aufgaben wie den Aufbau von Gemeinden, von Industrien und die Erschließung landwirtschaftlicher Böden handelt. Zu den Übeln, die beseitigt werden müssen, gehört zum Beispiel eine krasse physische Verschlechterung der Lebensbedingungen in allen unseren Städten, die von einem hemmungslosen Anwachsen der Slums bis zur Luftverschmutzung und unzulänglichen Wasserversorgung reicht. Was die Industrie angeht, so haben die Vereinigten Staaten heute die älteste maschinelle Industrieausrüstung unter allen größeren Industrieländern. Die Vernachlässigung der Forschung auf vielen Gebieten, in denen die Vereinigten Staaten einst führend waren, haben zum Ergebnis, daß die Neuerungen in Europa und Japan gefunden werden. Dieses Absinken in der Erzeugung neuer Produkte und der Qualität der Ausrüstung macht es der amerikanischen Industrie, mit Ausnahme einiger weniger hervorragender Firmen, wachsend unmöglich, im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Schließlich existiert auch eine Minderung der menschlichen Arbeitskraft, die sich in einer Verschlechterung der Gesundheitsfürsorge und dem Vorhandensein massiver psychologischer Schäden bei einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung äußert.

Es ist ganz klar, daß die Lösung einer solchen Vielzahl von Problemen ungelernten und Facharbeitern sowie den Angehörigen geistiger Berufe auf vielen Gebieten, so der Städteplanung, der Bodenverbesserung, der Sozialarbeit, den Wissenschaften vom Leben, der Technik (besonders solch neuer Gebiete wie der

Bio-Technik, die sich mit der menschlichen Ökologie befaßt) und dem ganzen Spektrum der Sozialwissenschaften, Betätigungsmöglichkeiten geben würde. Sie würde auch die Mitarbeit vieler Menschen erfordern, die heute in den Büros der militärischen Industrien und ihrer Zubringerfirmen eingesetzt sind, weil Arbeiten der oben erwähnten Art eine Konzentrationskraft zur Voraussetzung haben, die gerade bei diesen Menschen zu vermuten ist. Tatsächlich hat man in Kalifornien einige vorbereitende Versuche gemacht, arbeitslosen Waffeningenieuren Aufgaben im Rahmen der Gemeinde-Planung zu stellen. Natürlich ist der Umschulungsprozeß nicht leicht, vor allem für Leute, die in ihrer früheren Tätigkeit im allgemeinen jedes Kostenbewußtsein vermissen ließen.

Der springende Punkt dieser Umorientierung der nationalen Ressourcen ist natürlich, daß sie sowohl militärisch tragbar als politisch notwendig ist. Von einem militärischen Gesichtspunkt kann sie gerechtfertigt werden, weil die so oft demonstrierte Overkill-Kapazität es unnötig macht, immer noch mehr Waffen zu erzeugen. Politisch ist sie wesentlich, weil es inzwischen offenbar wurde, daß viele innere Probleme der Vereinigten Staaten nun den nationalen Krisenpunkt erreicht haben.

Der Senator J. W. Fulbright ist beredt für diese Auffassung eingetreten. In seiner Rede vom 3. April 1965 beklagte er die übermäßige Beanspruchung der Amerikaner durch außenpolitische Probleme und schlug vor, sich stärker um die inneren Fragen zu kümmern. Er verglich die Vereinigten Staaten mit einem Mann, der so mit Gemeindeangelegenheiten beschäftigt ist, daß seine eigenen Kinder dabei verwahrlosen und sein Haushalt durcheinander gerät. Seine Ansichten sind von schlecht informierten Kritikern und von jenen, die ideologisch so auf die Aufrechterhaltung der Weltspannungen eingeschworen sind, daß sie sie zur Stütze ihres Widerstandes gegen jede soziale Aktion und Besserung verwenden, als neo-isolationistisch bezeichnet worden.

Es ist ganz klar, was daraus für die anderen Industrieländer folgt. In den letzten Jahren haben viele von ihnen einen hohen Grad an innerer Prosperität erreicht. Trotzdem wäre es kaum richtig, diesen Wohlstand nur an den Verkaufsziffern zu messen. Es existieren vielmehr ähnliche Sanierungsprobleme, einschließlich des Bedarfs einer umfassenden Erneuerung des Wohnungsbestandes über die Anforderungen des Nachkriegsaufbaues hinaus. Auch die sozialen Fragen des modernen Lebens verlangen zweifelsohne Beachtung, wenn auch nicht in der gleichen Art und im gleichen Umfang wie in den Vereinigten Staaten. Jedes Land hat praktisch eine „Wunschliste", deren Erfüllung nicht davon abhängen sollte, was die militärischen Ausgaben übriglassen.

Das amerikanische Automationsproblem ist deshalb so schwierig, weil die hohen Verteidigungslasten und das Absaugen der wissenschaftlichen Begabungen es unmöglich machen, es richtig anzupacken. So liegen die Dinge. Philosophische Spekulationen über die ferne Zukunft der Automation, über das Problem der Freizeit und den intellektuellen Anreiz der Arbeit mögen interessant und lohnend sein, aber sie zielen an der Hauptsache vorbei. Sie sind in der Tat ein falscher Alarm, während die wirkliche Schwierigkeit anderswo liegt.

Die wissenschaftliche Begabung und die materiellen Grundlagen der Industrie sind die zwei großen Aktiva der modernen Industriegesellschaft. Können beide mit Intelligenz und Phantasie eingesetzt werden, dann werden die laufenden Probleme der Gesellschaft eine Lösung finden oder zumindest beherrschbar werden. Andererseits: wenn die Früchte beider Kräfte in den Raum geschossen oder in Raketensilos vergraben werden, dann werden wir als direkte und unvermeidliche Konsequenz selbst dem einfachsten Problem hilflos gegenüberstehen.

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

v. Hassel und die „Linksprotestanten"

Bundesverteidigungsminister Kai Uwe von Hassel ließ am 23. Juni die Bonner Redaktion des Evangelischen Pressedienstes wissen, daß in seinem Ministerium ‚große Mengen von Zuschriften' zu seiner Rede vom 29. Mai eingingen. Damals hatte v. Hassel zum Abschluß einer Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in einer unter Christen ungewöhnlichen Form jene ‚Männer der Kirche' angegriffen, die der Konzeption der gegenwärtigen Regierung nicht zu folgen vermögen. 85 % der Zuschriften hätten sich, nach dem Minister, zustimmend geäußert. Über diese Mitteilung wird man sich Gedanken machen müssen, weil sie in einem so auffallenden Gegensatz zu dem öffentlichen Echo steht, das jene Rede erfuhr. Zahlreiche Kommentare und Leserbriefe in Zeitungen und Zeitschriften warfen dem Minister zumindest große Mißachtung des demokratischen Stils vor. ‚Unsere Kirche' schrieb: ‚Eine solche Terminologie schließt das offene Gespräch, um das es Christen in der Politik um der Wahrheit willen gehen sollte, von vornherein aus'; der Ratsvorsitzende der EKD, Präses D. Kurt Scharf, warnte in seiner Pfingstpredigt davor, ‚Christen, die aus Sorge um den Frieden Entspannung fordern und auf ihre Weise Wege des Ausgleichs suchen, in öffentlicher programmatischer Rede als ‚Gehilfen des Antichrist' hinzustellen'; Kirchenrat Dr. Rolf-Peter Callies verurteilte es im Norddeutschen Rundfunk, daß von Hassel in seiner Rede die Kirche ‚als moralische Stütze der Landesverteidigung und Faktor psychologischer Kriegsführung mißbraucht' habe, und der nachstehende Kommentar eines anderen evangelischen Sprechers wurde am 4. 6. vom Sender Freies Berlin gesendet. In solchen öffentlichen Äußerungen dürfte man der Reaktion auf die Spur kommen, die der Minister bei seinen Glaubensgenossen hervorrief. Inzwischen hat er jedoch, in einer kaum christlichen Unfähigkeit, die Schuld seiner ‚demagogischen Ausfälligkeiten' (Süddeutsche Zeitung am 2. 6. 65) zurückzunehmen, zu diesen ihm außerhalb der privaten Zuschriften zugegangenen Protesten erklärt: das Ganze sei ein Mißverständnis, seine Rede sei nicht theologisch, sondern politisch gemeint gewesen. Wir vermissen nur die Bibelstelle. Irgendwo muß es Jesus ja gesagt haben: Du sollst deinen Bruder getrost einen Handlanger des Teufels nennen, Hauptsache du machst ihm deutlich, daß du theologisch sprichst, zu deutsch, daß du dich auf Gott beziehst.

Mit einem feinen Gefühl für die Schußfestigkeit von Porzellan hat sich der Herr Bundesverteidigungsminister um den Nachweis bemüht, wie er die von ihm erneut proklamierte Abschreckungsmethode auch innenpolitisch und innerkirchlich angewandt sehen möchte. Ohne Zweifel hat er nur das Edelste in seinen Zuhörern aufrühren wollen, als er der Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU einen so feinsinnigen Abschluß gab und endlich einmal wieder, wie wir es seit langem wünschen, zwischen Freund und Feind in unserm Vaterlande klaren Tisch machte und den staatszerstörenden Elementen in unserm braven Volk schmetternd den Kriegsmarsch blies. Es muß die Meinung dieses Ministers sein, daß sich der Mensch unserer Tage, der Demokrat dieses Landes, der Mann, der diesem Jahrhundert endlich auch friedliche Leistungen anwünscht, in seinem Besten engagiert sieht, wenn so zu ihm geredet wird. In der Tat, dort ist der mitmenschliche Geist beschworen, den wir der kommenden Generation neben unsern Sozialwohnheimen weitergeben möchten, wo wir uns der Mühe des Argumentierens entheben und in dem urdeutschen Stolz auf mutige Handlungen den abwesenden Gegner auffordern, sich die Brust freizumachen, um die Dolchstöße unserer Pauschalurteile zu empfangen. So sah sich denn der Demokrat dieses freien Staates am Ziel seiner Wünsche, als er den einst mit heißem Bemühen um Fortschritt in sein Amt gehobenen Minister in einer denkwürdig bleibenden Samstagsrede die christlichen Gegner seiner militärischen Konzeption als ‚schizophren' und nahezu unverblümt als ‚Landesverräter' bezeichnen hörte. Fanatismus und Zerstörungswut leite sie, und der Boykott der freien rechtsstaatlichen Demokratie sei ihre Absicht, rief der Festredner aus, selbstmörderisch gingen sie als Parteigänger eines Gegners, in dem man nur den Antichrist selber sehen könne, gegen die Werte an, die zu verteidigen ihre Pflicht wäre.

Es ist erhebend, einen Herrn dieser Posi-

tion sein demokratisches Gewissen so angestrengt kultivieren zu sehen, und tröstlich, gerade unseren Verteidigungsminister weit ab von der irren Vorstellung zu wissen, es könnten sich jene abendländischen Werte, zu deren Verteidigung er Schrecken verbreiten möchte, in Luft auflösen, wenn sich Intoleranz hierzulande wiederum so vollmundig geben kann.

Aber jene Bonner Vorlesungsstunde ist nicht nur damit bezeichnet, daß hier das Porzellan demokratischer Fairness zerschlagen wurde und daß sich dadurch gerade auch der Freund gegenwärtiger Verteidigungsbemühungen desavouiert sehen muß. Das wäre möglicherweise dem Wahlkampf zugute zu halten, der es den Versammlungsrednern schwer macht, sich von ihrer besten Seite zu zeigen. Das hätte man darum auch übergehen können. Aber es wurde hier denn doch etwas ganz Neues geleistet, insofern nämlich, als es seine eigenen christ-protestantischen Brüder waren, denen der Bruder Kai Uwe den Zapfenstreich schlug.

Gegen bestimmte unbelehrbare Laien, Pfarrer, Theologen und Kirchenpräsidenten richtete sich die Vernichtungsaktion. Wenn es schon sonst Menschen geben mag, die nicht begreifen können, was die Regierungsparteien wollen, Christen sind in solchem Falle nicht zu entschuldigen. Diese seine Mitbrüder rückte der Herr Minister durch die Prägung des neuen Namens „Linksprotestanten" in die Nähe dessen, was hierzulande staatsbürgerlich suspekt ist. Eine solche Nomenklatur kann nur bedeuten, daß sich der Sprecher selber als „Rechtsprotestant" empfindet. Aber rechts wovon?, links wovon? Soll die Christenheit nach den politischen Konzeptionen aufgespalten werden? Aber sie kann sich, ob sie rechts oder links steht, immer nur zu ihrer Mitte, zum Evangelium zurückrufen lassen. Und von ihm wird gesagt werden müssen, daß es zum Thema Krieg und Frieden manches Beunruhigende zu sagen hat. Ob man daraus Folgen zieht oder sich davon praktisch dispensiert, hat theologische Voraussetzungen, die in der evangelischen Kirche von heute noch längst nicht ausdiskutiert sind. Man sollte dieser Diskussion aber ihre Ehre erweisen und die Männer der anderen Position, die nach ihrem Gewissen handeln wie Minister auch, nicht in den Winkel der bösen Buben stellen.

Dagegen helfen jedenfalls keine Samstagsreden und keine pauschalen Beschimpfungen: so wenig mancher bundesdeutsche Patriot des dritten Jahrzehnts dafür Verständnis aufbringt, vollends der Christ kann es nicht übersehen. Noch immer gibt es unter uns diese Toren, die unbelehrt durch den Ausgang zweier Weltkriege im Ernst meinen, daß Jesus der Menschheit einen Fortschritt ermöglicht haben soll über die Methoden hinaus, mit denen sich Cro Magnon und Neandertaler gegenseitig den Garaus machten; sie glauben gar, daß dieser junge Staat nach dem Kriege um dieses Krieges willen die Aufgabe gehabt hätte, zwischen den Fronten zu bleiben, in einem eigenen Raum der Versöhnung. Und leider sind es auf diesem politischen Felde Toren dieser Art heute allein, die uns zeigen, daß Demokratie nur dort sein kann, wo es Entscheidungen, wo es Wahl und Wagnis zwischen verschiedenen Konzeptionen und Ideen gibt.

Dieser Schlußredner des Evangelischen Arbeitskreises zeigte nicht nur Verständnis für diese einfache politische Gegebenheit, die uns ein sorgfältiges Mitbedenken der anderen Position, ein Eingehen auf ihr Recht und die ernsthafte bemühte Diskussion abverlangt, er erwies sich auch als ein Vorbild, wie wir als Christen miteinander umzugehen haben, etwa wie die Marktweiber auf den Synoden des vierten Jahrhunderts, die sich gegenseitig die Haare ausrissen, weil der andere Schädel nicht durchlässig genug war für die geliebte eigene Theologie. Hier rief man im Namen einer integralen Kirche der Integralisten zur Exkommunikation auf. Das Symptom ist nicht gering zu achten. Denn dies ist heute viel empfindlicher trennend in der Christenheit als irgendeine Theologie und Tradition: daß es in Fragen der Lehre wie der Lebens ganz unabhängig vom Gesangbuch, von der politischen oder militärischen Konzeption auf der einen Seite Menschen einer so fröhlich-kämpferischen Sicherheit gibt wie diesen Verteidigungsminister und auf der andern Seite in allen Lagern den Christen, der weiß, daß wir alle, wie immer wir uns auch politisch entscheiden, mit diesen Entscheidungen auf einem Grat wandeln, daß wir in allem, was wir da folgenreich heute tun, angefochtene und fragende Menschen bleiben, so oder so: Vietnam kann ja nicht Gottes Wille sein, wenn es sich menschliche Verworenheit auch verständlich machen kann. Ein Christ darf und kann es eben nicht übersehen, daß Jesus in diese Welt unserer vielleicht utopischen Friedenshoff-

nungen, vor allem aber in die Welt unserer Schrecken und fröhlichen Säbelschwenkereien störend hineinspricht.

Nur unter den schwersten Schäden für die Demokratie wie für seine Kirche wird der derzeitige Bundesverteidigungsminister darum den Ernst seiner christlichen Brüder, deren Meinung er nicht teilt, länger diffamieren. Sein Vorgänger, der Demokrat Franz Josef Strauß, hat ihm leider bereits jenen albernen Satz vorgesprochen: ‚wenn es keine Kasernen gäbe, würde es keine Kirchen geben' — wollen wir auf dem Wege dieser Argumente weiter? Weiß Kai Uwe von Hassel wirklich nichts anderes zu sagen von dieser Kirche seines Herrn, der für den Frieden der Menschen ans Kreuz ging?

Johann Christoph Hampe

Der braune Faden

Demokratie ist vor allem Zusammenarbeit zwischen Andersdenkenden. Sie ist weniger darauf bedacht, den eigenen Standpunkt durchzupauken, als durch Verhandlung zu Kompromissen zu gelangen, die für alle Beteiligten vertretbar sind. Demokratie ist weniger zu sichern durch Verfassungsbuchstaben als vielmehr durch eine täglich zu übende zwischenmenschliche Verhaltensweise. Demokratie muß daher keineswegs gewaltsam zertreten werden, sie verkümmert auch durch Mangel an Nahrung und gutem Beispiel. Wenn Goethe sagte: „Wie einer ist, so ist sein Gott; darum ward Gott so oft zu Spott", so gilt das nicht minder für die Demokratie. Sie ist das Spiegelbild der Verhaltensweise ihrer Mitbürger und vor allem ihrer Repräsentanten. Darum wird sie so leicht zur Karikatur.

Wir bekamen die Demokratie 1945 von den Siegermächten verordnet. In Deutschland aber waren die Demokraten immer nur eine kleine Minderheit, die Hitler weiter dezimierte. Überhaupt entsprach seine Gedankenwelt den Vorstellungen großer Bevölkerungskreise. Im Nazismus feierte ein deutsches Erbübel, eine im Wesen zutiefst undemokratische Tradition fröhliche Urständ: das Freund-Feind-Denken, das Denken im Chor, die Schwarzweißmalerei, das Machtdenken, das Denken in militärischen Kategorien, das Gegeneinanderdenken. „Deutschland erwache!", „Die Juden sind unser Unglück", „Macht ist Recht" und viele andere Sprüche entstammen nicht dem Wortschatz der Nazis, sondern wurden von den Alldeutschen und Völkischen geprägt.

„Im kommenden Jahrhundert", so sagte Reichskanzler Bernhard von Bülow, „wird das deutsche Volk entweder Hammer oder Amboß sein." Das war ganz in Übereinstimmung mit so geachteten und einflußreichen Männern wie von Moltke und Bley, Sombart und Treitschke, dem Kaiser und Heinrich Class: „Der ewige Frieden ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner", „Gott will den Kampf aller gegen alle", „Der Starke soll herrschen", „Ohne Krieg würde die Welt im Materialismus versumpfen" u. a. m. Und ganz im Stile dieser Tradition und im Vorgriff auf „Mein Kampf" schrieb 1922 Hans von Seeckt: „Polens Existenz kann nicht toleriert werden, weil sie unvereinbar ist mit Deutschlands Lebensbedingungen."

Ein durch und durch undemokratisches und in seinen Wurzeln friedensfeindliches Denken war in der Kaiserzeit ebenso dominierend wie später etwas abgeschwächt in der Weimarer Republik, um im Dritten Reich erneut zu triumphieren. Wenn Charles de Gaulle am 2. Februar 1965 sagte: „Unter dem Eindruck der von den Völkern des alten Kontinents durchlittenen Prüfungen und Gefahren hat man auf vielen Seiten daran gedacht, einer Wiederholung des Unglücks vorzeubeugen, indem man das unterdrückte, was sein Anlaß gewesen war: die deutsche Macht", so traf er den Kern nicht ganz. Denn gefährlicher als die deutsche Macht war das kontinuierliche Machtdenken der Deutschen. Es ist deshalb unklug und falsch, die Furcht der Russen, Polen und Tschechen vor einer Wiederkehr der deutschen Macht als kommunistische Propaganda abzutun. Der massive geschichtliche Hintergrund macht es vielmehr sehr wahrscheinlich, daß die Furcht nicht geringer wäre, auch wenn die eben genannten Länder keine kommunistischen Regierungen hätten. Denn Geschichte ist ja nicht nur gewesen, sie wirkt auch fort.

Bei uns geschah das in einer ganz besonderen Weise. Wenn unsere sogenannten Verfassungsschützer nicht restlos damit ausgefüllt wären, den antikommunistischen Geschichten aus Goebbels' Gruselkiste zu lauschen, die ihnen von den Hiwis des hinkenden Boten des Teufels täglich neu serviert werden, würden sie nämlich mit Reichskanzler Wirth sehr schnell herausfinden, daß in diesem Lande der Feind nur rechts stehen kann. Ob im Bundestag oder den Landtagen, ob in den Parteibüros oder den Rathäusern, ob im Gerichtssaal oder den

Redaktionsstuben, ob in den Studios oder an den Universitäten, ob in den Ministerien oder den Konzernverwaltungen, ob in den Offizierskasinos oder bei den Verbänden: überall sitzen die Handlanger, die Steigbügelhalter, die Augendiener, die Speichellecker, die Nutznießer und Mitverbrecher der braunen Schänder Deutschlands herum, ganz wie Kurt Tucholsky schrieb: „Nun darf man wieder feste kommandieren, wenn man Beamter ist. Der Untertan darf strammstehn und parieren, weil er ein Deutscher ist. Die neue Republik ist uns kein Jokus, und die Verfassung hängt auf jedem Lokus. Wir haben noch die alten Bürokraten, die alten Richter und die Traditionssoldaten."

Vor allem aber haben wir noch die alte Denkart. Präsident Roosevelt hatte gesagt, es sei eines der Hauptziele der Sieger, die Welt für die Demokratie reif zu machen. Die UNO war ein solcher Versuch, denn auch in der Außenpolitik bedeutet Demokratie Zusammenarbeit zwischen Andersdenkenden. Das große Verbrechen der Nazis, den Krieg auch noch fortzusetzen, als er militärisch längst verloren war, resultierte nicht zuletzt aus der Spekulation auf einen Konflikt zwischen den Alliierten. Zwietracht war ihr Lebenselement.

Auf diese braunen Pfeiler stellte Konrad Adenauer seine Außenpolitik. Er hatte schon 1945 herausgefunden, daß ein Krieg zwischen Amerika und Rußland „unvermeidlich" sei. Folglich gehe es für uns nur darum, „diesmal auf der richtigen Seite zu sein". Die neue deutsche Außenpolitik beruht also auf einer Verkennung der Funktion des Herzlandes Europas, und sie ist ihrer ganzen Anlage nach undemokratisch, weil sie überhaupt nicht auf Ausgleich und Entspannung bedacht ist, sondern sich ganz bewußt auf bewaffnete Auseinandersetzungen einstellt. Die Hoffnung auf die Völkerzwietracht ist das Fundament der Bonner Außenpolitik, die von einem Manne konzipiert wurde, der den Krieg zwischen den beiden Weltmächten für „unvermeidlich" hielt und der nicht einen der Gedanken in sich aufgenommen hatte, die Kennedy unter Hinweis auf „das neue Gesicht des Krieges" mit bezwingender Logik und in Übereinstimmung mit Chrustschow als Koexistenzpolitik entwickelte.

Um das ganze Ausmaß des Unglücks zu begreifen, das über uns gekommen ist, seit Wehner am 30. Juni 1960 die NATO zur „Grundlage aller sozialdemokratischen Außenpolitik" erklärte, muß man vor Augen haben, mit welcher Klarheit Kurt Schumacher gegen Adenauers Blockpolitik gesprochen hatte: „Ich warne alle Toren, die auf Differenzen zwischen den Siegermächten spekulieren. Das ist die schlechteste Politik, die ein Deutscher machen kann." Die Demokratie war nach Schumachers Überzeugung die letzte und einzige Chance Deutschlands. Eine auf Macht- und Militärdenken aufgebaute Außenpolitik aber konnte auf die Dauer nach Schumachers Ansicht keine demokratischen Formen in der Innenpolitik vertragen. „Die Außenpolitik", so rief er beschwörend, „bestimmt zugleich die Grenzen der Innen- und Sozialpolitik."

Weil das wahr ist, sind jene, die an die Zusammenarbeit zwischen Andersdenkenden in der Außenpolitik nicht glauben, nun zu Konsequenzen in der Innenpolitik gezwungen. Die verständigungsfeindliche und militante Außenpolitik zwingt ihre Vertreter, die demokratische Entwicklung in der Innen- und Wirtschaftspolitik zu bremsen. Mit den Notstandsgesetzen versuchen sie das Grundgesetz zu einer nur dürftig verhüllten Diktaturverfassung zu degradieren. Und wieder sind die Hiwis des Braunauers die Schrittmacher bei der Demontage der Demokratie.

Man muß die Reden lesen, die im Laufe der Jahre von Adenauer, von Brentano, von Erhard, von Majonica, von Oberländer, von Seebohm, von Thedieck und nicht zuletzt von Strauß gehalten worden sind, um den braunen Faden zu erkennen, der in Deutschland schon gesponnen wurde, noch ehe an eine Hitlerbewegung zu denken war. Adenauer strapazierte wie Wilhelm oder Hitler den lieben Gott, der uns den Auftrag gegeben habe, „Westeuropa und die westliche Christenheit zu retten". Aus den französischen „Erbfeinden" sind die russischen „Todfeinde" geworden, und bei Brentano und Erler sind die Vergleiche mit den mongolischen Horden zu finden, womit absichtlich ganze Völker deklassiert werden. Überall und immer Missionsgeist, denn „dafür sind wir Soldaten, damit die Macht aus atheistischen Händen wieder in christliche Hände übergeht". Ja, „durch geschickte Ausnutzung der Situation ... haben wir den ehemaligen Kriegsgegnern Deutschlands sozusagen zwei Drittel des Sieges über unser Volk wieder entrissen". Bald wird von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt alles wieder in Ordnung sein.

Wie rasch eine falsche, die Prinzipien der

Zusammenarbeit Andersdenkender verleugnende Außenpolitik auch gute Demokraten verschleißt, zeigt sich jetzt am klarsten im Vietnamkonflikt. Statt den „amerikanischen Freunden" offen zu sagen, wie gefährlich und verderblich ihre Politik der Escalation ist, klatscht Erler der Politik der Stärke Beifall, und Brandt will die unmoralischste Politik, die es seit 1945 gegeben hat, auch noch moralisch unterstützen! Hitler ist tot, doch sein Geist lebt und feierte in Barry Goldwater frühliches Auferstehen. Goldwater wurde geschlagen, doch seine Politik wird von Johnson praktiziert. „Glauben Sie, daß der Nazismus auch in Amerika siegen könnte?", fragte 1944 in Stockholm ein Schwede einen amerikanischen Diplomaten. „Alles ist denkbar", sagte der Yankee; „doch wir werden es Antinazismus nennen." Ist es nicht hoch an der Zeit, uns daran zu erinnern, daß wir doch die Welt für die Demokratie reif machen wollten? Das aber heißt Zusammenarbeit zwischen Andersdenkenden in jedem Lande und zwischen den Völkern. Nur so läßt sich der braune Faden endlich durchschneiden.

Arno Behrisch

„Der Lohn der Mutigen"

Schon manches Mal wurde ich beim Lesen der Zeitung auf ein Phänomen aufmerksam, das uns, wie viele andere, so „selbstverständlich" geworden ist, daß wir gar nicht mehr bemerken, wie gar nicht selbstverständlich es ist. Ich dachte nämlich beim Lesen des Feuilletons zurück an die ersten Seiten derselben Zeitung, an den politischen Teil. In diesem herrscht das Machtdenken, das Mißtrauen, der Kalte Krieg, der Glaube an Sicherheit durch Rüstung, die Unmenschlichkeit, im anderen Teil der Zeitung dagegen geht es um Vernunft und Menschlichkeit, „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut", Erziehung der Kinder zu Aufrichtigkeit, ja, um Nächstenliebe. Dieser Tage trat diese Schizophrenie in einer westdeutschen Tageszeitung besonders frappierend ans Licht. Im „Filmspiegel" war folgende Filmkritik zu lesen, deren letzten Satz man eher in einer „pazifistischen" Zeitschrift erwartet hätte:

„Der Lohn der Mutigen: Zunächst glaubt man wieder einen jener Kriegsfilme mit dem Schauplatz im Pazific vor sich zu haben, bei dem die Brutalität der Japaner unter den Schüssen der smarten Boys aus den Staaten ihr gerechtes Ende findet. Doch im Verlauf der spannenden Handlung treten neben den unvermeidlichen Schießereien auch menschliche Züge auf beiden Seiten in den Vordergrund. Ein Häufchen Japaner, die es auf eine weltvergessene Koralleninsel verschlagen hat, kämpfen mit notgelandeten amerikanischen Marinesoldaten um die einzige Quelle der Insel und das Boot der Japaner. Bei einem privaten Waffenstillstand scheinen Vernunft und Menschlichkeit zu siegen. Doch Fanatiker aus beiden Lagern zerstören die sich anbahnenden Beziehungen. Als es den Amerikanern gelingt, mit einem Funkgerät Verbindung zu ihren Truppen herzustellen, triumphiert schließlich die Sinnlosigkeit der militärischen Pflichterfüllung."

Ich wischte mir die Augen aus, weil ich glaubte, mich verlesen zu haben. Aber nein, es hieß wirklich so! Und nun stellte ich mir vor, wie die ersten Seiten derselben Zeitung aussehen würden, aussehen könnten, wenn diese Haltung und diese Einsichten auch den politischen Teil bestimmen würden. Und gar noch, wenn sie unsere Politik bestimmen würden! Wir würden dann lesen:

„Im Verlauf der immer bedrohlicheren Gefährdung der ganzen Menschheit durch die wahnsinnige Steigerung der Rüstung und Verhärtung des Kalten Krieges, bei der jede Seite hofft, die Brutalität der anderen Seite werde unter den Schüssen der eigenen Seite ihr gerechtes Ende finden, traten neben einigen anachronistischen, aber leider noch unvermeidlichen Schießereien auch menschliche Züge auf beiden Seiten in den Vordergrund. Dank der Entspannungswelle unter Kennedy—Chrustschow schienen Vernunft und Menschlichkeit zu siegen. Doch Fanatiker aus beiden Lagern zerstörten die sich anbahnenden Beziehungen. Seit es ihnen wieder gelang, die Oberhand zu gewinnen, triumphiert das alte Machtdenken und die Sinnlosigkeit des Vertrauens in militärische Lösungen der Konflikte." Der Schluß dieses Leitartikels könnte lauten: „Entspannung und Friede werden nur der ‚Lohn der Mutigen' sein, aller jener Mutigen, die es wagen, in der heutigen Zeit heutig zu denken und politisch zu handeln. Das ist heutiger und zukünftiger Mut. Die Hoffnung auf veraltete Formen der politischen Auseinandersetzung, auf den ‚Mut' des Dreinschlagens zu setzen, das ist heute und in Zukunft in Wahrheit Feigheit." Gerhard Gollwitzer

Fernseh-Spalte

HANS BAUSCH ZUR SITUATION

In dem von Helmut Hammerschmidt herausgegebenen Band „Zwanzig Jahre danach — Eine deutsche Bilanz 1945—1965" (Besprechung in „Blätter" Nr. 6/1965) beschäftigt sich der Intendant des Süddeutschen Rundfunks, Dr. Hans Bausch, mit der machtpolitischen und programmpolitischen Situation im bundesdeutschen Fernsehen. Bausch war, bevor er zum Intendanten avancierte, CDU-Landtagsmitglied in Baden-Württemberg. Als vor Jahren die sogenannte Neuordnung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik zur Diskussion stand, gehörte Bausch nicht gerade zu den fortschrittlichsten Rundfunkpolitikern. Noch 1958, in einem Artikel der Monatsschrift „Die politische Meinung" (zitiert im „Spiegel" vom 1. 10. 58), verstieg er sich zu der beschwichtigenden Erklärung, die Unabhängigkeit des Rundfunks von der staatlichen Exekutive sei „de jure und de facto überall in der Bundesrepublik gesichert. Die Bundesregierung hat nicht den geringsten Einfluß auf die Rundfunkanstalten. Soweit Landesregierungen in den Aufsichtsgremien überhaupt vertreten sind, ist ihr Gewicht so bescheiden, daß von Einfluß nicht die Rede sein kann." Im nächsten Abschnitt heißt es dann allerdings, die deutschen Rundfunkanstalten seien „in eine starke Abhängigkeit von der Legislative der deutschen Bundesländer geraten". Für den logisch denkenden Menschen sind die dialektischen Gedankenspiele der Politiker allenthalben ein Anlaß, an deren Aufrichtigkeit zu zweifeln.

Es ist erfreulich festzustellen und verdient Respekt, wie Hans Bausch sich in einer Schlüsselposition moderner Publizistik, in der Rolle des Stuttgarter Rundfunkintendanten, zurechtgefunden hat. Sein Beitrag „Der Kampf um das neue Medium" (in „Zwanzig Jahre danach") zeugt von Einsichten, die man gemeinhin bei der CDU nicht nur vermißt, sondern teilweise sogar von ihr bekämpft sieht. Bauschs Ansichten über Mainz entsprechen in strukturellen Dingen durchaus den hier schon wiederholt vorgebrachten Meinungen. Zur Programmpolitik im allgemeinen stellt er fest, daß sie oft durch Eingriffe von außen manipuliert zu werden droht: „Jeder und alle, die kritisches Objekt einer Sendung gewesen sind, heulen auf, seien es Berufs- und Standesorganisationen, Parteien und Interessenverbände, schlagende Verbindungen, Karnevalisten oder Sozialversicherungs-Rekonvaleszenten. O nein, sie wollen nichts für sich, sie rufen nur nach ‚Objektivität'. Ungezählt sind die harmlosen und ernsten Versuche, Themen zu lancieren oder zu verhindern, Repräsentanten der eigenen Linie auf den Bildschirm zu bringen, mehr oder weniger massiv auf Sendungen einzuwirken ...

Ungezählt ... sind die Proteste und Interventionen gegen zeitkritische und politische Sendungen, die mit publizistischem Ethos gestaltet sind und selbstverständlich die subjektive Handschrift der Autoren tragen ... Wer Mißstände aufzeigt, wird verdächtigt, den Kommunisten in die Hand zu arbeiten ... Das größte deutsche Straßenverkaufsblatt nutzt seit Jahr und Tag jede Gelegenheit, gegen das Fernsehen zu Felde zu ziehen, so daß der harmlose Leser den Eindruck gewinnen muß, im Fernsehen seien lauter unfähige, halbkommunistische Meinungsdiktatoren am Werk ..."

Intendant Bausch sagt uns nichts Neues. Wir haben solche Mißstände vor fünf und vor zehn Jahren bereits deutlicher diagnostiziert. Hier spricht der Repräsentant einer pluralistisch orientierten Publizistik (und nicht ein CDU-Barde). Das dürfte auch meine wiederholt vorgebrachte Ansicht akzentuieren, die ich im Juni-Heft der „Blätter" nochmals entschieden vertrat: Im Gegensatz zur zentralistischen Mainzer Anstalt erfüllen die ARD-Sender (der reaktionäre Saarländische Rundfunk muß allerdings ausgenommen werden), trotz aller Tabus, ihre publizistische Aufgabe mit einem hohen Maß an Redlichkeit. Allerdings könnte das Deutsche Fernsehen freier sein, als es heute ist. Feige Intendanten haben bereits soviel Terrain preisgegeben, daß es niemals, solange die gegenwärtige Zweiparteien-Diktatur anhält, wieder ein unabhängiges Fernsehen in der Bundesrepublik geben wird. Schlimm genug, daß es auch noch zu dem unerquicklichen Streit zwischen Presse und Fernsehen kommen mußte. So leicht ist also in Deutschland das Sprichwort Lügen zu strafen, wonach eine Krähe der andern kein Auge aushackt.

E. H. Wahl

Bücher

Anleitung zum Denken

Richard Matthias Müller, Über Deutschland, 103 Dialoge; Walter Paperpack, Freiburg und Olten, 1965, 170 Seiten, DM 9,80.

Um es gleich vorweg zu sagen: Dieses Buch ist ein Skandal. Es unternimmt nicht mehr und nicht weniger, als die bundesrepublikanische provisorische Grundordnung zu untergraben; es setzt an deren tragende Pfeiler die Säge des Gedankens an.

Um gleich noch mehr zu sagen: Dieses Buch wird kein Skandal sein. So sind wir in der Bundesrepublik ja nun auch wieder nicht, daß wir uns von klaren Gedanken und heller Logik beeindrucken lassen, geschweige denn uns darüber aufregen. Nein, nein, nein — dazu wissen wir ja viel zu gut, daß der nüchterne Verstand am Wesentlichen der Wirklichkeit immer vorbeigaloppiert, ja im Grunde lebensfeindlich ist: „der Geist als Widersacher der Seele", wie Ludwig Klages das genannt hat. So betätigt sich auch der Geist des hier besprochenen Autors: er will die bundesrepublikanische Seele ankratzen, die in nationalen Träumen und antikommunistischen Konventionen ein so reiches Leben entfaltet hat. Naja; über derlei Schreibereien kann man wohl zu der Tagesordnung übergehen, in der es von den wahren Lebensanliegen des deutschen Volkes nur so wimmelt.

Ernsthaft gesprochen: Ich halte dieses Buch für eines der wichtigsten, die in den letzten Jahren erschienen sind, und denke, jeder, der Gelegenheit und Pflicht hat, auf andere Menschen einzuwirken, als Lehrer, Journalist, Pfarrer, sollte es so oft lesen, bis er es in seinen eigenen „Dialogen über Deutschland" immer parat hat.

Nicht von ungefähr ist das Buch von einem Lehrer geschrieben; Müller ist Studienrat in Köln, und man kann nur hoffen, daß er es bleibt und daß er nicht der einzige Studienrat in der Umgegend ist, der so denken kann — und so sagen kann, wie und was er denkt. Denn das Buch ist auch vom Formalen her glänzend: Klar und deutlich, in knappem und konzentriertem, vortrefflich stilisiertem Gesprächston sind diese Dialoge abgefaßt. Immer ist der Text lebendig und spannend, strahlt in der Farbe der Überraschung, und nur manchmal erliegt Müller der Versuchung, um eines eher literarischen Verblüffungseffektes willen einen Satz weniger zu sagen, als zur Aufhellung des jeweils Besprochenen notwendig wäre.

Ein Vater spricht mit seinem Sohn. Der Sohn, das ist ein Mensch der jungen Generation, der von der Schule, von Presse und Parteien alle bundesrepublikanischen Glaubenssätze gelernt hat und sie nun voll guten Willens eifrig wiederholt: daß der 8. Mai kein Anlaß zum Feiern, die Wiedervereinigung prinzipiell wünschenswert und erreichbar, die deutsche Forderung auf die Grenzen von 1937 unaufgebbar, Freiheit immer in der Gefahr der Anarchie sei, daß man ein gegen Deutschland gerichtetes Regime wie das in Pankow nicht anerkennen dürfe, daß die Intellektuellen mehr positive Kritik treiben sollten, undsofort.

Der Vaten möchte diese Gedankenwelt seines Sohnes, die mit Denken doch nur zu Unrecht den Namen gemein hat, gern aufklären. Sagt der Sohn, ein jeder komme beim Nachdenken „natürlich" zu dem und dem Ergebnis, so hält der Ältere ihm dies Wort vor, dies „natürlich": „Es paßt schlecht zu ‚nachdenken'". Eben das aber möchte dieser Mann die Söhne unseres Landes lehren: Denken. Nüchtern und ohne „selbstverständliche", „natürliche" vorweggenommene Ergebnisse, ohne die so eingefleischten Vorurteile und Voreingenommenheiten, ohne alle diese tödlichen Sicherheiten nachzudenken über die deutschen Probleme. Und es liegt nicht an seinem Denken, sondern an den davor errichteten Wällen, daß dieser Vater selbst einmal fragt:

„Wie kommt es, daß Logik und Wahrheit bei uns immer wie Kommunismus aussehen?" Freilich muß ihn der Sohn da mißverstehen, er fragt zurück: „Warum gehst du nicht in ein kommunistisches Land?" Das werden den Autor viele fragen, das ist der Brauch, und seine Antwort wird sie nicht befriedigen: „Sie sehen b e i u n s so aus!"

F. R.

„Nun öffnen sich viele Wege ..."

Werner von Lojewski, Bonn am Wendepunkt. Die Krise der deutschen Außenpolitik. Analyse und Bilanz. Bechtle Verlag, München und Eßlingen 1965.

In der politischen Publizistik der Bundesrepublik gärt es. Die Einsicht, daß eine primitive Schwarz-Weiß-Malerei weder den Realitäten des Lebens noch unseren Interessen gerecht wird, wächst. Dabei geht ein Wandel der Anschauungen mit der Wandlung der politischen Tatbestände Hand in Hand.

Einen recht anschaulichen Beweis hierfür stellt die Studie Werner von Lojewskis dar, der seit 1949 als Journalist in Bonn tätig ist. Er bejaht die Grundkonzeption unserer Außenpolitik in den fünfziger Jahren durchaus. „Mit dem deutschen Verteidigungsbeitrag entschied sich die Bundesrepublik für den Westen — für den Westen auch dann, wenn sie damit zunächst auf die Wiedervereinigung verzichten mußte." Die Deutschen „hätten auch dann für den Westen optiert, wenn sie eine andere Wahl gehabt hätten. Aber unser Volk besaß gar keine Alternative" (S. 11). „Zieht man die Summe, so ergibt sich, daß die Bundesrepublik, allein auf sich gestellt, ihre Sicherheit nicht zu verbürgen vermag . . . Soweit nach menschlichem Ermessen überhaupt möglich, ist ihre Sicherheit nur gewährleistet, wenn sie in jedem Fall der Hilfe der USA und Frankreichs sowie Großbritanniens gewiß ist" (S. 179).

Zwischen diesen beiden Thesen werden die Grundzüge der Außenpolitik Konrad Adenauers im Kalten Krieg, die vielschichtigen Probleme der westeuropäischen Integration und die Fragen unseres Verhältnisses zur Sowjetunion und dem „anderen Deutschland", immer unter dem Aspekt der Wiedervereinigung unseres Landes, dargestellt.

Heute nun steht „Bonn am Wendepunkt". „Nicht, weil Adenauers Politik falsch gewesen wäre, sondern weil sich die Welt in ständiger Wandlung befindet" (S. 6). „Die Politik Bonns bewegte sich auf einer Einbahnstraße zügig und unfallfrei voran. Nun öffnen sich viele Wege, und Bonn muß sie alle beschreiten."

Welches sind diese Wege?

„Der Kampf um die Aufrechterhaltung der Hallstein-Doktrin kann viele Nerven kosten und beträchtliche Schwierigkeiten hervorrufen. Möglicherweise muß Bonn dabei Federn lassen. Die Front, die es aufbauen kann, ist nicht von sonderlicher Stärke. Bonn hat eine Sache zu verfechten, deren Sinn draußen mancher nicht erfaßt, mancher leugnet, und die bei wenigen sehr populär ist. Im Grunde geht der Kampf um die Liquidierung des Krieges" (S. 199).

„Wir Deutschen müssen uns darauf einstellen, daß die Grenzen von 1937 nicht wiederhergestellt werden können" (S. 204).

Natürlich: „Die Bundesrepublik muß vollkommen intakt bleiben . . . Jeder Schritt muß abgesichert sein, bevor er getan wird" (S. 205). „Aber die Schutzmächte sind nicht mehr bereit, Verantwortung für deutsche Politik zu tragen. Die Bundesrepublik befindet sich nicht mehr in ihrem Schlepptau, nur noch in ihrem Kielwasser. Die Rudermanöver haben wir selbst zu bestimmen" (S. 207).

„So haben wir noch den archimedischen Punkt zu entdecken, um die deutsche Frage mit Aussicht auf Erfolg in Bewegung zu bringen. Nach allen Erfahrungen liegt dieser Punkt außerhalb der Erwägungen, die bisher die Diskussion in Deutschland bestimmt haben, denn sie haben nicht zum Ziel geführt. Dieser Punkt muß den Interessen der Westmächte so nahe wie möglich liegen, am besten sich mit ihnen decken. Gleichermaßen muß er das Interesse Moskaus wecken" (S. 209).

Was Lojewski hierzu im einzelnen bietet, ist nicht sehr konkret. Immerhin: daß wir um Verhandlungen mit Pankow nicht herumkommen, ist auch seine Überzeugung (S. 210 ff.). „Die Bonner Politik sollte sich stark genug fühlen, es überall mit Pankow aufzunehmen" (S. 214).

Das gewichtigste Ziel ist, „die Grenzen zwischen West- und Mitteldeutschland für den ungehinderten Verkehr zu öffnen . . . Darüber hinaus muß ein wiedervereinigtes Deutschland in ein vertragliches System von Sicherheitsmaßnahmen eingebunden werden, das der Sicherheit dieses Landes ebenso wie der Sicherheit der Umwelt gerecht wird" (S. 217/8).

Ein vielfach anregendes, bemerkenswert selbständig geschriebenes Buch, das der politisch Interessierte mit Genuß lesen wird, auch wenn er nicht in allem zustimmt, auch wenn er manchmal eine noch etwas deutlichere, weniger diplomatische Sprache wünschte. Harold Rasch

Konservativer und progressiver Humanismus

Mit heißem Intellekt und ungebrochenem Glauben an die Wiederkunft der verschütteten Kräfte des Guten rückt ein christlicher Humanist das Abenteuer der Hoffnung ins

Zentrum unserer geistigen und politischen Existenz. „Die Spiele des Friedens haben bereits begonnen. An uns liegt es, sie zu sehen und an ihnen teilzunehmen." Der streitbare Katholik aus Wien Friedrich Heer, Historiker, Geisteswissenschaftler und Essayist von Rang, zählt zu den eigenwilligsten humanistischen Denkern des modernen Europa. Sein Buch „Die dritte Kraft" und der aus rebellischer Konfession genährte Briefwechsel mit Dr. Gerhard Szczesny über antiquierte und zukunftsweisende Modelle christlichen Daseins („Glaube und Unglaube", List-Taschenbuch) haben auch in der Bundesrepublik fruchtbare Diskussionen ausgelöst. In der Aufsatz-Sammlung

OFFENER HUMANISMUS von Friedrich Heer. 408 Seiten, Leinen DM 24,80. Alfred Scherz Verlag, München,

haben wir nun ein Bekenntnisbuch von mitreißender ideeller Kraft vorliegen. Den Gedanken, die uns dieser konservative Rebell vermittelt, gehört mein ganzer Respekt, auch da, wo ich anderer Meinung bin. Heer schreibt mit einer verhaltenen Dynamik, die unbedingt jeden politischen Menschen anspricht. Es ist erstaunlich, wie dieser Denker, der den Unrat der Zeit so real zu erkennen vermag, sich über alle Anfechtungen eines modischen Pessimismus hinwegsetzt, um uns das Wagnis der Vernunft als vitale, vielseitige und undoktrinäre Lebensform abzufordern. Dieses Zentralthema behandelt Heer aus politischer, kultureller, wirtschaftlicher und religiöser Sicht. Er übt herbe Kritik am bestehenden Status: Erkenntniskritik als Basis einer neuen Werte-Ordnung. Als Katholik und homo politicus hält Heer Abrechnung mit den „antihumanistischen Fronten in den großen christlichen Konfessionen" und fordert, daß die „echte und fruchtbare Begegnung von Christen und Nichtchristen im Raume eines offenen Humanismus" endlich verwirklicht werde. Als Modell dient ihm die Begegnung der europäischen Humanisten in Genf 1949 (Rencontres Internationales), die unter dem Motto „Pour un nouveau humanisme" stand, wobei Heer speziell auf die Vorlesungen von Père Maydieu und Karl Barth eingeht. Als Kronzeugen eines „Offenen Humanismus" nennt Heer so profilierte Persönlichkeiten wie Reinhold Schneider (gegen dessen Diffamierung als „Kommunistensöldling" im Jahre 1950 er sich mit bitteren Worten wendet), Albert Camus, Jacques Maritain, Saint-John Perse, Pierre Teilhard de Chardin, Ernst Bloch. Einigen von ihnen sind Essays gewidmet, die sich in der Deutung der geistigen, künstlerischen und politischen Existenz dieser Menschen durch eine selten erfahrene Leuchtkraft des Denkens auszeichnen. Einem solchen Mann muß man zubilligen, daß er den „Fall" Ernst Bloch beispielsweise aus den Klischees des Westens wie des Ostens herausnimmt und ihm eine eigene beherzte Deutung gibt.

Ost und West — immer wieder prüft Heer die Möglichkeiten einer Symbiose anstelle einer dualistischen Weltenteilung. Er wirbt um Verständnis für den geistigen Raum, in dem sich Ost und West über die Jahrhunderte hinweg begegnen. Aber er sucht auch nach Gründen, die das östliche Mißtrauen gegen den Westen rechtfertigen können:

„Die Eroberung und Plünderung Konstantinopels 1204 durch die Kreuzfahrer, die Vernichtung von unersetzlichen Schätzen der antiken und byzantinischen Kultur, alarmierten den ganzen Osten bis tief nach Rußland hinein. Die erste russische Chronik des sogenannten Nestor spricht die westlichen Christen, ebenso wie die byzantinischen Mönche, Beamten und Kirchenführer es tun, als kriegslüsterne und kriegsbesessene Barbaren an. Seither gab es den später vom Mönchtum des Athos weiter ausgebildeten Mythos vom ‚korrupten Westen', zumal die Ostkirche theologisch und kirchlich keinen Kreuzzug kennt. Wenige Jahrzehnte nach diesem schicksalsschweren vierten Kreuzzug von 1204 hatte Alexander Newski, der Großfürst von Wladimir und Fürst von Nowgorod, in wenigen Jahren zwei westliche Kreuzzüge gegen den Osten abzuwehren, den schwedischen Kreuzzug von 1240 und den livländischen Kreuzzug von 1242. Er schlug die deutschen Ordensritter auf dem Eis des Peipussees. Man beachte die Parallele von 1242 und 1942: 1942 finanzierte die Orthodoxe Kirche die Panzerbrigade ‚Alexander Newski' und stellte sie Stalin zum Kampf gegen die westlichen Invasoren zur Verfügung ..."

Das Buch enthält eine Fülle derart weithin überschaubarer historischer Reflexionen, die jeweils zur Klärung der heutigen Situation beitragen. Ein für uns Deutsche besonders wichtiger Beitrag betitelt sich „Die Deutschen, der Nationalsozialismus und die Gegenwart". Heers Vergleichsbasis lautet:

„Die überwiegende Mehrheit aller deutschen Menschen wußte um 1933/34 sehr wenig von der wirklichen Weltlage und sehr wenig von Hitlers Zielen, obwohl beides einsehbar war. Auf diese Weise sah man die Weltlage schief und verzerrt, da man im Banne alter Tabus und Vorurteile war ... Die Situation der Gegenwart ist erschreckend verwandt in vielen Bezügen ..." Er glaube nicht daran, meint Heer, daß „morgen eine neue Machtübernahme" möglich wäre, aber der entsetzliche Mangel an politischem Wissen und politischer Bildung erinnere beklemmend an die „innere Lage um 1933/34". (Theodor Eschenburgs politische Test-Sendung im Deutschen Fernsehen bestätigte inzwischen recht massiv solche Thesen.)

Heer führt aus, seit dem 16. Jahrhundert „verpönen der Obrigkeitsstaat und alle seine Beamten, Prediger und Lehrer die Bildung eines politischen Denkens und politischer Selbstverantwortung". Mythen und Feindbilder beherrschen unseren verhangenen politischen Horizont. An „die Stelle der bösen gottlosen Franzosen" ist der „Mythos vom bösen Osten" getreten. Und in diesem Zusammenhang habe „der deutsche Antibolschewismus nach 1945 alle Funktionen des Antisemitismus der Hitlerzeit übernommen. Er ist wie dieser ein Sekundärphänomen und übernimmt die Entlastung von eigener Schuld und Wirrnis ...". Die Grundstruktur des Obrigkeitsstaates, der auch die Weimarer Republik zersetzte, blieb nach 1945 erhalten.

„Wie heute der Bundestag ist auch der Reichstag nie über abstrakte Normensetzungen hinausgekommen. Regiert hat eine Bürokratie, ein Richterkorps, das durch seine politischen Urteile es immer offener wagen konnte, die Demokratie lächerlich zu machen."

Die Diffamierung beispielsweise, die der große Reinhold Schneider über sich ergehen lassen mußte, sei ein Musterbeispiel für „das, was allen Deutschen widerfahren kann, wenn sie ‚aus der Reihe tanzen' oder wenn sie innerhalb ihrer Gruppen ein wirklich innerlich freies und offenes Wort wagen", schreibt Heer.

„Es mag ein Nobelpreisträger sein, wie einer der Göttinger Siebzehn, ein berühmter Arzt, ein Dichter wie Henny Jahnn: Jedem kann die Stunde schlagen, in der er unangenehm auffällt; plötzlich sieht er sich über Nacht diffamiert. Er wird lächerlich gemacht und in die Reihe der unmaßgeblichen Außenseiter, der nichtrepräsentativen Geister eingereiht; wie wenn Geist durch Masse, durch Quantität, durch den Richterspruch von Funktionären präsentiert werden könnte!"

In weiteren programmatischen Artikeln fordert Heer ein „Offenes Christentum", die Begegnung zwischen Christen und Nichtchristen, die Einordnung einer modernisierten Kirche in die pluralistische Gesellschaft. Heer ist kein Jongleur der Symptome, sondern ein Methodiker der Ursachenforschung. Der aufgeklärte Konservativismus, den er repräsentiert, könnte dieser politischen und geistigen Richtung, die soviel Mitschuld an etlichen deutschen Katastrophen trägt, wieder einen neuen Sinn oder, besser gesagt, überhaupt wieder einen Sinn geben. Wer würde nicht einer Geisteshaltung den ihr gebührenden Platz in der Ordnung der gutwilligen Kräfte zubilligen, einer Geisteshaltung, die solche Erkenntnisse zeitigt:

„Die Vernunft des Menschen geht heute an die Front, an die Front der Menschheit, und macht das Boot bereit für die Ausfahrt zu neuen Ufern. Während wir hier reden, schreiben, drucken und schweigen, arbeiten, opfern, leiden und wirken auf dieser ganzen Einen Erde, in Laboratorien sehr verschiedener Art, Menschen gegnerischer Überzeugungen als Kenner ihrer Freiheit in den Künsten des Friedens ... Die Spiele des Friedens haben bereits begonnen. An uns liegt es, sie zu sehen und an ihnen teilzunehmen."

Es erscheint fast paradox, daß man — nach der Lektüre der bohrenden Aufsätze Heers — einem Autor aus dem sozialistischen Lager eine nur mittlere (um nicht zu sagen: mittelmäßige) Zensur erteilen kann.

In dem Essay
DER NEUE HUMANISMUS. GEIST UND GESELLSCHAFT AN DER ZEITENWENDE von Oscar Pollak. 88 Seiten, Paperback DM 7,40. Europa Verlag, Wien,

bemüht sich der bekannte Wiener Publizist und ehemalige Redakteur der Wiener „Arbeiter-Zeitung" um eine vergleichende Standortbestimmung des alten und neuen Humanismus. Rückblick und Ausblick formen sich aber nur zur Hypothese eines vagen Sozialismus-Begriffes, wie er sich in den „Schlußabsätzen des Programms der

Sozialistischen Partei Österreichs" manifestiert. Vage ist hier im Sinne von unwissenschaftlich gemeint, bedeutet also keinerlei Herabsetzung. Ich bin jedoch der Meinung, daß eine Betrachtung mit einem solchen Anspruch im Titel („Der neue Humanismus") soziologisch, sozialwissenschaftlich, wirtschafts- und gesellschaftspolitisch und sozialpsychologisch durchdacht sein muß. Es genügt nicht, zu sagen:

„Die Sozialisten glauben an die Entwicklung, die die Menschen selbst herbeiführen helfen und hindern können. Allein der Sozialismus hat den Menschen eine Zukunft ohne Angst und ohne Hunger, in Frieden und Freiheit zu bieten. Dann kann der uralte Traum verwirklicht werden, daß die Schwerter in Pflugscharen umgeschmiedet werden. Dann wird ein Geschlecht erwachsen, frei von Furcht und Not, in Wohlstand und Sicherheit, aufrecht und aufgeschlossen den Künsten und Wissenschaften, das eigene Geschick in demokratischer Selbstverantwortung formend ..."

Das ist schön und gut und voll ehrbarem Pathos, also Sozialromantik. Wir leben aber in einer hochtechnisierten, wissenschaftlich manipulierten, politisch und sozial ungemein differenzierten Welt, in der — um nur ein Beispiel zu nennen — die Freizeit bereits ein größeres Problem ist, als es die Automation zu sein scheint. (Ich will da keine albernen Vergleiche bemühen, sondern lediglich auf die Ungereimtheiten unserer Existenz verweisen.) Und da hat ein solches Büchlein leider nur noch verbalen Wert.

Pollak verweist auf den Entwicklungsprozeß des humanistischen Denkens, auf die Entfaltung der Naturwissenschaften, auf die damit verbundene „Erschütterung des herkömmlichen, festgefügten, jahrhundertelang unerschütterten Weltbildes". Mit dem Fortschritt kamen auch die Gefahren des Fortschritts. Heute ist es, meint Pollak, nicht anders:

„Die Lebensangst unseres Zeitalters ist der Ausdruck der Heimatlosigkeit des heutigen Menschen in der unheimlich größer gewordenen, vom Motorenlärm der modernen Zivilisation erfüllten Welt."

Man ist enttäuscht, ausgerechnet von sozialistischer Seite die abgedroschene Existenzangst-Floskel zu vernehmen. Der Kulturpessimismus, das müßte doch Pollak wissen, hat Schaden genug angerichtet. Wozu also diese völlig unbegründeten Baßtöne der Furcht? Kein Mensch hat Angst. Die Existenzkrise unserer Zeit ist eine ganz andere. Es ist eine von der kollektiven Dummheit ausgelöste Krise, die an den Machthebeln des Kalten Krieges und von den Missionaren einer Politik der Stärke (siehe Vietnam und Santo Domingo und so weiter) manipuliert wird. Was will Pollak mit seiner „Anklage gegen die moderne Kunst" und ähnlichen Spekulationen? Nicht der „Obskurantismus der modernen Kunst" schreckt uns, sondern die internationale Reaktion der Gewalt- und Machtanbeter.

Pollak predigt den neuen Humanismus. Er versteht darunter dasselbe, was man immer darunter verstanden hat, wenn man sich zu einem ehrlichen sozialistischen Humanismus bekannte. Mit anderen Worten: das „Neue" kann auf eine ehrwürdige Vergangenheit zurückblicken. Sätze wie die folgenden werden vielfach variiert:

„In den unterentwickelten Ländern hungern die Menschen noch nach Brot, in den kommunistischen Ländern nach Freiheit und Recht. In den entwickelten Ländern der freien Welt sind die Menschen satt; auch jene mögen es sein, die sich zum Sozialismus bekennen. Aber es gibt keinen sattgewordenen Sozialismus — seinem humanistischen Inhalt nach. Der humanistische Sozialismus ist der Weg zum besseren Menschen ..." Oder: „Der Humanismus ist eine dem Konservatismus wie dem Kommunismus entgegengesetzte Weltanschauung ..."

So ist letztlich dieses Buch nichts anderes als ein philanthropisches Referat, gut gemeint, aber ohne Nutzwert. Ein hervorragender Sozialist redet ins Blaue einer Welt hinein, deren Strukturen und Konstellationen er anscheinend überhaupt nicht begriffen hat.

„Mit der Wasserstoffbombe läßt sich kein neues Kapitel des menschlichen Fortschritts mehr eröffnen, sondern nur eines des Rückschritts der menschlichen Entwicklung."

Das ist auch unser Wort, unser Gedanke, unsere Überzeugung. Aber mit dieser Feststellung allein läßt sich die Bombe nicht abschaffen. „Not lehrt beten. Humanismus lehrt denken." Diesen rein reflektierenden Leitsätzen Pollaks möchte man entgegenhalten: Beunruhigen ist besser als predigen. Etwas tun ist besser als plaudern. Und das Mindeste, was man als Publizist tun kann, ist: aufklären, die Konstellationen und Posi-

tionen der Macht analysieren, die Lüge und das Verbrechen (auch das noch nicht geschehene) beim Namen nennen, die Situation realistisch einschätzen. Das haben zum Beispiel einige Verfasser des folgenden Buches getan:

IST DER KRIEG NOCH ZU RETTEN? EINE ANTHOLOGIE MILITÄRPOLITISCHER MEINUNGEN. Herausgegeben von Helmut Lindemann. Idee und Bilanz Golo Mann. 207 Seiten, Leinen DM 12,80. Scherz Verlag, München. (Auch als Fischer-Taschenbuch erschienen: Bd. 649, DM 2,60.)

Um keine Mißverständnisse über die Absichten dieses Buches aufkommen zu lassen, zitiert der Herausgeber im Vorwort Max Planck, der noch kurz vor seinem Tode seine tiefe Besorgnis über die politische Weltlage bekundete:

„Die größte Gefahr sind heute die Leute, die nicht wahrhaben wollen, daß das jetzt anhebende Zeitalter sich grundsätzlich von der Vergangenheit unterscheidet. Mit den überkommenen politischen Begriffen werden wir mit dieser Lage nicht fertig werden. Der Bankrott der traditionellen Vorstellung von Krieg, Angriff und Verteidigung ist offenbar. Ohne Umdenken ist kein Ausweg aus der Gefahr möglich."

Helmut Lindemann führt diesen Gedanken weiter:

„Es wäre gewiß ungerecht und irreführend, wollte man den Männern, die heute in allen Ländern für die Politik verantwortlich sind, durchweg das Gefühl für die sittliche Grundlage ihrer Aufgabe absprechen. Wohl aber wird man sagen müssen, daß die meisten von ihnen sich seit 1945 so verhalten haben, als ob ihnen das Wissen und die Einsichten, die ihnen die Wissenschaft verschafft hat, gar nicht zur Verfügung gestanden wären ... Der perverse Trugschluß, mit dem wir es zu tun haben, besagt, daß die Wissenschaft, nachdem sie durch ihre Erkenntnisse auf dem Gebiet der Atomphysik den Krieg als Instrument der internationalen Politik untauglich gemacht hat, verpflichtet sei, Mittel und Wege zu ersinnen, wie diese Untauglichkeit wieder aufgehoben oder doch mindestens soweit eingeschränkt werden könnte, daß — wie Edward Teller es ausdrückt — ‚die Verwendung von Atomwaffen in einem Krieg, dessen Gebiet und Zweck begrenzt sind, nicht unvermeidlich zu einer globalen atomaren Katastrophe führen muß'. Dieser Trugschluß, auf den wir besonders bei zahlreichen amerikanischen Wissenschaftlern stoßen, wird erleichtert durch das Klima des Kalten Krieges und die allzu einfache Gegenüberstellung von Kommunismus und westlicher Welt. Nichts erleichtert dem Verstand die Abkehr von der Vernunft mehr als ein schlichtes Freund-Feind-Denken, und nichts läßt das Gedankenspiel mit der Anwendung von längst als unzulässig erkannten Gewaltmethoden gerechtfertigter erscheinen als die auf dem Wege der Autosuggestion erworbene Überzeugung von der sittlichen Überlegenheit der eigenen Absichten ..."

Der sehr kluge und abgewogene Beitrag Lindemanns gehört zu den vernünftigen Stellungnahmen, die in diesem Buch gesammelt wurden. Ihnen gegenüber stehen Meinungen, die man kaum anders denn als irrsinnig bezeichnen kann. Maxwell D. Taylor z. B. spricht sich unverblümt für eine nukleare „Auseinandersetzung" aus. Edward Teller und Allen Brown exerzieren ein publizistisches Planspiel vor. Sie erfinden zwei Kriege und lassen den einen so, den andern anders ausgehen. Im einen Fall verzichten die Amerikaner auf Einmischung, im andern Fall verwenden sie Atomwaffen. Als Ausgangsposition für dieses Kampfspiel wurde eine kommunistische Revolution in einem imaginären Land angenommen. Teller und Brown wollen damit beweisen, daß der letztere Fall — der Einsatz von taktischen Atomwaffen — „Amerikas führende Position in der Welt verstärken, unsere Existenz garantieren und unsere Freiheit erhalten" würde.

Es ist tröstlich, daß der Herausgeber eine Reihe massiver Stimmen der Vernunft solchem Wahnsinn entgegenstellen kann. Es sind Stimmen, die in der Welt Gewicht haben, etwa diejenige Niels Bohrs, dessen „Memorandum an Präsident Roosevelt" vom 3. 7. 1944 hier zu lesen ist. (Bohr starb 1962.) Aber dieser Trost kann unser Mißtrauen nicht um die kleinste Nuance verringern. Die weltpolitisch bedeutsamen Modellfälle Vietnam und Santo Domingo, die sich beim Niederschreiben dieses Beitrags gerade als Beispiele anbieten, lassen unsere Skepsis sogar noch anwachsen. Was den letzten Beitrag des Buches anbelangt, so erscheint er mir unentschieden und etwas zu beredt: Golo Mann hält es in seiner Bilanz — „Abschied vom Atomkrieg?" — mit einer leicht verworrenen Ironie, die die entschie-

dene Haltung des Herausgebers nicht so kompakt unterstützt, wie man es sich gewünscht hätte. —

Unter den progressiven Humanisten der Gegenwart ist Professor Alexander Mitscherlich einer der profiliertesten und fortschrittlichsten. In der wissenschaftlichen Diskussion um die künftigen Verhaltensweisen des Menschen innerhalb einer emanzipierten Gesellschaft werden seine kühnen „Ideen zur Sozialpsychologie" einen über einen längeren Zeitraum hinwegführenden Rang einnehmen. Der Band

AUF DEM WEG ZUR VATERLOSEN GESELLSCHAFT von Alexander Mitscherlich. 490 Seiten, kartoniert DM 10,80, Leinen DM 14,80. Piper Verlag, München,

zählt zweifellos zu den wesentlichsten aufklärerischen Werken der Gegenwart. Mitscherlich analysiert die Situation des heutigen Menschen mit leidenschaftlicher Sachlichkeit und wissenschaftlicher Akribie in der Anwendung psychoanalytischer Modelle. „Die treibende Kraft, die den Autor bewegte, diese Gedanken niederzuschreiben, war der Wunsch nach Emanzipation." So belegt Mitscherlich die eigene Aufgabenstellung. Wohl sämtliche Komponenten der modernen Sozialpsychologie finden Platz in diesem kolossalen Gedankengebäude. Ursachen und Symptome der aktuellen gesellschaftspolitischen Spannungen (Ausbruch aus traditionellen Gesellschafts- und Machtformen), die sich daraus ergebenden individual-psychologischen Konflikte und deren neurotische Begleiterscheinungen, die Bedeutung der bisher gültigen und noch immer unser soziales Dasein beherrschenden politischen, militärischen und religiösen Leitbilder und zahlreiche andere Aspekte werden präzise analysiert. Die Erkenntnis der Motive menschlicher Abhängigkeit von bestehenden Herrschaftsverhältnissen (Gehorsam, Tabu, Vorurteile usw.) ebnet den Weg zur „vaterlosen Gesellschaft", womit die Antithese zum Patriarchat, zum autoritären Leitbild, gemeint ist. Mitscherlich fordert „konstruktiven Ungehorsam" als ethisches Prinzip der anzustrebenden Gesellschaftsform. Auch wo die Ideen ins Entwurf-Stadium gelangen, gründen sie sich auf gegenwärtige Realität. Es ist anzunehmen, daß die künftige Sozialpsychologie dieses Buch als eines ihrer strukturbildenden Standardwerke ansehen wird.

Egbert Hoehl

Neuerscheinungen

Kulturkritik und Soziologie

Herbert Marcuse, Triebstruktur und Gesellschaft. Ein philosophischer Beitrag zu Siegmund Freud. Aus dem Amerikanischen von Marianne v. Eckardt-Joffe. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 272 S., Ln. 6,80 DM (Bibliothek Suhrkamp, Bd. 158).

Raymond Aron, Deutsche Soziologie der Gegenwart. Systematische Einführung in das soziologische Denken. Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, XIV, 204 S., Ln. 11,— DM (Kröners Taschenausgabe, Bd. 214).

Antisemitismus. Zur Pathologie der bürgerlichen Gesellschaft. Herausgegeben von Hermann Hass und Andreas Schröder. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 194 S., Paperback 9,80 DM (Sammlung „res novae", Bd. 36). — Mit Beiträgen von Fritz Bauer, Margherita v. Brentano, Iring Fetscher, Peter Fürstenau, Wolfgang Hochheimer und Friedrich Minnssen.

Ralf Dahrendorf, Arbeiterkinder an deutschen Universitäten. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 48 S., br. 4,50 DM (Reihe „Staat und Recht", Heft 302/303). — Prof. Dahrendorf untersucht die Ursachen für den außerordentlich niedrigen Anteil der Arbeiterkinder (6 Prozent) an den Universitäten, niedrig gemessen am Anteil der Arbeiterschaft an der Gesamtbevölkerung, aber auch im Vergleich zu anderen Ländern.

Deutsche Presse seit 1945. Herausgegeben von Harry Pross. Mit Beiträgen u. a. von Walter Fabian, Günther Gillessen, Helmut Lindemann, Fritz Sänger und Richard Schmid. Scherz Verlag, München, 256 S., Ln. 16,80 DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

Wolfgang Abendroth, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 192 S., kart. 3,— DM (Edition Suhrkamp, Bd. 106). — Eine Darstellung von den Anfängen der europäischen Arbeiterbewegung bis zur Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. Besonderes Interesse beanspruchen die Ausführungen des Verfassers über die Zeit „zwischen russischer Revolution und dem Sieg des Faschismus in Mitteleuropa".

Widerstand gegen die Staatsgewalt. Dokumente der Jahrtausende. Zusammengestellt und kommentiert von Fritz Bauer. Fischer-Bücherei, Frankfurt, 311 S., kart. 3,80

DM (Fischer-Bücherei/Bücher des Wissens/Bd. 669).

Das Wilhelminische Deutschland. Stimmen der Zeitgenossen. Herausgegeben und kommentiert von Georg Kotowski, Werner Pöls und Gerhard A. Ritter. Fischer-Bücherei, Frankfurt, 187 S., kart. 2,60 DM (Fischer-Bücherei/Bücher des Wissens/Bd. 611). — Diesem höchst lesenswerten Band liegt eine Sendereihe des Norddeutschen Rundfunks zugrunde. Ein reichhaltiges Literaturverzeichnis bietet Hinweise auf weitere Quellen über die bewegte Geschichte Deutschlands von Bismarcks Entlassung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges.

Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen. Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins, Tübingen, 208 S., Paperback 9,80 DM, Ln. 16,80 DM.

Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939—1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht. Herausgegeben von Walther Hubatsch. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 376 S., kart. 4,80 DM (DTV/Dokumente/Doppelbd. 278/79). — Die hier zusammengestellten „Führerweisungen" bildeten die Grundlage der deutschen Planungen für Angriffe auf Polen („Fall Weiß"), Dänemark und Norwegen („Fall Weserübung") und die Sowjetunion („Fall Barbarossa"). Mit umfangreichem Register und Anmerkungsteil.

1945 — Ein Jahr in Dichtung und Bericht. Herausgegeben von Hans Rauschning. Fischer-Bücherei, Frankfurt, 263 S., kart. 3,80 DM (Fischer-Bücherei, Bd. 663). — Mit Originalbeiträgen u. a. von Heinrich Böll, Gerd Gaiser, Erich Kästner, Ernst Kreuder, Siegfried Lenz und Wolfgang Weyrauch, einer Chronik und Zeittafeln der Ereignisse in Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Wien, Köln, Rostock, Hamburg und München.

Helmut Lindemann, Konrad Adenauer. Scherz Verlag, München, 64 S. mit zahlr. Abb., Ln. 9,80 DM, br. 6,80 DM (Archiv der Zeitgeschichte, Bd. 1).

Aktuelle Themen

Politik der Vernunft oder Die Folgen sind absehbar. Zehn streitbare Thesen. Herausgegeben von Carl Nedelmann und Gert Schäfer. Mit einem Vorwort von Walter Jens. Rowohlt Verlag, Reinbek, 160 S., kart. 2,20 DM (Rororo/Aktuell/Bd. 781). — Aus dem Inhalt: Walter Euchner, Der permanente Selbstbetrug — Zur Deutschlandpolitik der Bundesregierung; Dieter Seghaas, Pathologie der deutschen Außenpolitik; Renée Postius, Die Bewältigung der Vergangenheit; Karl-Heinz Stanzick, Die Verkündung der Sozialen Marktwirtschaft — Konzentration der Wirtschaft; Oskar Negt, Auf dem Wege zu einer autoritären Gesellschaft — Eine Analyse von Reden und Schriften der führenden Politiker der Regierungsparteien.

Plädoyer für eine neue Regierung oder Keine Alternative. Herausgegeben von Hans Werner Richter. Rowohlt Verlag, Reinbek, 207 S., kart. 2,20 DM (Rororo/Aktuell/Bd. 782).

Günter Gaus, Bonn ohne Regierung? Kanzlerregiment und Opposition. Bericht, Analyse, Kritik. Piper Verlag, München, 141 S., Paperback 6,80 DM.

Jürgen Seifert, Gefahr im Verzuge. Zur Problematik der Notstandsgesetzgebung. Dritte, auf den neuesten Stand gebrachte Auflage. Mit einer Einleitung von Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 178 S. und einem Nachtrag, Paperback 8,80 DM (Sammlung „res novae", Bd. 18).

Braune Universität. Deutsche Hochschullehrer gestern und heute. Dokumentation II. Zusammengestellt und herausgegeben von Rolf Seeliger unter Mitarbeit von Dieter Schoner. Im Selbstverlag Rolf Seeliger (München 27, Holbeinstr. 22), 82 S., br. 2,80 DM.

Amitai Etzioni, Der harte Weg zum Frieden. Eine neue Strategie. Aus dem Amerikanischen von H. und W. Afheldt. Mit einem Vorwort von Carl Friedrich v. Weizsäcker. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 264 S., kart. 7,80 DM (Kleine Vandenhoeck-Reihe, Bd. 211 S.).

Wilfred G. Burchett, Partisanen contra Generale. Südvietnam 1964. Ein Bericht über die ungewöhnlichen Vorgänge in Südvietnam. Brücken-Verlag, Düsseldorf, 444 S., mit 43 Fotos, Ln. 11,20 DM. — Der australische Journalist hat in den letzten Jahren fast alle Erdteile bereist und darüber berichtet. Vorabdrucke seiner erregenden Reportage aus Vietnam erschienen u. a. in „Quick", „Stern" und „Paris Match".

Rudolf Rolfs

Was ich noch sagen wollte . . .

Kroch man noch vor einiger Zeit gern dem Wahlberechtigten mit ‚Rosa-Schleifchen-Versprechungen' ins kreuzelschreibende Bewußtsein, so hat sich das in letzter Stunde sehr geändert.

Gewiß geizt man nicht mit propagandistischem Wahlhonig, und Fliegenfänger baumeln aus jeder Parteierklärung, andererseits jedoch prügelt man vor dem herbstlichen Stimmzettelzählen jene, die zu umgurren wären.

(Wie es nicht nur tierquälerisch, sondern absurd ist, die Kuh zu schikanieren, die einem die Milch gibt. Aber, was ist, wenn die Kuh keine Möglichkeit sieht, die Milch dem Quälenden vorzuenthalten?)

Man ist sich seiner Herde leider auch im Herbst zu sicher. Man weiß, daß sensible, individualistische Stimmtiere keine imposanten gigantischen Herden bilden können. Ja, die Wähler stöhnen kaum noch, wenn man ihnen, wie Wehner es jetzt demonstrierte, Backpfeifen der Mißachtung um die Ohren klatscht.

Wie anders wäre es zu werten, wenn dem Wähler auf die Frage, ob man eventuell zu einer Großen Koalition bereit sei und dann für das Mehrheitswahlrecht plädiere, antwortete: ‚Zuerst wolle man die Wahl gewinnen, danach werde man das weitere sehen . . .'?

Hier ist die Alltagsfloskel ‚Erst die Ware, dann das Geld!' umgedreht in eine Wundertütenmoral. So, als wählten wir nicht einen neuen Bundestag, sondern das Ensemble eines Varietèprogrammes, bei dem wir uns über jede Überraschung freuen und gerade wegen der Ungewißheit mit erwartungsvollem Gefühl unseren Obulus entrichten.

Nein!

Wenn das Wort ‚Politik' endlich vom Nimbus des Schmutzigen, vom Sprichwörtlichen des Betruges und vom Leumund des Unmoralischen befreit werden soll — und dies ist bei unserem politisch denkfaulen Volke höchste Zeit —, so müssen jene, die sich zur Wahl stellen, ihre Pläne offen ‚neben die Wahlurne' legen und so charaktervoll erscheinen, daß sie diese Pläne nicht nach Schließung der Wahllokale verheizen. Vier Jahre sind in unserer Ära weltpolitischer Labilität eine lange, lange Zeit. Was eine Regierung im dritten, vierten Jahre nach ihrer Wahl en detail tut, ist nicht zu präzisieren, doch die Politik eines absehbaren Zeitraumes darf keine Geheime Kommandosache für Parteichefs bleiben. Ich will wissen, ob ich für mein Geld beim Tischler ein Bett oder einen Sarg bekomme!

Daß die Wähler einer Partei ihr ‚Vertrauen' schenken, ist größtenteils nur eine bombastische Phrase, welche Wahlsieger mit dem kommerziellen Brustton äußerer Überzeugung am nächsten Morgen wie Heringssalat nach einer durchzechten Nacht servieren. Ich kann jene Frager kaum mehr zählen, die sich aus einem Gespräch einen Tip für die Wahl erhoffen, mit dem sie Charakter und Vernunft befriedigen können, ohne einen Blankoscheck abgeben zu müssen.

Es gibt genug Beweise dafür, daß viele Kandidaten nicht hielten, was sie versprachen, doch jetzt beginnt man zu versprechen, daß man nichts hält.

Es ist wichtig für den Wähler, zu wissen, ob er CDU wählt, wenn er SPD wählt, und ob man mit dem Wehnerschen Stimmzettel die Opposition für alle Zeit einwickelt.

Ehrlich währt am längsten? Bitte, ja!

Ich möchte im Unrecht sein mit meinem Unkenruf, daß Ehrlichkeit schon längst keine Währung mehr ist.

Dokumente zum Zeitgeschehen

21 Punkte zur Notstandsgesetzgebung

Am 21. Mai 1965 übersandte Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn, allen Abgeordneten des Deutschen Bundestages folgende 21 Punkte:

Der vom Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages ausgearbeitete Entwurf verfassungsändernder Notstandsartikel, die in das Grundgesetz aufgenommen werden sollen, liegt jetzt der Öffentlichkeit vor. Dieser Entwurf weicht in der Gesamttendenz nicht wesentlich von den ursprünglichen Vorschlägen der Bundesregierung ab. Er enthält Bestimmungen, die mit einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat nicht zu vereinbaren sind. Auch die inzwischen interfraktionell verabredeten Kompromisse in Einzelfragen ändern an diesem Sachverhalt nichts.

I. Ermächtigungen

1. Der Bundesexekutive werden unkontrollierbare Generalermächtigungen erteilt, für deren Anwendung allein ihr eigenes Ermessen entscheidend ist (Art. 59 a Abs. 2; Art. 91 Abs. 2; Generalklauseln der sogenannten einfachen Notstandsgesetze). Ein etwaiger Verzicht der Bundesregierung auf das Notverordnungsrecht bedeutet praktisch keine wesentliche Einschränkung der Generalermächtigungen.

2. Die wichtigsten Befugnisse des Parlaments sollen nunmehr auf einen ständig anwesenden Gemeinsamen Ausschuß von 22 Bundestags- und 11 Bundesratsmitgliedern übertragen werden, der den Notstand ausrufen und über die jetzt vorgelegten Notstandsgesetze hinausgehende weitere Notgesetze verabschieden kann. Dieser Ausschuß ist ein zur Gesetzgebung ermächtigtes Schattenkabinett der Parteiführer und kann infolgedessen kein parlamentarisches Kontrollorgan sein. Außerdem wird in diesem Ausschuß die verfassungsrechtlich angeordnete wechselseitige Kontrolle von Bundestag und Bundesrat aufgehoben.

3. Die Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung des Bundes wird in grundlegenden Fragen aufgehoben (Art. 91 Abs. 3; Art. 91 a Abs. 2; Art. 115 b Abs. 1). Die Einsetzung von Bundeskommissaren über die Landesregierungen ist möglich (Art. 115 b Abs. 3 b). Der föderalistische Aufbau der Bundesrepublik, der nach Art. 79 Abs. 3 nicht angetastet werden darf, wird durch die geplante Grundgesetzänderung ausgehöhlt.

4. Die Bundesregierung hat das Recht des bewaffneten Einsatzes der Streitkräfte im Inneren, insbesondere auch gegen die Länder (Art. 91 Abs. 2; Art. 115 b Abs. 3 a).

5. Das Bundesverfassungsgericht als höchste Kontrollinstanz und Hüter der Verfassung wird Manipulationen ausgesetzt (Art. 115 e Abs. 2 und 3).

6. Die Regierungsmehrheit im Parlament kann den Notstand unbefristet andauern lassen und folglich Wahlen für diese Zeit aussetzen (Art. 115 g; Art. 115 a⁰ Abs. 4).

7. Die vorgesehenen Notstandsbefugnisse geben der jeweiligen Regierung ein Mittel in die Hand, ihre demokratische Ablösung zu verhindern. Sie schaffen die Gefahr der Diktatur.

II. Rechtsverluste

8. Wesentliche Grundrechte können aufgehoben werden; dazu gehören Meinungs- und Informationsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinsfreiheit, das Recht auf freie Wahl des Berufes, des Arbeitsplatzes und der Ausbildungsstätte, auf Freiheit von Zwang zu einer bestimmten Arbeit, sowie das Verbot, Frauen zu Dienstleistungen im Verband der Streitkräfte einzusetzen. Die unbegrenzte Einschränkung dieser Grundrechte nach freiem Ermessen der Bundesregierung bedeutet praktisch ihre Annullierung (Art. 115 b Abs. 2 a; Art. 12 Abs. 2 und 3). Die Presse kann von der Regierung als Instrument benutzt werden, indem ihr die Veröffentlichung von Nachrichten zur Auflage gemacht wird.

9. Die Nebengesetze schmälern den ordentlichen Rechtsweg, indem sie Berufung und Beschwerde gegen ein erstinstanzliches Urteil nicht zulassen.

10. Obwohl Arbeitskämpfe formell anerkannt werden (Art. 91 Abs. 5), gibt der Entwurf durch die Einführung einer allgemeinen Zivildienstpflicht, die nicht vom Eintreten des

Verteidigungsfalles abhängig gemacht wird, der Bundesregierung die Möglichkeit, jeden Streik durch zivile Dienstverpflichtungen zu brechen und damit die Gewerkschaften ihres Kampfmittels zu berauben (Art. 12 Abs. 2).

11. Die Bundesregierung kann Zwangskorporationen, etwa zur Durchführung wirtschaftspolitischer Aufgaben, bilden (Art. 115 b Abs. 2 a). Reichspressekammer, Reichsschrifttumskammer, Deutsche Arbeitsfront und ähnliche Institutionen der Vergangenheit könnten so in neuem Gewande wieder auftauchen.

III. Auswirkungen

12. Durch die Verabschiedung der Notstandsgesetze würde mitten im Frieden eine umfassende Militarisierung des öffentlichen Lebens eingeleitet (Zivildienstpflicht, Sicherstellungsgesetze). Unter dem Anschein der Legalität würde die Demokratie Schritt für Schritt abgebaut.

13. Die Notstandsgesetze greifen zutiefst in Lebensführung, Eigentum und wirtschaftliche Existenz jedes einzelnen ein und lassen bereits in Friedenszeiten Freiheitsbeschränkungen in größtem Umfange zu.

14. Die gesamte Wirtschaft der Bundesrepublik kann bereits in Friedenszeiten in eine totale Zwangswirtschaft verwandelt werden. Die Wirtschaftsorganisationen werden in ihren Selbstverwaltungsrechten bedroht. Es gibt keine wirksamen Kontrollbefugnisse des Parlaments, die der schwerwiegenden Verlagerung der wirtschaftlichen Gesetzgebungskompetenz auf die Bundesregierung angemessen wären. Auch die Sicherstellungsgesetze sind nicht mit rechtsstaatlichen Grundsätzen zu vereinbaren (s. Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelstags).

15. Durch Anwendung der Sicherstellungsgesetze kann die selbständige Existenz jedes Wirtschaftsbetriebes vernichtet werden. Betriebe können stillgelegt oder mit anderen vereinigt, einer behördlichen Verwaltung unterstellt, Produktionsgeheimnisse können übertragen, Werkleistungen erzwungen werden. Rohstoffe und Kapital können nach dem Ermessen der Behörden zugeteilt oder verweigert werden.

16. Erhebliche und unzumutbare finanzielle Lasten werden bereits in Friedenszeiten den Haushaltungen und den Betrieben aufgebürdet (s. Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelstags).

17. Eine umfassende Dienstpflicht macht bereits in Friedenszeiten eine totale Mobilmachung möglich und unterwirft den Bürger der uneingeschränkten Verfügungsgewalt der Regierung (Art. 12 Abs. 2). Die Ermächtigung an die Regierung, die beschleunigte Herstellung der Verteidigungsbereitschaft stufenweise anzuordnen, gibt ihr das Recht, sich schrittweise in den Ausnahmezustand einzuschleichen (Art. 115 a° Abs. 3).

18. Die Durchführung der Notstandsgesetzgebung würde jede weitschauende Sozialpolitik und insbesondere die Verwirklichung des Aktionsprogramms der Gewerkschaften unmöglich machen. Die großen sozial- und kulturpolitischen Aufgaben der Gemeinden und Länder müßten erheblich eingeschränkt werden.

IV. Schlußfolgerungen

19. Die Notstandsgesetze stellen die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland auf den Kopf und verkehren den Sinn des Grundgesetzes in sein Gegenteil. Die Väter des Grundgesetzes schufen unsere Verfassung nicht nur für Schönwetterperioden, sondern auch für Krisenzeiten. Das Grundgesetz und die anderen einschlägigen Gesetze enthalten bereits ein System von Sicherungen, die genügen, um jeden wirklichen Notstand zu überwinden, ohne die freiheitliche und demokratische Substanz unserer staatlichen Ordnung zu gefährden oder gar zu beseitigen. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß die Demokratie vor den Anschlägen ihrer Gegner nicht dadurch geschützt wird, daß die wesentlichen Grundrechte aufgegeben und die Handlungsfreiheit der demokratischen Institutionen zugunsten einer autoritären Exekutivgewalt eingeschränkt werden. Eine solche Aufhebung unserer Demokratie wäre für eine Ablösung der alliierten Vorbehaltsrechte aus Art. 5 des Deutschland-Vertrages nicht erforderlich.

20. Die Notstandsgesetze sind erfüllt vom Mißtrauen gegen den Staatsbürger, dessen staatspolitisches und persönliches Verantwortungsbewußtsein wieder einmal durch obrigkeitsstaatliche Maßnahmen gelähmt werden soll.

21. Die Bundesregierung behauptet, die Notstandsgesetze sollten rechtsstaatliche Bedingungen für den Notstandsfall schaffen und die Regierung wolle „Macht abgeben". In Wahrheit bewirken die Gesetze eine totale staatliche Machtkonzentration.

„215 Professoren appellieren an die Gewerkschaften"

Dem in Heft 5/65 der „Blätter" veröffentlichten Appell haben sich inzwischen noch die folgenden Professoren angeschlossen:

Prof. Dr.-Ing. Fritz Hunger, TU Berlin — Prof. Dr. phil. Dr. rer. nat. h. c. Dr. rer. nat. h. c. Otto Haupt, Erlangen — Prof. Dr.-Ing. Erich Lange, Erlangen — Prof. Dr. phil. Peter von Oertzen, TH Hannover — Prof. Dr. med. Kurt Kuschinsky, Mainz — Prof. Dr.-Ing. Wilhelm Klein, TH Darmstadt — Prof. Dr. theol. Günter Klein, Kiel — Prof. Dr. theol. Werner Jetter, Tübingen — Prof. Dr. phil. Helmut Witte, TH Darmstadt — Prof. Dr. phil. Wolf Dieter Stempel, Bonn — Prof. Dr. phil. Aloys Wenzl, München — Prof. Dr. rer. pol. Dipl.-Kfm. Georg Bergler, Erlangen — Prof. Dr. rer. pol. Ingeborg Esenwein-Rothe, Erlangen — Prof. Dr. rer. pol. Fritz Eberhard, Berlin — Prof. Dr. phil. Walter Lochte-Holtgreven, Kiel — Prof. Dr. theol. Götz Harbsmeier (Prodekan), Göttingen — Prof. Dr. phil. Walter Kaplan, Frankfurt — Prof. Dr. phil. Manfred Fuhrmann, Kiel — Prof. Dr. rer. pol. Stephanie Münke, Berlin — Prof. Dr. phil. Wolfgang Klafki, Marburg — Prof. Dr. med. Herbert H. Herzheimer, Berlin — Prof. Dr. Hans Braun, Bonn — Prof. Dr. phil. Karl Heinz Pfeffer, Münster — Prof. Dr. phil. Martin Schwonke, PH Göttingen — Prof. Dr. jur. Hans Kiefner, Münster — Prof. Dr. Otto Kleemann, Bonn — Prof. Dr. phil. Hans-Joachim Lieber, Berlin — Prof. Dr. jur. Staatsanwalt a. D. Alphons Silbermann, Köln — Prof. Dr. phil. nat. Willy Hartner, Frankfurt — Prof. Dr. phil. Herbert Staude, Frankfurt — Prof. Dr. rer. nat. Otto Antrick, Gießen HFE — Prof. D. Dr. phil. Dr. jur. h. c. Luise Berthold, Marburg — Prof. Dr. Georg Vogelpohl, TH Braunschweig — Prof. Dr. rer. nat. Klaus Krickeberg, Heidelberg (z. Z. New York) — Prof. Dr. rer. nat. Dr. med. Hans Kathen, HFE Gießen — Prof. Dr. phil. Karl Rode, TH Aachen — Prof. Dr.-Ing. Hans Rumpf, TH Karlsruhe — Prof. Dr. med. Alexander Catsch, TH Karlsruhe — Prof. Dr. rer. nat. Wolfgang Ruppel, TH Karlsruhe — Prof. Rolf Lederbogen, TH Karlsruhe — Prof. Dr. phil. Ingemar Bog, Marburg — Prof. Dr. theol. Hans Werner Bartsch, HFE Frankfurt — Prof. Georg Kinzer, H.b.K. Berlin — Prof. Dr.-Ing. Gotthard Franz, TH Karlsruhe — Prof. Wolfgang Bley, TH Karlsruhe — Prof. Dr. phil. Hans Heyse, Göttingen — Prof. Theodor Veil, TH Aachen — Prof. Dr. phil. nat. Werner Buckel, TH Karlsruhe — Prof. Dr. rer. nat. M.S. Stephan Müller, TH Karlsruhe — Prof. Dr. phil. Johannes Klein, Marburg — Prof. Dr.-Ing. Robert Jötten, TH Darmstadt — Prof. Dr. phil. Ratje Mügge, Frankfurt.

Öffentliche Warnung der Humanistischen Union vor der „Aktion saubere Leinwand"

Unter der Devise des Kampfes für eine „saubere Leinwand" ist in einer Reihe von Städten eine Aktion angelaufen, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die Aufführung von Filmen zu unterbinden, die bestimmte Bevölkerungsgruppen für unmoralisch und sittengefährdend halten.

Die Humanistische Union bestreitet keiner dieser Gruppen das Recht, ihre Überzeugungen zu verbreiten und das Urteil und Verhalten möglichst vieler Bürger in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Welt- und Menschenbildern ist das Lebenselement einer freiheitlichen Gesellschaft. Es ist jedoch, wo nicht die erklärte Absicht, so die zwangsläufige Konsequenz der von der ‚Aktion Saubere Leinwand' erhobenen Forderungen, daß ihre Auffassung von Kunst und Moral nicht durch Argumente, sondern nur mit Hilfe des Staates durchgesetzt werden kann. Die inszenierte ‚Volksbewegung' soll Anlaß und Material für einen von einer Gruppe von CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten unterstützten Antrag auf Änderung des Grundgesetzes liefern. Dieser Antrag sieht vor, die in Artikel 5 garantierte Freiheit von Kunst und Wissenschaft zukünftig an die „allgemeine sittliche Ordnung" zu binden. Eine solche Einschränkung würde nach dem Wunsch und Willen der Antragsteller Polizei und Staatsanwaltschaft

instand setzen, alle künstlerischen und wissenschaftlichen Werke zu verbieten, die mit den zur Allgemeinverbindlichkeit erhobenen Kunst- und Moralvorstellungen der zuständigen Behörden nicht in Einklang zu bringen sind. Es wäre dies der Anfang vom Ende der Bemühungen, nach den Erfahrungen der Jahre 1933 bis 1945 wenigstens im westlichen Teil Deutschlands die Spielregeln eines freiheitlichen Kulturstaates heimisch zu machen.

Die Entscheidung über Bejahung oder Ablehnung einer wissenschaftlichen These oder eines künstlerischen Werkes, über das Anschauen oder Nichtanschauen eines Filmes, steht in einer demokratischen Gesellschaft keiner staatlichen Instanz und auch keiner Unterschriften-Kampagne, sondern allein dem einzelnen mündigen Staatsbürger zu. Für Schutz der Minderjährigen, der immer wieder als Argument für den Feldzug herhalten muß, ist gerade in der Bundesrepublik ausreichend gesorgt. Sie zeichnet sich durch eine besonders strenge Jugendschutzgesetzgebung aus und hat unter allen westlichen Ländern den höchsten Prozentsatz von Filmen, die für Jugendliche verboten sind.

Die „Aktion Saubere Leinwand" ist der gefährliche Versuch, aus den geschmacklichen und moralischen Neigungen und Abneigungen eines Teiles der Bevölkerung Kapital für eine politische Aktion zu schlagen, die durch einen Eingriff in die Verfassung unser geistiges und kulturelles Leben einer Gesinnungs- und Geschmacksgleichschaltung unterwerfen will, wie sie in autoritär und totalitär regierten Ländern üblich ist. Die bisher vorliegenden Verlautbarungen der Aktion zeigen, daß wir es hier mit einer neuerlichen üblen Mobilisierung des sogenannten „gesunden Volksempfindens" gegen das zu tun haben, was die Diktaturen aller Schattierungen als „entartete Kunst" und „zersetzende Wissenschaft" diffamieren und verfolgen.

Die Humanistische Union hält ein Gespräch mit den Befürwortern der „Aktion Saubere Leinwand" nur für sinnvoll, soweit diese unmißverständlich erklären, daß sie bei der Diskussion um die zukünftige Entwicklung der Filmkunst und Filmindustrie nur ihre Überzeugung zur Geltung bringen, nicht aber andere Überzeugungen mit Hilfe von Polizei und Staatsanwaltschaft ausschalten wollen. Solange dieser durch viele Dokumente belegte Verdacht nicht ausgeräumt ist, rufen wir alle politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen und Verbände und jeden einzelnen Staatsbürger auf, sich dieser Warnung anzuschließen.

München, am 11. Juni 1965

HUMANISTISCHE UNION, gez.: Prof. Otto Dix, Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim, Prof. Dr. Dietrich Goldschmidt, Prof. Dr. D. D. Helmut Gollwitzer, Martin Held, Prof. Dr. Walter Jens, Dr. Erich Kästner, Helmut Käutner, Peter Lühr, Prof. Dr. Alexander Mitscherlich, Erwin Piscator, Prof. Dr. Ulrich Sonnemann, Dr. Gerhard Szczesny, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Richard Schmid, Intendant Hans Schweikart, Bernhard Wicki.

Was denken unsere Nachbarn über uns?

Im folgenden Artikel gibt Dr. A. L. Constandse, ein prominenter niederländischer Historiker, Journalist und Spezialist auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen, eine Zusammenfassung seiner Meinung über die Haltung der Bundesrepublik in der internationalen Politik. Seine Meinung ist charakteristisch für viele Niederländer, obwohl sie sich zum Teil vom offiziellen Standpunkt der niederländischen Regierung unterscheidet. Dieser Artikel wurde für Niederländer kurz nach dem Besuch von Königin Elisabeth in der Bundesrepublik geschrieben und wurde erstmalig publiziert in einem unabhängigen niederländischen Wochenblatt. D. Red.

Kaum zwei Wochen nach der Gedächtnisfeier der deutschen Kapitulation von 1945 kam Königin Elisabeth von England zu einem offiziellen Besuch in die Bundesrepublik. Frisch in der Erinnerung war noch das Bild der Besetzung der Niederlande mit all ihren barbarischen Erscheinungen. Und unmittelbar wurden wir konfrontiert mit der Tatsache, daß 55 Millionen Deutsche, die einst — und gar nicht ohne Begeisterung — Hitler gedient hatten, schon seit zehn Jahren nicht nur Englands, sondern auch unsere Verbündeten seien. Die englische Königin mußte weit in die Geschichte zurückgreifen, bis 1813—1815, um ein Beispiel britisch-deutscher militärischer Zusammenarbet zu finden. Was ihre Minister beseelt hat, sie General Blücher loben zu lassen, der geholfen hat, das napoleonische Frankreich zu besiegen, ist ebenso rätselhaft wie ungeschickt. Das Schlimmste, was

man in dieser Periode machen kann, ist die Verherrlichung von deutschen militärischen Leistungen. Dann noch lieber die zu bekannte Aussage vom „Volke der Denker, Dichter und Komponisten" oder die merkwürdige Mitteilung der Königin, daß sie schwäbisches Blut in ihren Adern habe. Keiner erweist nämlich den Deutschen einen Dienst, wenn er den Eindruck erweckt, ihre militärischen Leistungen könnten noch einmal den Ausschlag geben zum Besten Europas.

Ich habe Verständnis für die britische Politik, die seit 1688 wiederholt Parallelen zeigte zur niederländischen Politik und ein Machtgleichgewicht auf dem Kontinent anstrebte. Die Seemacht richtet sich gegen den mächtigsten Staat des Kontinents und sucht eine Verbindung mit Ländern, die diesen dominierenden Staat ebenso fürchten. Nach diesem Prinzip haben sich die Briten der Reihe nach gerichtet gegen Louis XIV, Napoleon, den russischen Zaren, das deutsche Reich und die Sowjetunion, um durch Gegengewicht ein Gleichgewicht zu erreichen. Ich erkenne auch an, daß seit undenklien Zeiten die Sieger versuchen, den zerschlagenen Feind zu einem Verbündeten zu machen. Solange Philosophie und Ethik die Welt nicht regieren, bietet die „balance of power" eine Möglichkeit, den Frieden zu handhaben. Nach Waterloo hat beispielsweise die englisch-russische Spannung bis 1907 angedauert und doch nur zu einem lokalen Konflikt geführt, nämlich dem Krimkrieg von 1853—1856. Wenn auf der Basis einer Verteilung der Einflußsphären (heute an den beiden Seiten des Eisernen Vorhanges) ein „Status quo" und ein „Modus vivendi", also eine Form von Koexistenz erreicht werden kann, so bietet dies wenigstens eine vorläufige Lösung. Die Frage ist nur, ob diese Konzeption aus der Periode der konventionellen Kriege im Atomzeitalter noch Gültigkeit hat. Aber nicht nur die Strategen leben in der Vergangenheit.

Das vornehmlichste Bedenken gegen das Loben deutscher militärischer Kapazitäten ist, daß die Führer der Bundesrepublik nun eben keine Verteidiger der „balance of power", des „Status quo" und der „Koexistenz" sind. Und daß der Westen nichts unternommen hat, um die Bundesrepublik zu zwingen, diese Politik anzunehmen. Die „Vitium originis" der Bundesrepublik ist, daß sie schon bei ihrer Gründung im Jahre 1949 zu einem Rumpfstaat gemacht wurde mit territorialen Ansprüchen. Gewiß, ihre Grenzen sind in ihrer Konstitution genau umschrieben. Wie gut wäre es aber gewesen, zu unterstreichen, daß diese Republik ein neuer Staat ist — genau wie die ostdeutsche DDR —, der nie Krieg geführt hat, somit also auch kein Friede geschlossen werden muß. Und der in keiner Hinsicht die Fortsetzung des Deutschen Reiches ist. Leider ist dies nie geschehen. Durch diplomatische Noten und Erklärungen ist die Bundesrepublik zum Erbe des gesamten Reiches erhoben worden. Nur sie „dürfte sprechen im Namen aller Deutschen". Obwohl die Bestimmung, daß West-Berlin 1949 ein Bundesland wurde, durch die westlichen Besatzungsmächte außer Kraft gesetzt ist, tut man in Bonn, als ob dieser Beschluß der Sieger nur ein Blättchen Papier sei. Und nach den Erklärungen aller westdeutscher Parteien (vom 12. Mai) verhalten diese sich so, als ob es noch das Deutsche Reich „de jure" gebe und als ob es nicht durch die bedingungslose Kapitulation zerschlagen sei und als ob die natürlichen Grenzen von 1937 (was haben diese aber „Natürliches"?) noch immer Gültigkeit hätten. Gewiß, die Deutschen wollen verhandeln, aber sie wollen dann „ausgehen von den Grenzen von 1937", als ob sie den Krieg nie verloren hätten.

Und dies ist nun die kardinale Tatsache, daß die westdeutsche Regierung und ihre Anhänger den Krieg mental fortsetzen, wenigstens gegen die slawischen Völker; daß sie sich am besten gefühlt haben in der Zeit, als Dulles seinen Slogan vom „Roll back" lancierte; daß sie so tun, als ob die Russen 1941 die Aggressoren gewesen seien und immer noch illegal deutsche Gebiete besetzt hielten; und daß sie mit dem mühsam erreichten Machtgleichgewicht keinen Frieden haben könnten. Sie schweigen dann über die Leute, die meinen, daß der Vertrag von München immer noch gültig sei und daß das Sudetenland immer noch rechtens zum Reich gehöre, oder sie flüstern, daß das Dritte Reich nie kapituliert habe, weil das die Armee gemacht habe und nicht die Regierung.

Was dies bedeutet, habe ich im letzten Jahr erfahren in Gesprächen mit jungen Deutschen zwischen zwanzig und dreißig Jahren. Sie identifizieren sich mit dem Reich von 1937 (wenigstens) und werfen dem Westen vor, nichts zu tun, um dies wieder herzustellen. Wie denn dies zu machen sei, fragte ich. Die NATO hätte doch z. B. im August 1961 die Mauer in Berlin zerstören und in den östlichen Sektor der Stadt eindringen können. Ich wies darauf hin, daß dies die gleiche Bedeutung gehabt hätte, als wenn die Russen

nach West-Berlin marschieren würden, ein „Casus belli". Dann kam die Theorie des „Roll back": daß die Russen sich so sehr vor einem Krieg fürchten, daß sie sich zurückgezogen hätten! Ich nehme wohl an, daß in der Bundesrepublik keiner mit normaler Vernunft ernsthaft an einen selbstzerstörenden Krieg denkt. Aber die Wahnvorstellung der Wiedervereinigung (auch durch Königin Elisabeth wieder erwähnt) ist eine psychische Erkrankungserscheinung geworden, eine in der Geschichte der Deutschen so gefürchtete Form von Schizophrenie.

Früher sprach man auch noch von der „Wiedergutmachung". Damit scheint es nun in Ordnung zu sein, nachdem die Juden entschädigt wurden. Wenn irgendein Schuldbewußtsein den slawischen Völkern gegenüber besteht, so ist dessen Verdrängung weitgehend. Man kann sich über die Frage streiten, ob eine kollektive Schuld eine bewußte Realität sein kann. Aber sie sollte es doch für diejenigen sein — so würde man denken —, die sich mit dem Deutschen Reich identifizieren und die sich für die Erben halten. Sie sollten sich doch wenigstens den Polen gegenüber offenbaren. Ich habe es nie entdeckt.

Die westdeutschen Parteien haben in ihren Erklärungen vom 12. Mai 1965 auch wieder gesagt, daß die „Teilung Deutschlands gefährlich ist für Frieden und Sicherheit". Warum? Keiner außer diesen Deutschen sieht in der Aufhebung des Reiches eine Gefahr, im Gegenteil. Wer schafft dann evtl. eine solche Gefahr? Die Deutschen selbst, eben ganz ohne Schamröte! Man scheint im Westen abgestumpft gegen so höchst ungewöhnliche Ansprachen und Bedrohungen, obwohl kein Mensch daran denkt, ein Kriegsrisiko einzugehen, um Hitlers bankbrüchiges Reich wieder herzustellen. Ebenso für normal scheint es erachtet zu werden, daß 63 % der deutschen Männer und 76 % der deutschen Frauen gegen eine Fortsetzung der Prozesse gegen Kriegsverbrecher sind, wie eine Untersuchung der öffentlichen Meinung ergab. In Amsterdam erklärte (am 13. Mai) Dr. Simon Wiesenthal, der Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, daß in der Bundesrepublik noch mindestens 75 000 bis 82 000 Kriegsverbrecher auf freiem Fuß sein müßten. Dies muß eine mäßige, sehr mäßige Abschätzung sein. Man kann solche Leute z. B. im Urlaub in Jugoslawien treffen! Es ist erstaunlich.

Ich weiß wohl, daß dies manchmal gesagt wird. Aber in der Bundesrepublik werden bald Wahlen sein, und man kann dann Orgien erwarten von nationalistischen Erklärungen und Forderungen. Man gewinnt Stimmen damit. Dieses Volk ist nie zur Ruhe gekommen, nicht zur Ergebung in die Niederlage. Und im Westen geschieht wieder dasselbe wie in Versailles: Der Groll über die Niederlage ist ein Hebel für politische Macht. Mit dem Unterschied, daß die Weimarer Republik daran zu Grunde gegangen ist und daß die Bundesrepublik davon lebt.

Zum Glück gibt es noch einen anderen Unterschied: Daß die Machtverhältnisse damals den Versuch zur Revanche gefördert haben und sie nun hemmen. Die Realisierung von einem neuen „Drang nach Osten" würde Selbstmord bedeuten.

Aber wenn dies so ist, warum ergreifen dann die westlichen Alliierten nicht endlich die Gelegenheit, um deutlich zu sagen, daß die Wiedervereinigung eine nutzlose Obzession ist? Was fürchtet man? Daß die Barone vom Ruhrgebiet zum Russen überlaufen? Diese warten wohl mit sehr viel Geduld darauf, das ist wahr, weil nur sie etwas anbieten könnten, das eine Art von föderativer Wiedervereinigung bringen könnte. Aber auch dann müßte die Bundesrepublik die DDR als legal anerkennen und auch diplomatische Beziehungen zu ihr aufnehmen. Und so die Niederlage und das Verschwinden des Reiches anerkennen.

Ich neige nicht dazu, alle Deutschen für gleich zu halten, noch West- oder Ostdeutschland zu meiden, noch eine Schwäche zu haben für die DDR. Wir haben uns aber unmittelbar damit zu befassen, weil die Niederlande Mitglied sind in der NATO und der EWG usw., mit der von der Regierung der Bundesrepublik verkündeten und gepflegten Mentalität, die in Europa einen Unruhefaktor darstellt. Dies wird nur aufhören, wenn die Fiktion aufgegeben wird, daß das alte Reich „de jure" noch besteht und daß die Bundesrepublik es wieder herstellen sollte. Sollte es einmal soweit kommen, erst dann könnte man wieder ohne Furcht und Nebengedanken von den Heldentaten des Generals Blücher sprechen.

„De groene Amsterdamer", 29. V. 65

Bemerkungen

Felix Rexhausen, geb. 1932, aufgewachsen in Köln, Leipzig, Hamburg; Studium der Sozialökonomik in Tübingen, Hamburg, Köln; Promotion 1959, wissenschaftlicher Assistent bis 1961; dann Arbeit in der Hauptabteilung Politik des Westdeutschen Rundfunks. Seit 1964 in der Redaktion des Kölner Stadtanzeiger. Buchveröffentlichungen: „Der Unternehmer und die volkswirtschaftliche Entwicklung" (Berlin 1960); „Die Finanzpublizität der Länder und Gemeinden" (Berlin 1963); „Mit Bayern leben – Briefe auf eine Glosse" (Hrsg., Offenbach 1963); „Mit deutscher Tinte – Briefe und Ansprachen für alle Wechselfälle des Lebens" (Frankfurt a. M. 1965).

Dr. Wilfried Gottschalch, geb. 1929, ist seit 1963 Dozent für die Didaktik der politischen Bildung an der Pädagogischen Hochschule Berlin. Veröffentlichungen: „Strukturveränderungen der Gesellschaft und politisches Handeln in der Lehre von Rudolf Hilferding", Duncker und Humblot, Berlin 1961. Mitautor des Buches „Verbände und Gesetzgebung. Die Einflußnahme der Verbände auf die Gestaltung des Personalvertretungsgesetzes", von Otto Stammer u. a., Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1965.

Prof. Dr. Daniil Melnikow ist einer der bedeutendsten sowjetischen Deutschland-Forscher und Autor zahlreicher wissenschaftlicher Werke. In der UdSSR erscheint demnächst die zweite Auflage seines Buches über den deutschen Widerstand.

Der zweite Teil des Aufsatzes „Hitler verwirklicht seinen Grund-Plan" von Prof. Hallgarten erscheint in unserem August-Heft.

Die Aufsätze von Dr. Anton Reithinger und Felix Rexhausen sind auch als Sonderdruck lieferbar.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Handwerkskammerdirektor a. D., Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn, Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzüglich DM —,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

Es schrieben bisher u. a.:

Prof. Dr. Wolfg. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, W. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Lucie Beyer, MdB, III/5*)
Gertrud Bienko
Carl Bioice, San Francisco
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis, Rom
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Ragner Forbech, Dompfarrer, Oslo
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt. R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten, Washington, D. C.
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Johannes Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5 *)
Dr. Hans Henrich, III/12 *)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Egbert Hoehl
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Kogler
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Hans Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h., Dr. phil. e. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, Mdb, III/2 *)
Herbert Mochalski
Kalixte Mukendi
Hans Nätscher, V/1 *)
Peter Neilen, MdB, III/1 *)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Niekiewicz, Warschau
Prof. Dr. Laslo Partin Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld, Paris †
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Oberlandesgerichtspräsident i. R Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking †
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz †
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. theol. Wolfgang Schweitzer
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silvermann, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg †
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephan Swingler, M. P.
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvig, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. Imre Vajda, Budapest
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg. New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke („Voluntas")
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Bemerkungen

Felix Rexhausen, geb. 1932, aufgewachsen in Köln, Leipzig, Hamburg; Studium der Sozialökonomik in Tübingen, Hamburg, Köln; Promotion 1959, wissenschaftlicher Assistent bis 1961; dann Arbeit in der Hauptabteilung Politik des Westdeutschen Rundfunks. Seit 1964 in der Redaktion des Kölner Stadtanzeiger. Buchveröffentlichungen: „Der Unternehmer und die volkswirtschaftliche Entwicklung" (Berlin 1960); „Die Finanzpublizität der Länder und Gemeinden" (Berlin 1963); „Mit Bayern leben – Briefe auf eine Glosse" (Hrsg., Offenbach 1963); „Mit deutscher Tinte – Briefe und Ansprachen für alle Wechselfälle des Lebens" (Frankfurt a. M. 1965).

Dr. Wilfried Gottschalch, geb. 1929, ist seit 1963 Dozent für die Didaktik der politischen Bildung an der Pädagogischen Hochschule Berlin. Veröffentlichungen: „Strukturveränderungen der Gesellschaft und politisches Handeln in der Lehre von Rudolf Hilferding", Duncker und Humblot, Berlin 1961. Mitautor des Buches „Verbände und Gesetzgebung. Die Einflußnahme der Verbände auf die Gestaltung des Personalvertretungsgesetzes", von Otto Stammer u. a., Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1965.

Prof. Dr. Daniil Melnikow ist einer der bedeutendsten sowjetischen Deutschland-Forscher und Autor zahlreicher wissenschaftlicher Werke. In der UdSSR erscheint demnächst die zweite Auflage seines Buches über den deutschen Widerstand.

Der zweite Teil des Aufsatzes „Hitler verwirklicht seinen Grund-Plan" von Prof. Hallgarten erscheint in unserem August-Heft.

Die Aufsätze von Dr. Anton Reithinger und Felix Rexhausen sind auch als Sonderdruck lieferbar.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Handwerkskammerdirektor a. D., Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn, Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzüglich DM —,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.